



TASK FORCE
MENSCHENHANDEL

Umsetzung des Nationalen Aktionsplans

zur Bekämpfung des Menschenhandels
2018-2020

koordiniert vom Bundesministerium für europäische
und internationale Angelegenheiten

Impressum

Task Force zur Bekämpfung des Menschenhandels

c/o Bundesministerium für europäische und
internationale Angelegenheiten

Minoritenplatz 8, A-1010 Wien

Tel. 050 11 50-0

E-Mail: anti-trafficking@bmeia.gv.at

www.bmeia.gv.at

© 2021



Einleitung

Menschenhandel ist eine schwerwiegende Verletzung fundamentaler Menschenrechte und der Menschenwürde. Laut Schätzungen internationaler Organisationen gibt es weltweit an die 30 Millionen Opfer dieses schweren Verbrechens. Meist trifft es die wirtschaftlich schwächsten Mitglieder unserer Gesellschaft. Ein Großteil der Betroffenen sind Frauen und Kinder.

Europaweit wurden 2017 und 2018 insgesamt 14 145 Opfer des Menschenhandels verzeichnet. Insgesamt 49% dieser Opfer waren EU-BürgerInnen. Der geschätzte globale Profit aus Menschenhandel umfasst laut EUROPOL ungefähr 29,4 Mrd. Euro pro Jahr.

Die COVID-19 Krise verstärkte die Gefahr, von Menschenhandel betroffen zu sein. Kriminelle nutzten die Pandemie, um ihre Methoden anzupassen, Opfer über das Internet anzuwerben und ihre illegalen Aktivitäten auszuweiten. Obwohl die Auswirkungen der Pandemie noch nicht vollständig messbar sind, zeigt dieser Umsetzungsbericht bereits auf, dass die Krise zu außergewöhnlichen Herausforderungen in der Bekämpfung des Menschenhandels geführt hat.

Österreich ist von Menschenhandel als Transit- und Zielland betroffen. Die am häufigsten identifizierte Form ist nach wie vor Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung, wobei allerdings in den letzten Jahren Fälle von Arbeitsausbeutung, Ausbeutung in der Bettelei, Ausbeutung zur Begehung von strafbaren Handlungen und Kinderhandel auch vermehrt identifiziert werden. Die meisten identifizierten Opfer kommen aus dem östlichen Europa, gefolgt von Afrika (vor allem Nigeria) und Asien (hauptsächlich China).

Österreich ist Vertragspartei sämtlicher relevanter internationaler Rechtsinstrumente zur Bekämpfung des Menschenhandels, wie etwa dem

Zusatzprotokoll zur Palermo-Konvention, dem Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität sowie des Übereinkommens des Europarats zur Bekämpfung des Menschenhandels. Zudem hat Österreich die EU-Richtlinie zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer umgesetzt.

Eine intensive Zusammenarbeit besteht mit internationalen Organisationen, wie z.B. dem Verbrechensverhütungsbüro der Vereinten Nationen (UNODC) in Wien, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und der Internationale Organisation für Migration (IOM). In dem vorliegenden Umsetzungsbericht zum NAP 2018-2020 sind u.a. Projekte und Initiativen enthalten, die in enger Kooperation mit internationalen Organisationen durchgeführt wurden. Österreich ist Mitglied des informellen Netzwerks zur Bekämpfung des Menschenhandels der Europäischen Union unter dem Vorsitz des Koordinators der Europäischen Union zur Bekämpfung des Menschenhandels.

Task Force Menschenhandel

Um Menschenhandel umfassend bekämpfen zu können, wurde 2004 die österreichische Task Force zur Bekämpfung des Menschenhandels (TF-MH) eingerichtet. Den Vorsitz führt das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMEIA), nationale Koordinatorin gegen den Menschenhandel ist seit August 2018 DDr. Petra Schneeberger, davor übte diese Funktion Dr. Elisabeth Tichy-Fisslberger von 2009-2017 aus. In der TF-MH arbeiten Vertreterinnen und Vertreter aller zuständigen Ministerien¹, der Bundesländer, die Sozialpartner und NGOs eng zusammen. Die drei ständigen Arbeitsgruppen der TF-MH setzen sich mit Kinderhandel, Prostitution und Arbeitsausbeutung auseinander.

¹ Bezeichnungen der Ressorts und Zuständigkeiten wurden im Berichtszeitraum mehrfach geändert. In diesem Bericht entsprechen die Bezeichnungen dem BMG idaf von 2018.

Zu den Hauptaufgaben der TF-MH zählt die Umsetzung der Nationalen Aktionspläne (NAP) sowie die Berichterstattung an die Bundesregierung, den Nationalrat, die EU-Kommission und internationale Organisationen. Die Austrian Development Agency (ADA) nimmt als Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) ebenfalls an der TF-MH teil ein. Sie führt als ausgelagerte Agentur im staatlichen Auftrag internationale Projekte zur Bekämpfung des Menschenhandels durch.

Opferschutz. In der TF-MH sind neben staatlichen Stellen auch für die Betreuung von Betroffenen des Menschenhandels spezialisierte Opferschutzeinrichtungen und NGOs vertreten. Insbesondere im Bereich des Opferschutzes und im Rahmen von Präventionsmaßnahmen sind diese Organisationen unverzichtbare Partner. Die Interventionsstelle für Betroffene von Frauenhandel LEFÖ-IBF ist mit der Betreuung von weiblichen Opfern von Menschenhandel ab dem 15. Lebensjahr beauftragt. Nach § 25 Sicherheitspolizeigesetz handelt sie im staatlichen Auftrag, eine auch auf internationaler Ebene vielbeachtete Sonderstellung. Männliche Opfer des Menschenhandels werden durch die Einrichtung MEN VIA betreut. Für Betroffene des Menschenhandels, die als Opfer oder Zeugen in einem Strafverfahren beteiligt sind, beauftragt das BMJ, LEFÖ-IBF bzw. MEN VIA mit der psychosozialen und juristischen Prozessbegleitung.

In Wien besteht mit der „Drehscheibe“ eine Einrichtung, die auf Opfer von Kinderhandel spezialisiert ist. In den anderen Bundesländern wird diese Aufgabe von der Kinder- und Jugendhilfe wahrgenommen. Die Kinderhilfsorganisation ECPAT Österreich und das Ludwig-Boltzmann-Institut für Menschenrechte sind ebenfalls in der TF-MH vertreten und wichtige Partner bei der Umsetzung des NAP. Die TF-MH praktiziert im Rahmen der Plattform gegen Ausbeutung und Menschenhandel jährlich einen Austausch mit einer Reihe weiterer NGOs.

V. Nationaler Aktionsplan

Der V. Nationale Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels für den Zeitraum 2018-2020 verfolgt einen umfassenden Ansatz bei der Bekämpfung von Menschenhandel. Im Kapitel Koordination geht es um die Zusammenarbeit der verschiedenen staatlichen Akteure, Bundesländer, Sozialpartner und Nichtregierungsorganisationen. Umfasst sind Maßnahmen zur Weiterentwicklung der TF-MH, zur Stärkung der Zusammenarbeit mit den Bundesländern sowie die Teilnahme und Mitarbeit an Programmen und Projekten auf internationaler Ebene.

Die Maßnahmen im Kapitel Prävention verfolgen das Ziel, die österreichische Bevölkerung sowie ausgewählte Berufsgruppen für die Problematik des Menschenhandels zu sensibilisieren.

Diese Aktionen umfassen sowohl Bildungs- und Schulungsmaßnahmen, als auch öffentlichkeitswirksame Sensibilisierungsveranstaltungen. Das Kapitel Opferschutz enthält Maßnahmen, die zur Identifizierung mutmaßlicher Opfer von Menschenhandel, zur Sicherstellung umfassender Beratung und Betreuung sowie verbesserter sozialer Eingliederung von Opfern von Menschenhandel beitragen. In diesem Kapitel sind ergänzende spezifische Maßnahmen im Bereich des Opferschutzes für Kinder vorgesehen. Das Kapitel Strafverfolgung zielt auf die Förderung des Ausbaus der Zusammenarbeit zwischen Strafverfolgungsbehörden und Nichtregierungsorganisationen ab. Im Kapitel Evaluierung/Monitoring werden die bisher gesetzten österreichischen Maßnahmen im Kampf gegen den Menschenhandel analysiert und bewertet.

Zusammenfassend hat Österreich in allen Bereichen der Bekämpfung des Menschenhandels wichtige Maßnahmen gesetzt. Der Umsetzungsbericht zeigt, dass zu allen Maßnahmen Aktivitäten stattgefunden haben und Fortschritte erzielt werden konnten. Trotzdem müssen die Anstrengungen konsequent weitergeführt und ausgebaut, bzw. den teilweise geänderten Rahmenbedingungen angepasst werden.

I. Nationale und internationale Koordination und Zusammenarbeit

Ziel 1

Stärkung der Koordination und Zusammenarbeit im nationalen und internationalen Bereich

	Aktionen	Zeitplan	Zuständigkeit/Umsetzung	Indikatoren
I.1	Fortführung der Tätigkeit der Task Force Menschenhandel (TF-MH)	Jahr 1-3	BMEIA in Zusammenarbeit mit zuständigen Ressorts/ Stellen/ Bundesländern/ Partnerorganisationen	Sitzungen, Bericht
<p>Die im Jahr 2004 eingerichtete Task Force zur Bekämpfung des Menschenhandels (TF-MH) setzte ihre Aktivitäten unter dem Vorsitz der Nationalen Koordinatorin, Botschafterin Petra Schneeberger, fort. Mitglieder der TF-MH sind alle sachlich zuständigen Ministerien und Regierungsstellen, die Bundesländer, die Sozialpartner und spezialisierte Nichtregierungsorganisationen (NGOs; LEFÖ-IBF, ECPAT, MEN-VIA) sowie das Ludwig-Boltzmann-Institut für Menschenrechte.</p> <p>Im Berichtszeitraum fanden insgesamt 12 reguläre Sitzungen der TF-MH statt. Zusätzlich wurden – neben den drei permanenten Arbeitsgruppen (AGs; siehe Maßnahmen I.2, I.3 und I.4) Ad hoc-Arbeitsgruppen zu den Themen „Datenerhebung“ und zu „Non-Punishment-Prinzip“ eingerichtet. Zur jährlich stattfindenden Bundesländertagung und der Konferenz anlässlich des EU-Tages zur Bekämpfung des MHs siehe Maßnahmen I.7 und II.1.</p>				
I.2	Fortführung der Tätigkeit der im Rahmen der TF-MH eingerichteten Arbeitsgruppe (AG) „Kinderhandel“	Jahr 1-3	BKA Sektion Familien u. Jugend in Zusammenarbeit mit zuständigen Ressorts/Stellen/ Bundesländern/Partnerorganisationen	Sitzungen, Bericht
<p>An den regelmäßigen Sitzungen der AG Kinderhandel nahmen VertreterInnen aller zuständigen Ministerien, der Bundesländer, die Sozialpartner, Internationale Organisationen (IOM, UNHCR) und NGOs (unter anderem ECPAT, LEFÖ-IBF) regelmäßig teil.</p> <p>Im Jahr 2019 wurde die Unterarbeitsgruppe (UAG) Schutzkonzept für eine Einrichtung für Betroffene des Kinderhandels mit dem Auftrag der Entwicklung eines Konzepts für spezialisierte Schutzeinrichtungen eingerichtet.</p> <p>Die Ergebnisse der AG Kinderhandel der Jahre 2018 bis 2020 werden in einem Bericht zusammengefasst, der diesem Bericht beigelegt ist.</p>				

I.3	Fortführung der Tätigkeit der im Rahmen der TF-MH eingerichteten Arbeitsgruppe (AG) „Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung“	Jahr 1-3	BMASGK in Zusammenarbeit mit zuständigen Ressorts/ Bundesländern/Stellen/ Partnerorganisationen	Sitzungen, Bericht
<p>Im Berichtszeitraum wurden zehn Sitzungen durchgeführt. Die Arbeitsgruppe gegen Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung legt für den Zeitraum 2018 bis 2020 einen eigenen Bericht vor, der diesem Bericht beigelegt ist.</p> <p>Ein wichtiges Thema war 2020 die Einbeziehung der Ausbeutung von Au-pairs, die seit 2019 vermehrt durch LEFÖ-IBF unterstützt werden. Eine Informationsbroschüre über Arbeitsrechte für Au-Pairs ist seit 2020 in Ausarbeitung.</p> <p>Als Mitglieder der AG konnten NGOs wie LEFÖ-IBF und MEN VIA die dort geknüpften Kontakte in der Betreuung von Fällen von Arbeitsausbeutung insbesondere während der COVID-19-Krise nutzen.</p>				
I.4	Fortführung der Tätigkeit der im Rahmen der TF-MH eingerichteten Arbeitsgruppe (AG) „Prostitution“	Jahr 1-3	BKA Sektion Frauen in Zusammenarbeit mit zuständigen Ressorts/Stellen/Bundesländern/Partnerorganisationen	Sitzungen, Bericht
<p>Unter Leitung der Frauensektion im BKA wurde 2009 die Arbeitsgruppe Prostitution als eine bundesländer- und berufsübergreifende Plattform zur fachlichen Vernetzung, regelmäßigem Wissensaustausch und der Diskussion von Problemstellungen und Erarbeitung von Empfehlungen für dieses Themengebiet geschaffen. In der AG sind alle Bundesländer vertreten. Das vertretene Berufsspektrum umfasst ExpertInnen aus der Exekutive, Rechtsabteilungen, Genehmigungs- und Gesundheitsbehörden, Frauenabteilungen und dem (sozialarbeiterischen) Beratungsbereich.</p> <p>Einmal jährlich wird eine zweitägige Sitzung abgehalten. Themenspezifischen Unterarbeitsgruppen ermöglichen ein intensiveres Arbeiten an ausgewählten Fragestellungen und Umsetzungsmaßnahmen. Ein verstärkter Fokus wird auf die Unterstützung der Umsetzung der Empfehlungen gelegt. Zentrale Themenstellungen waren im Berichtszeitraum u.a. die Verbesserung der Informationsarbeit für SexdienstleisterInnen, Interessensvertretungen für SexdienstleisterInnen, Pflichtuntersuchung und Gesundheitsfolgenabschätzung sowie Sexualassistenten.</p> <p>2018 wurden die „UAG Gesundheit“, die „UAG Sozialversicherung“ und die UAG „Männer in der Sexarbeit (männliche Sexarbeiter und Kunden)“ gebildet.</p> <p>2019 fand die Sitzung mit den Schwerpunktthemen Zusammenarbeit mit den Bundesländern, Angebot von Vidaflex (Gewerkschaftsinitiative für EPU und Kleinbetriebe) und Gesundheitsfolgenabschätzung statt. Um über den Themenbereich laufend zu informieren, wurde 2019 durch die AG Leitung ein koordinierter quartalsmäßiger Newsletter für die AG MG eingerichtet.</p> <p>2020 wurde die Präsenzsitzung COVID-19-bedingt mittels eintägiger Online-Sitzung abgehalten. Schwerpunktthemen waren die Auswirkungen und Konsequenzen der COVID-19 Pandemie auf SexdienstleisterInnen und den Markt, Sexualassistenten und –begleitung sowie die Interessensvertretungen für SexdienstleisterInnen.</p> <p>Während der COVID-19 Pandemie hat die AG Prostitution übernommen, Informationen betreffend der sich rasch ändernden Rechtslage bereitzustellen. Zudem wurde die 2016 von der AG erstellte bundesweite Informationsbroschüre für SexdienstleisterInnen zuletzt mit Jänner 2020 aktualisiert und in neun Sprachen übersetzt veröffentlicht.</p> <p>Die Ergebnisse der AG-Prostitution der Jahre 2018 bis 2020 werden in einem Bericht zusammengefasst, der diesem Bericht beigelegt ist.</p>				

I.5	Regelmäßige Durchführung der Runden Tische zu Menschenhandel und Prostitution in den Bundesländern	Jahr 1-3	BMI (BK) in Zusammenarbeit mit Bundesländern , sowie BKA Sektion Frauen, BMEIA und zuständigen Ressorts/Stellen/ Partnerorganisationen	Bericht
<p>Unter der Leitung der Landeskriminalämter wurden 2018 und 2019 in mehreren Bundesländern Runde Tische zum Thema Menschenhandel und Prostitution unter Einbindung relevanter Berufsgruppen abgehalten, u.a. zur behördenübergreifenden Zusammenarbeit bei Hochrisikofällen, zweckmäßige Beratung für Sexdienstleisterinnen, ärztliche Untersuchungen (Wanderpraxen) und Menschenhandel.</p> <p>In den Bundesländern Oberösterreich und Kärnten wurden 2019 zu folgenden Schwerpunktthemen Runde Tische abgehalten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Behördenübergreifende Zusammenarbeit bei Hochrisikofällen • Zweckmäßige Beratung für Sexdienstleisterinnen • Ärztliche Untersuchungen (Wanderpraxen) • Menschenhandel und SexdienstleisterInnen <p>Im Jahr 2019 fand in Innsbruck ein Koordinierungstreffen lokaler SystempartnerInnen mit bundesweit tätigen Einrichtungen und Behörden statt. Allgemeine Fragen, als auch die spezifische Situation in Tirol wurden beleuchtet.</p> <p>2020 fanden COVID-19-bedingt keine Runden Tische statt.</p> <p>Die Arbeitsgruppe der Stadt Wien zur Bekämpfung von Menschenhandel, die sich seit 2015 mit der Umsetzung der GRETA-Empfehlungen auf Landesebene befasst, hat in den Jahren 2018 - 2020 regelmäßige Sitzungen zu aktuellen Problemstellungen im Bereich Menschenhandel abgehalten. Wesentliche Themen waren:</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Ausweitung des Kreises der Anspruchsberechtigten auf Opfer von Menschenhandel in § 5 Wiener Mindestsicherungsgesetz (LGBl. 2/2018), wodurch für diese ebenso ein Zugang zum Gesundheitssystem gewährleistet wurde; Beibehaltung der Regelung nach Inkrafttretens des Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes durch den Bund - Behandlung von kritischen Einzelfällen von MEN VIA im Zusammenhang mit dem Zugang zu psychosozialen Einrichtungen - Erfahrungsaustausch zu den Prozessen in Verfahren zur Erteilung von Aufenthaltstiteln - Auswirkungen der durch COVID-19 bedingten Ausgangsbeschränkungen und Betretungsverbote von Bordellen für Sexdienstleisterinnen und die Überschneidung mit dem Thema Menschenhandel <p>Im Jahr 2018 wurde überdies durch die Stadt Wien ein Round-Table zum Thema Kinderhandel abgehalten.</p>				
I.6	Regelmäßiger Informationsaustausch mit VertreterInnen der Bundesländer im Rahmen der Sitzungen der TF-MH und ihrer AGs	Jahr 1-3	BMEIA in Zusammenarbeit mit zuständigen Ressorts/Bundesländern/Stellen/Partnerorganisationen	Bericht, Aktualisierung einer Liste von Ansprechpersonen

<p>VertreterInnen der Bundesländer werden routinemäßig zu den Sitzungen der TF-MH und der AGs eingeladen bzw. über deren Aktivitäten informiert. Die Liste mit Ansprechpersonen wurden regelmäßig zur Aktualisierung ausgeschickt und laufend auf dem neuesten Stand gehalten.</p> <p>Siehe Maßnahme I.1.</p>				
I.7	Durchführung einer jährlichen Veranstaltung mit VertreterInnen der Bundesländer zu bundesländerspezifischen inhaltlichen Schwerpunkten	Jahr 1-3	BMEIA in Zusammenarbeit mit zuständigen Ressorts/Bundesländern/Stellen/Partnerorganisationen	Durchführung der Veranstaltung, Bericht
<p>Im Jahr 2018 war das Land Salzburg Gastgeber der Bundesländertagung. Die Veranstaltung widmete sich dem Thema „Kinderhandel im Kontext der Migration“. 2019 wurde die Bundesländertagung zum Thema „Menschenhandel und Arbeitsmarkt – Maßnahmen und Strategien gegen Arbeitsausbeutung“ durch das Land Niederösterreich abgehalten.</p> <p>Die Bundesländertagung im Jahr 2020 wurde COVID-19 bedingt auf 2021 verschoben.</p>				
I.8	Regelmäßiger Informationsaustausch mit VertreterInnen ausländischer Vertretungsbehörden in Österreich zu spezifischen Themen	Jahr 1-3	BMEIA in Zusammenarbeit mit zuständigen Ressorts/Stellen/ Partnerorganisationen	Maßnahmen mit jeweils inhaltlichen Schwerpunkten, Bericht
<p>Das BMEIA ist mit den in Österreich akkreditierten Vertretungsbehörden in Kontakt und informiert über die aktuellen Entwicklungen im Bereich der Bekämpfung des Menschenhandels, insbesondere über Maßnahmen zum Schutz der Rechte von privaten Hausangestellten von DiplomatinInnen in Österreich. VertreterInnen der ausländischen Vertretungsbehörden werden zur jährlichen Veranstaltung anlässlich des EUAnti-Menschenhandelstages eingeladen (siehe Maßnahme II.1).</p> <p>Weiters erfolgte während des Berichtszeitraums Informationsaustausch mit der US Botschaft im Zusammenhang mit der Erstellung des jährlichen „Trafficking in Persons Report“ („TIP-Report“) des US Außenministerium. Dabei erhielt Österreich im Übrigen durchgehend eine hervorragende Beurteilung seiner Bemühungen bei der Bekämpfung des Menschenhandels (tier 1 - country).</p> <p>LEFÖ-IBF hat im Berichtszeitraum zahlreiche Vernetzungstreffen mit ausländischen Vertretungsbehörden zu den Themen Sensibilisierung für Betroffene von Frauenhandel in Österreich, Identitätsdokumente für Aufenthaltsanträge und freiwillige Rückkehr durchgeführt, u.a. mit der nigerianischen, philippinischen und kirgisischen Botschaft. MEN VIA beteiligte sich an Veranstaltungen und kooperierte fallbezogen mit diplomatischen Vertretungen.</p>				
I.9	Aktive und kontinuierliche Teilnahme/Präsenz der Mitglieder der TF-MH im Rahmen von nationalen und internationalen Gremien/Konferenzen/ Veranstaltungen zum Thema Menschenhandel	Jahr 1-3	jeweilige zuständige Ressorts in Zusammenarbeit mit zuständigen Stellen/Partnerorganisationen	Beitrag/Bericht

Mitglieder der TF-MH nahmen im Berichtszeitraum aktiv an nationalen und internationalen Gremien, Konferenzen und Veranstaltungen teil:

2018:

- 23.04., 18th Conference of the Alliance against Trafficking in Person: “Everyone has a Role: How to Make a Difference Together”, OSZE, Wien, (BMEIA, LEFÖ-IBF);
- 14.-18.05, „27. Sitzung der VN-Kommission für Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege (CCPCJ), mit dem Hauptthema: Cybercrime“, Vereinte Nationen Wien (BMEIA);
- 22.05., Konferenz „Ten years of implementation of the Convention on Action against Trafficking in Human Beings“, Europarat/GRETA, Straßburg (BMEIA, LEFÖ-IBF);
- 27.05.- 29.05, Treffen aller Nationalen Rapporteurs der EU-Mitgliedstaaten und der EU Civil Society Platform against Trafficking in Human, EU Kommission, Brüssel (BMEIA, BMI, LEFÖ-IBF, ECPAT);
- 31.05., Horizontal Facility for Western Balkans and Turkey: “Multi-disciplinary workshop on transnational co-operation to prevent and combat human Trafficking”, Europarat, Belgrad (LEFÖ-IBF)
- 05.06.-06.06., Konferenz: „20 Jahre LEFÖ-IBF. 1998-2018: Alles beim Alten?“, LEFÖ-IBF, Wien (BMEIA, BKA, BMI, Bundeskriminalamt, BMASGK)
- 06.06., Focus group meeting: „Justice at Last - European Action for compensation“, LEFÖ-IBF, Wien;
- 02.-03.07., Podiumsdiskussion: “international cooperation in cases of trafficking in persons considering the needs and rights of victims“, Working Group on Trafficking in Persons (COP UNTOC), Wien (BMEIA, BMI, Bundeskriminalamt);
- 25.09., Fundamental Rights Forum: “#MeToo - A Global Movement To End Universal Human Rights Violations Against Women”, FRA, Wien (LEFÖ-IBF);
- 28.09., International Round Table: “Human Trafficking in the Digital Age. The Interplay between New Technology, Trafficking and Anti-Human Trafficking“, IDM (Institute for the Danube Region and Central Europe), Wien (LEFÖ-IBF);
- 15.-19.10., 9. Vertragsstaatenkonferenz (COP) zum „Übereinkommen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (UNTOC) und dessen drei Protokolle (Menschenhandel, Schlepperei, Feuerwaffen)“, UNODC, Wien (BMEIA, BMI, BMVRDJ);
- 22.10.-23.10., Autumn Expert Meeting and Seminar: “European Network on Victims’ Rights”, Valletta (LEFÖ-IBF);
- 25.10.-26.10., Tagung: „Menschenhandel: Wo stehen wir zwei Jahre nach Umsetzung der EU-Richtlinie?“, Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Menschenhandel Berlin (LEFÖ-IBF, Bundeskriminalamt);
- 06.11., Symposium: „Unsichtbar oder Trägerinnen von Rechten?“, Plattform gegen Ausbeutung und Menschenhandel, Wien (BMEIA, BIM, LEFÖ-IBF, Ludwig-Boltzmann-Institut, ECPAT);
- 16.11., Multidisziplinäres Seminar: “Entwicklung einer individuellen Begutachtungsmethode zur Ermittlung von Schutzmaßnahmen bei minderjährigen Opfern von Straftaten“, Vienna Centre for Societal Security, Wien (LEFÖ-IBF);
- 20.11.-22.11., Second meeting of specialised lawyers and NGOs providing legal assistance to victims of human trafficking, Europarat Straßburg (LEFÖ-IBF);
- 21.11., Round-Table: “Kinderhandel“, Menschenrechtsbüro Stadt Wien, Wien (BMEIA, LEFÖ-IBF, Bundeskriminalamt, Ludwig-Boltzmann-Institut);
- 03.12.-05.12., Treffen aller Nationalen Rapporteurs der EU-Mitgliedstaaten und der EU Civil Society Platform against Trafficking in Human, Brüssel (BMEIA, BMI, LEFÖ-IBF, ECPAT);
- 06.12., The 4th Manila International Dialogue on: “Human Trafficking”, Manila, Philippine International Convention Centre (LEFÖ-IBF);

- Teilnahme an Veranstaltungen folgender Institutionen und Organisationen Mitteleuropäische Polizei Akademie (MEPA), CEPOL – Europäische Polizeiakademie, EUROPOL – EMPACT THB, FRONTEX, Dokumentenberaterausbildung im BMI, Verbindungsbeamtenausbildung (Polizeiat-taché) im BMI, Vortrag in Europäischer Rechtsakademie (ERA), Donau-Universität Krems, Universität Graz (Menschenhandel im Rahmen der „Refugee Law Clinic“) (BMI);

2019:

- 29.03., Präsentation der Studie „Menschenhandel und Arbeitsausbeutung in der Wirtschaft – Risiken durch Nachfragen und Lieferketten“, Tagung zum Beitrag von Wirtschaftsunternehmen in der Prävention von Arbeitsausbeutung und Menschenhandel in Stuttgart, veranstaltet von FIZ Stuttgart (BMA, MEN VIA);
- 08.04.; Konferenz 19th Alliance against Trafficking in Person „Using Technology to Combat Trafficking in Human Beings“, Wien, OSCE (LEFÖ-IBF);
- 06.-07.06.; KOK Vernetzungstreffen mit den Themenschwerpunkten „Trans*identität und Diversity: Trans*-Personen als Betroffene von Menschenhandel“, Berlin, Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Menschenhandel (LEFÖ-IBF);
- 13.-14.06.; EU Civil Society Platform against Trafficking in Human Beings, Brüssel, EU Kommission (LEFÖ-IBF);
- 27.09.; „Resilience vs. Vulnerability: How to break the Cycle of Exploitation & Human Trafficking in the Digital Age“, Wien, Institute for the Danube Region and Central Europe (LEFÖ-IBF);
- 10.-11.10.; Workshop „Needs Assessment Workshop on Stakeholder Engagement on UNTOC Review Mechanism“, Wien, UNODC (LEFÖ-IBF);
- 11.10.; Fachtag „Gegen Menschenhandel vorgehen: Handlungsmöglichkeiten im Unternehmenskontext“ in Stuttgart (BMA, MEN VIA, IOM);
- 16.10., Konferenz „Technologie und die Bekämpfung des Menschenhandels – Chance oder Herausforderung?“ anlässlich des EU Anti Trafficking Day (siehe dazu Pkt. II.1) (BMEIA, BMI, Ludwig-Boltzmann-Institut);
- 05.-06.12.; EU Civil Society Platform against THB, Brüssel, EU Kommission (LEFÖ-IBF);
- 09.-10.12., zweitägiger Workshop auf Malta zum Thema „Preventing and Combating Trafficking in Persons and Smuggling of Migrants through a Multidisciplinary Approach and Multi-level Co-operation“ organisiert durch OSZE, IOM und UNODC (BMI);
- 15.-17.12.; 25th Anniversary Meeting „A moment to celebrate, reflect and make plans for the future“, Bangkok, Global Alliance Against Traffic in Women“ (LEFÖ-IBF);
- Veranstaltungen der Mitteleuropäischen Polizei Akademie (MEPA), CEPOL – Europäische Polizeiakademie, EUROPOL – EMPACT THB, FRONTEX, ICMPD, UNODC, OSCE Alliance against TIP (BMI);
- Teilnahme an Seminaren des „Austrian Study Centre for Peace and Conflict Resolution“ (ASPR) zum Thema „Protection of Civilians“ (BMLV);
- Teilnahme an zwei Sitzungen der EU Civil Society Platform against Trafficking in Human Beings (ECPAT);
- Teilnahme an Veranstaltungen folgender Institutionen und Organisationen Mitteleuropäische Polizei Akademie (MEPA), CEPOL – Europäische Polizeiakademie, EUROPOL – EMPACT THB, FRONTEX, ICMPD, UNODC, OSCE Allianz against TIP (BMI);

2020:

- 30.01., Expert Group meeting on trafficking in women and girls in the context of global migration, Wien, UNODC (LEFÖ-IBF);
- 21.02., „Recruitment Advisor Workshop“ im deutschen Bundesministerium für Arbeit und

Soziales (veranstaltet von Arbeit und Leben Berlin/Brandenburg und Servicestelle gegen Arbeitsausbeutung, Zwangsarbeit und Menschenhandel) (BMA);

- 05.03., Durchführung Workshop „Frauenhandel: Ursachen, Schutz und Rechte“ und Podiumsteilnahme im Rahmen der Fachtagung #rechtehatsie Die UN-Frauenrechtskonvention als Motor für gleichstellungspolitische Maßnahmen, Wien, Klagsverband (LEFÖ-IBF);
- 29.06., EU Civil Society Platform against THB, online, EU Kommission (LEFÖ-IBF, ECPAT);
- 09.07., 1. BBU Qualitätszirkel „Rückkehrberatung“ Wien, Bundesbetreuungsagentur (LEFÖ-IBF);
- Teilnahme an Veranstaltungen in EUROPOL – EMPACT THB und CEPOL – Europäische Polizeiakademie (BMI);
- 14.-15.10., virtuelle Konferenz anlässlich des EU-Anti Trafficking Tages zum Thema „Menschenhandel im Zeichen von Corona“ (BMEIA, BMI, Bundeskriminalamt, LEFÖ-IBF, MEN VIA, IOM, VIDC, Ludwig-Boltzmann-Institut);
- 16.10., IOM Bern erstellte in Zusammenarbeit mit dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) eine Podcast-Serie zu männlichen Betroffenen des Menschenhandels, Interview von BMSGPK und MEN VIA hier abrufbar: <https://www.18oktober.ch/de/podcasts> (BMSGPK, IOM, MEN VIA);
- 21.10., EU Civil Society Platform against THB, online, EU Kommission (LEFÖ-IBF, ECPAT);
- 30.10., Webinar „Nigerian victims of THB“, La Strada International NGO Platform(LEFÖ-IBF);
- 19.11., Beitrag zur Fachtagung des Dachverband Männerarbeit Österreich, DMÖ: „Arbeit mit Männern* mit internationalen Familiengeschichten“ (MEN VIA);
- 20.11., Expert Talk “Is there a Chance to Win the Battle?” Wien, Institute for the Danube Region and Central Europe (LEFÖ-IBF);
- 25.11., Webinar “Trafficking victims in criminal proceedings”, Tilburg University/Dutch Ministry of Justice and Security/La Strada International (LEFÖ-IBF);
- 26.11., Teilnahme an „Ernte, Pflege, Fleischindustrie: migrantische Arbeit in Zeiten von COVID“, Hochschule Fulda, Arbeiterkammer und BEIGEWUM (MEN VIA);
- 02.12., Stiftung Männergesundheit, BRD: Tag der ungleichen Lebenserwartung, Schwerpunkt „Gute Arbeit macht gesund, schlechte Arbeit nimmt (das) Leben“, Interviewbeitrag zum Thema Menschenhandel und Ausbeutung. (MEN VIA);
- 09.12., Podium “Trafficking in women: gender, migration work” im Rahmen “WU Stands against gender-based violence“, Wirtschaftsuniversität Wien (LEFÖ-IBF);
- 10.12., Konferenz „Exploring Links between Trafficking and Labour” im Rahmen des EU Projekts „Tolerant“ (LEFÖ-IBF, MEN VIA);
- Teilnahme an Veranstaltungen folgender Institutionen und Organisationen EUROPOL – EMPACT THB, CEPOL – Europäische Polizeiakademie (BMI);

2020 wurden eine Reihe regelmäßiger Veranstaltungen unter anderem folgende nationale und internationale Veranstaltungen COVID-19-bedingt abgesagt: MEPA, FRONTEX Ausbildungsmodul 2, UNODC THB, OSCE Allianz against TIP – Presentation of Findings of the ODIHR an UN woman Police Security Report and Recommendations (Webinar).

Während des Berichtszeitraums 2018-2020 fanden folgende jährliche institutionelle Treffen statt:

- EU-Netzwerk der Nationalen Rapporteurs zu Menschenhandel
- Vertragsstaaten-Treffen des EuR-Übereinkommens zur Bekämpfung des Menschenhandels
- OSZE-Alliance against Trafficking

I.10	Entsendung bzw. Teilnahme von ExpertInnen/im Rahmen von nationalen und internationalen Projekten zur Bekämpfung des Menschenhandels	Jahr 1-3	jeweilige zuständige Ressorts in Zusammenarbeit mit zuständigen Stellen/Partnerorganisationen	Beitrag, Bericht
<p>Österreich ist aktives Mitglied bei EMPACT THB (Projekt von Europol, das im Rahmen des EU Policy Cycle durchgeführt wird). Ein Vertreter des Bundeskriminalamtes nimmt bei den vierteljährlichen operativen Sitzungen bei Europol teil. Im Rahmen der Umsetzung des jährlichen operativen Aktionsplans Menschenhandel erfolgt eine Unterstützung und Beteiligung bei bi- und multilateralen operativen Maßnahmen. 2018 und 2019 wurden jeweils europaweite Schwerpunktmaßnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels (JOINT ACTION DAYS) unter der Leitung des Bundeskriminalamtes durchgeführt.</p> <p>Das Bundeskriminalamt ist Co-Partner in den „Prevention of and Fight against Crime“ (ISEC)-Projekten „CHINESE THB“, „ETUTU“ (Menschenhandel aus Nigeria) und „Operational cooperation for fighting sexual exploitation committed by Hungarian-based organized crime groups in Europe“. Seit 2017 werden beide Projekte im Rahmen von EMPACT THB weitergeführt. Im Jahr 2018 und 2019 hat das Bundeskriminalamt im Rahmen dieser Projekte an zahlreichen strategischen und operativen Treffen teilgenommen.</p> <p>Seit Anfang 2020 wurde die Initiative „ETUTU“ im Projekt COPSMUGGling (Common Operational Partnership) zur Bekämpfung der Schlepperei und des Menschenhandels entlang der Migrationsrouten umgesetzt.</p> <p>Im Rahmen des Projektes „Twinning SERBIEN – “Support to strengthening fight against trafficking in Human Beings” (2018 bis 2021) wurde das serbische Innenministerium durch Schulungen, Vorträge und Studienbesuche bei der Stärkung des Kampfes gegen den Menschenhandel unterstützt (in Kooperation mit LEFÖ-IBF und dem Ludwig-Boltzmann-Institut).</p> <p>Österreich ist im Projekt „THB LIBERI – Ausbeutung von Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden in Deutschland und Europa“ Co-Partner und unterstützt das deutsche Innenministerium bei der Intensivierung der Bekämpfung Menschen-, insbesondere Kinderhandels. Im Jahr 2018 und 2019 nahmen Vertreter des Bundeskriminalamtes an mehreren Arbeitstreffen und Workshops teil. Im November 2019 fand der vom Bundeskriminalamt organisierte Workshop zum Thema Ausbeutung durch familiäre Clans in Wien statt.</p> <p>Im Rahmen des Projektes “ISF WESTEROS – Enhancing the fight against trafficking of human beings and its proceeds through advanced financial investigation“ (2018 – 2020) wurde Rumänien durch Österreich als Co-Partner bei der Bekämpfung des Menschenhandels und Finanzaufklärungen unterstützt. Im Jahr 2018 und 2019 nahmen Vertreter des Bundeskriminalamtes an mehreren strategischen und operativen Treffen teil.</p> <p>Österreichische RichterInnen und StaatsanwältInnen nutzen das internationale Fortbildungsangebot des European Judicial Training Network (EJTN) und der europäischen Rechtsakademie (ERA).</p> <p>2020 unterstützte BMJ die Bewerbung der Europäischen Rechtsakademie für ein Action Grant der Europäischen Kommission für das Projekt „Countering Trafficking in Human Beings:</p>				

<p>Measures to Tackle Impunity, Enhance Financial Investigations, Decrease Sexual Exploitation and Improve Victims' Protection“ (2021-2022).</p> <p>Aufgrund finanzieller Möglichkeiten und Rahmenbedingungen (Personal, Technik, Schwerpunktmaßnahmen, Meetings) dieser Projekte, ist eine effiziente und längerfristige Bekämpfung des Menschenhandels möglich. Insbesondere der Austausch von internationalen BeamtInnen in diesem Bereich ist ein äußerst wichtiges Instrument.</p>				
I.11	Regelmäßiger Informationsaustausch mit den VertreterInnen der Sozialpartner im Rahmen der Sitzungen der TF-MH und ihrer Arbeitsgruppen	Jahr 1-3	jeweilige zuständige Ressorts in Zusammenarbeit mit zuständigen Stellen/Partnerorganisationen	Bericht
<p>Die Sozialpartner sind seit 2015 Mitglieder der TF-MH. In der AG Arbeitsausbeutung besteht ein regelmäßiger Informationsaustausch mit VertreterInnen maßgeblicher Sozialpartnerorganisationen (Österreichischer Gewerkschaftsbund, Bundesarbeitskammer, Vereinigung der Österreichischen Industrie, Wirtschaftskammer Österreich). Sowohl Arbeitnehmer- als auch Arbeitgeberseite sind aktive Teilnehmer in dieser Arbeitsgruppe.</p> <p>Die Kooperation in diesem Bereich hat sich gut entwickelt, eine Fortsetzung und Intensivierung in dieser Form ist wichtig.</p>				

Ziel 2

Armutsbekämpfung und Erhöhung der Menschlichen Sicherheit (Human Security) in Partnerländern

	Aktionen	Zeitplan	Zuständigkeit/Umsetzung	Indikatoren
I.12	Unterstützung/Entwicklung von Projekten betreffend die Durchführung von Präventionsmaßnahmen (z.B. Bewusstseins- und Informationsveranstaltungen/Kampagnen sowie Förderung ökonomischer Aktivitäten der Risiko-Gruppen, insbesondere von Frauen und Mädchen)	Jahr 1-3	ADA/OEZA in Zusammenarbeit mit zuständigen Ressorts/Stellen/Partnerorganisationen	Durchgeführte Projekte/ Projektbericht bzw. Dokumentation
<p>In der Periode 2016-2018/2019 förderte die ADA ökonomische Aktivitäten zur Verbesserung der Lebensbedingungen – auch in Verbindung mit berufsbildenden Maßnahmen - für Familien und insbesondere Frauen in Südosteuropa (Albanien) und Afrika (Nigeria und Südafrika) mit rund EUR 570.000. Internationale NGOs (Terre des Hommes Foundation, Mission to Albania) und Unternehmen (Rolemodelx Impact Group GmbH) arbeiten hier zusammen, um Reintegration und Prävention durch sozioökonomische Zukunftsperspektiven zu unterstützen.</p> <p>Die ADA unterstützte mit ca. EUR 900.000 von 2017/2018 bis 2021 regionale Projekte in Südosteuropa (The Child Protection Hub for South East Europe) und im Sudan (Engaging Armed Groups to end the Six Grave Child Rights Violations in Darfur). Ein Kinderschutzsystem in Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Moldau und Serbien (Projektpartner Terre des Hommes Foundation „Lausanne“) wird durch Wissensmanagement, Kapazitätsentwicklung und anwaltschaftliche Arbeit etabliert. Bewusstseinsbildung zu Kinderrechten sowie vertrauensbildende Maßnahmen zwischen der UNAMID-Kinderschutz-Einheit und Konfliktparteien tragen zur Reduzierung der Gewaltandrohung bewaffneter Akteure gegenüber 2,4 Mio. Kindern in Darfur (Projektpartner Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung) bei.</p>				
I.13	Unterstützung/Entwicklung von Projekten betreffend die Durchführung von Maßnahmen zum Opferschutz, insbesondere Förderung von Opferschutzeinrichtungen mit psychologischer, medizinischer und juristischer Beratung und Begleitung sowie berufsbildende Trainings	Jahr 1-3	ADA/OEZA in Zusammenarbeit mit zuständigen Ressorts/Stellen/ Partnerorganisationen	Durchgeführte Projekte/ Projektbericht bzw. Dokumentation

In Uganda fördert die ADA in Zusammenarbeit mit der ugandischen Regierung den weiteren Ausbau des Justizsektorprogramms 2017 – 2020 mit insgesamt EUR 6 Mio., um den Zugang zum Recht für marginalisierte Gruppen zu verbessern, um Korruption zu bekämpfen und Menschenrechte zu wahren.

Vor dem Hintergrund eines verstärkten Aufkommens von Kinderhandel und Migration von Arbeitskräften in die Arabischen Emirate wurden Maßnahmen im Bereich Bekämpfung des Menschenhandels, wie die verbesserte Ausbildung von BeamtInnen der Strafverfolgungsbehörden, in das Reformprogramm aufgenommen. Ein Nachfolgeprojekt ist in Planung.

Die unter Maßnahme I.12. erwähnten zwei Projekte in Albanien und Nigeria/Südafrika stehen in Verbindung mit Integration (VET) und Prävention. Betreffend Prävention und Response sind noch Regionalprojekte unter Maßnahme I.12 („The Child Protection Hub for South East Europe“) und unter Maßnahme I.14 von Relevanz.

I.14	Unterstützung von Projekten zu grenzüberschreitendem Austausch, Kapazitätsentwicklung, gegenseitigem Lernen und Vernetzung von Institutionen und (zivilgesellschaftlichen) Organisationen, u.a. in den Bereichen Identifikation von Opfern des Menschenhandels und geschlechterbasierter Kriminalität, Beratung und Betreuung, Strafverfolgung	Jahr 1-3	ADA/OEZA in Zusammenarbeit mit zuständigen Ressorts/ Stellen/Partnerorganisationen	Durchgeführte Projekte/ Projektbericht bzw. Dokumentation
-------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------	-------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------

Sowohl in Europa als auch in Afrika stehen regionale Projekte im Mittelpunkt. Zwischen 2017 und 2019 stand ein breitgefächertes Projekt durch die OEZA (vor dem Hintergrund des österreichischen EU-Vorsitzes 2017; Volumen 200.000 Euro) mit dem Schwerpunkt u.a. Kampf gegen Menschenhandel im Fokus.

Am Horn von Afrika wurde 2018 das Programm „Intergovernmental Authority on Development“ IGAD: „Promoting Peace and Stability in the Horn of Africa Region“ gestartet. Die EU, die den größten Förderbeitrag zur Verfügung stellt, delegierte die Umsetzung dieser Förderung im Rahmen einer Delegierten Kooperation an die ADA. Die Gesamtsumme für das Programm beträgt ca. EUR 28 Mio., inklusive der Kofinanzierungen der ADA, Schwedens und der Niederlande. Ziel ist die Förderung der Stabilität in der Region Ostafrikas und am Horn von Afrika (Djibouti, Eritrea, Äthiopien, Kenia, Somalia, Südsudan, Sudan und Uganda sowie Tansania). Unterstützt wird die regionale Friedens- und Sicherheitsstrategie 2016-2020 in den auch für die Bekämpfung des Menschenhandels wesentlichen Bereichen Frühwarn- und Reaktionssysteme, präventive Diplomatie und Mediation sowie transnationale Sicherheitsbedrohungen. Für alle drei Bereiche liegt ein sektorenübergreifender Schwerpunkt auf Geschlechtergleichheit und verstärkter Einbeziehung von Frauen in Konfliktprävention, Mediation und Friedensverhandlungen.

Darüber hinaus unterstützte die ADA 2018 die Internationale Konferenz „25. Jubiläum Wiener Weltkonferenz über Menschenrechte“ mit 150 Teilnehmenden, darunter hochrangige Repräsentanten der UN, von Menschenrechtsorganisation, MenschenrechtsexpertInnen, JugendvertreterInnen und RepräsentantInnen des Privatsektors.

Ziel 3

Stärkung der Zusammenarbeit und Koordination im bilateralen, EU- und internationalen Bereich

	Aktionen	Zeitplan	Zuständigkeit/Umsetzung	Indikatoren
I.15	Entwicklung/Förderung der Zusammenarbeit zwischen dem BMI und der „Drehscheibe Wien“ mit Schwerpunktländern im Rahmen der Bekämpfung des Kinderhandels	Jahr 1-3	BMI, Stadt Wien in Zusammenarbeit mit zuständigen Stellen/ Partnerorganisationen	unterstützte Aktivitäten, Bericht
<p>Im Jahr 2018 und 2019 wurden vom Bundeskriminalamt in Kooperation mit MitarbeiterInnen der „Drehscheibe Wien“ jeweils Schulungen bzw. Sensibilisierungsveranstaltungen für alle MitarbeiterInnen der Kinder- und Jugendhilfe Wien zum Thema Kinderhandel durchgeführt.</p> <p>Darüber hinaus wird in Kooperation und im Rahmen der AG Kinderhandel an einem Konzept für das Grundlagenpapier „Schutzeinrichtung für Opfer von Kinderhandel“ gearbeitet.</p> <p>Diesen Schulungen wird hohe Bedeutung zugemessen. Sie werden auf diese Art fortgesetzt und intensiviert, auch wenn sie 2020 COVID-bedingt nicht stattfinden konnten.</p>				
I.16	Prüfung von EU Ko-Finanzierungsmöglichkeiten sowie aktive Teilnahme an EU-Ausschreibungen und Projektaufufen	Jahr 1-3	jeweilige zuständige Ressorts bzw. Partnerorganisationen	Durchgeführte Projekte, Projektbericht
<p>Das BMEIA schickt regelmäßig Ausschreibungen und Projektaufufe der EU an die Mitglieder der TF-MH zur weiteren Verwendung aus.</p> <p>Das Bundeskriminalamt beantragte für die Jahre 2014-2020 durch den „Fonds für die Innere Sicherheit (ISF)“ im Bereich der Bekämpfung des Menschenhandels Fördermittel für</p> <ul style="list-style-type: none"> • Prävention + Hotline (Menschhandel/Grenzüberschreitender Prostitutionshandel) • Website Menschhandel, Grenzüberschreitender Prostitutionshandel in Österreich <p>Österreich leitete das Twinning Projekt in Serbien mit dem Titel “Support to fight against Human Trafficking“ (Projektlaufzeit: 24.09.2018 – 31.12.2020). Neben ExpertInnen des Bundeskriminalamtes sind ExpertInnen von LEFÖ-IBF und dem Ludwig-Boltzmann-Institut für Menschenrechte involviert.</p> <p>COVID-19-bedingt kam es 2020 zu keiner weiteren Beantragung von Fördermitteln für die internationale Kooperation mit EU-Staaten oder Drittstaaten (z.B.: China und Nigeria).</p>				
I.17	Unterstützung von Projekten im Rahmen internationaler Organisationen	Jahr 1-3	jeweilige zuständige Ressorts in Zusammenarbeit mit BMEIA	unterstützte Aktivitäten, Bericht

Das BMEIA unterstützte 2020 folgende UNODC-Projekte im Umfang von 210.000 Euro

- UN Trust Fund for Victims of Trafficking in Persons (10.000 Euro)
- Support Lebanon's efforts in addressing the increased risk of trafficking in persons and smuggling of migrants (TIP/SOM) in aftermath of the Beirut explosion and COVID-19 (100.000 Euro)
- Enhancing criminal justice response to address evidential issues for trafficking in persons in the South Eastern Europe (100.000 Euro)

2018 und 2019 unterstützte das BMEIA das Projekt „Strengthening the framework of the Arab Region to prevent and combat human trafficking and migrant smuggling“ jeweils mit 135.000 Euro, sowie den UN-Trust Fund for Victims of Trafficking in Persons (siehe Maßnahme I.18).

Die laufenden Projekte der OSZE zur Bekämpfung des Menschenhandels entlang von Migrationsrouten bzw. zur Bekämpfung des Menschenhandels in Lieferketten wurden durch das BMEIA 2018 mit 20.000 Euro und 2019 mit 10.000 Euro unterstützt.

Im Jahr 2019 beteiligte sich das BMI an Phase III des Regionalen Entwicklungs- und Schutzprogrammes für Nordafrika (Regional Development and Protection Programme for North Africa, RDPP NA) mit Fokus auf das seitens IOM implementierte Projekt „Migration management for Libyan authorities to identify and register migrants“ im Ausmaß von 75.000 Euro. Das Projekt zielt darauf ab, die Ausstattung libyscher Behörden hinsichtlich der Identifizierung und Registrierung von MigrantInnen zu verbessern. Die Projektlaufzeit beträgt 18 Monate.

Im Rahmen des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) der Europäischen Kommission wurden im Berichtszeitraum sechs Projekte von zwei internationalen Organisationen unterstützt:

- IOM – Asyl-Train 2017-2019 (AMIF-Beitrag 254.500 Euro, BMI-Beitrag: 267.000 Euro)
- IOM – RESTART II 2017-2019 (AMIF-Beitrag 1.295.405,24 Euro, BMI-Beitrag: 2.324.547,03 Euro)
- UNHCR – Bridge II-Kooperation im Asylbereich 2017-2019 (AMIF-Beitrag 450.000 Euro, BMI-Beitrag 277.666 Euro)
- IOM – Asyl-Train II 2020-2022 (AMIF-Beitrag 254.500 Euro, BMI-Beitrag: 267.000 Euro)
- IOM – RESTART III 2020-2022 (AMIF-Beitrag 1.295.405,24 Euro, BMI-Beitrag: 2.324.547,03 Euro)
- UNHCR – Bridge III-Kooperation im Asylbereich 2020-2022 (AMIF-Beitrag 450.000 Euro, BMI-Beitrag 277.666 Euro)

Im Rahmen von rein nationalen Mitteln des Bundes wurden 2018 bis 2020 vier ICMPD-Projekte unterstützt:

- ICMPD – MAPIN 2017-2018 (BMI-Förderung 85.000 Euro)
- ICMPD – MIKO 2017-2019 (BMI-Förderung 710.756 Euro)
- ICMPD – SUPREM 2017-2019 (BMI-Förderung 273.566 Euro)
- ICMPD – MIKS 2019-2020 (BMI-Förderung 400.000 Euro)

I.18	Unterstützung des <i>UN Trust Fund</i> für Opfer von Menschenhandel	Jahr 1-3	BMEIA	unterstützte Aktivitäten, Bericht
-------------	---------------------------------------------------------------------	----------	-------	-----------------------------------

Österreich leistete in den Jahren 2018, 2019 und 2020 jeweils freiwillige finanzielle Beitrag in der Höhe von 10.000 Euro für den UN Trust Fund for Victims of Trafficking in Persons (vgl. Maßnahme I.17).

I.19	Unterstützung für das Regionalprojekt „ <i>Preventing and Combating all Forms of Trafficking in Women: Improving Transnational Coordination and Cooperation; Developing and Strengthening Networks and Partnerships with Third Countries</i> “ (Regionale Implementierungsinitiative)	Jahr 1-3	BKA Sektion Frauen, BMSGK in Zusammenarbeit mit zuständigen Ressorts/ Stellen/Partnerorganisationen	Unterstützte Aktivitäten, Bericht
<p>Das Projekt wurde im Berichtszeitraum vom BMSGPK und der BKA-Frauensektion finanziell unterstützt. Projektverantwortliche Stelle ist seit Anfang 2014 das Institut für den Donauraum und Mitteleuropa (IDM) unter Projektleitung von BM a.D. Dr. Helga Konrad.</p> <p>Es wurden unter anderem folgende Themen behandelt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Runder Tisch zum Thema „Strengthening the Role of Municipalities and Cities in Preventing & Combating Human Trafficking & Exploitation: the Importance of a Coordinated and Integrated Approach“ (18.04.2018, Ljubljana); • Runder Tisch: „Human Trafficking in the Digital Age – The interplay between “New” Technology, Trafficking and Anti-Human Trafficking“ (28.09.2018, Wien); • Runder Tisch: “RESILIENCE vs. VULNERABILITY - How to Break the Cycle of Exploitation & Human Trafficking in the Digital Age“ (27.09.2019, Wien); • Virtuelles ExpertInnengespräch: “Is there a Chance to Win the Battle?” (20.11.2020); <p>An den Veranstaltungen nahmen zahlreiche ExpertInnen und VertreterInnen von Internationalen Organisationen und NGOs aus verschiedenen Ländern teil und diskutierten anhand internationaler Beispiele Strategien zur Bekämpfung des MH.</p> <p>Ein für 2020 geplanter Runder Tisch zum Thema „Making Identification and Justice Safe and Accessible for Victims in Digital post-COVID Times“ musste wegen COVID-19 verschoben werden und fand am 16. April 2021 virtuell statt.</p> <p>Nähere Informationen sind unter https://thbregionalimplementationinitiative.wordpress.com/ abrufbar.</p>				
I.20	Durchführung von bilateralen operativen Konsultationen sowie dem Austausch von „best practices“ zur Verhinderung und Bekämpfung von Menschenhandel mit EU-Mitgliedsstaaten.	Jahr 1-3	BMI (BK) in Zusammenarbeit mit zuständigen Ressorts/ Stellen/Partnerorganisationen	Unterstützte Aktivitäten, Bericht
<p>Im Berichtszeitraum wurden bilaterale Ermittlungsverfahren mit verschiedenen EU-Mitgliedstaaten (u.a. Bulgarien, Rumänien, Ungarn) wegen Verdachts des Menschenhandels bzw. des grenzüberschreitenden Prostitutionshandels geführt. Es wurden mit den jeweiligen Partnerdienststellen zahlreiche operative Arbeitsbesprechungen durchgeführt, die auch zu einem Informationsaustausch von „Best Practices“ genutzt wurden.</p>				

Informationen zu aktuellen Trends und Entwicklungen betreffend Menschenhandel wurden anlassbezogen mit den EU-Mitgliedstaaten und insbesondere auch mit Rumänien und Bulgarien über Europol und den Verbindungsbeamten ausgetauscht. In diesem Rahmen wurden 2018 und 2019 MitarbeiterInnen einer Partnerdienststelle aus Bulgarien nach Wien eingeladen und gemeinsame operative Maßnahmen (Objektkontrollen, Befragungen) vorgenommen. 2020 wurden gemeinsame operative Maßnahmen mit Partnern aus Ungarn und Bulgarien in Wien umgesetzt.

Im Rahmen des ISEC Projektes "Operational cooperation for fighting sexual exploitation committed by Hungarian-based organized crime groups in Europe" wurden im Jahr 2018 und 2019 seitens des Bundeskriminalamt zwei Schwerpunktkontrollen zur Opferidentifizierung im Bereich des illegalen Straßenstriches in Wien koordiniert. An diesen Kontrollen nahmen Beamte des nationalen Ermittlungsbüros in Budapest aus der Abteilung zur Bekämpfung des Menschenhandels teil. Ziel dieser Kontrollen war die Opferidentifizierung und das Erkennen krimineller Strukturen.

Siehe auch Maßnahme I.10.

I.21	Fortsetzung polizeilicher Zusammenarbeit und Durchführung von bilateralen operativen Konsultationen sowie Austausch von „best practices“ mit ErmittlerInnen aus Herkunftsländern (z.B. VR China und Nigeria) zur Verhinderung und Bekämpfung von Menschenhandel.	Jahr 1-3	BMI (BK) in Zusammenarbeit mit zuständigen Ressorts/ Stellen/Partnerorganisationen	Unterstützte Aktivitäten, Bericht
-------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------	-------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------

Österreich ist Mitglied des Projektes „European Multidisciplinary Platform against criminal threats in trafficking in human beings (EMPACT THB)“ von Europol im Rahmen des EU-Policy-Cycle. Im Rahmen dieses Projekts nahmen 2018 Beamte des Bundeskriminalamtes an einem internationalen Expertentreffen in Peking sowie im Mai und August 2019 in Shanghai teil. Ziel dieser Treffen ist die Förderung der internationalen Kooperation, des Informationsaustausches und der Umsetzung operativer Maßnahmen (Vernehmungen).

Im September 2018 wurde ein internationales operatives Treffen in Nigeria (Abuja) zur Thematik Menschenhandel und der Verwendung technischer Möglichkeiten im Ermittlungsverfahren abgehalten, an dem eine Expertin des Bundeskriminalamtes teilnahm.

Im Ermittlungsverfahren OP ANGEL unterstützten im September 2018 nigerianische Ermittler von NAPTIP (National Agency on the Prohibition of Trafficking in Persons) das Bundeskriminalamt bei der Bekämpfung des Menschenhandels zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung. Diese polizeiliche Zusammenarbeit wurde 2019 fortgesetzt. Ein Treffen mit ExpertInnen von NAPTIP und dem Bundeskriminalamt fand aus terminlichen Gründen nicht statt.

Die im Rahmen des EU-Policy-Cycle (EMPACT THB) und Fonds für die Innere Sicherheit (ISF) geplanten nationalen und internationalen Expertentreffen mit China und Nigeria mussten 2020 COVID-19 bedingt abgesagt werden.

Siehe auch Maßnahme I.10. Diese Art der Kooperation wird unterstrichen und Anstrengungen unternommen, dass diese Expertentreffen 2021 wieder stattfinden können.

II. Prävention

Ziel 1

Sensibilisierung/Bewusstseinsbildung für alle Dimensionen des Menschenhandels in der Öffentlichkeit

	Aktionen	Zeitplan	Zuständigkeit/Umsetzung	Indikatoren
II.1	Durchführung einer jährlichen öffentlichkeitswirksamen Veranstaltung zum Thema Menschenhandel anlässlich des EU-Tages zur Bekämpfung des Menschenhandels am 18. Oktober	Jahr 1-3	BMEIA in Zusammenarbeit mitzuständigen Ressorts/ Stellen/Partnerorganisationen	Durchführung der Veranstaltung; Bericht
<p>2018 organisierte das BMEIA gemeinsam mit dem italienischen OSZE-Vorsitz und dem Büro des OSZE-Sonderbeauftragten zur Bekämpfung von Menschenhandel am 29. Oktober eine ganztägige öffentliche Veranstaltung der TF-MH in der Hofburg. Themenschwerpunkte waren „Menschenhandel und Menschenrechte – Zugang zu Rechten für Betroffene des Menschenhandels“. Bewährte Kooperationspartner waren die Internationale Organisation für Migration (IOM), das Vienna Institute for International Dialogue and Cooperation (VIDC), LEFÖ-IBF und das Ludwig-Boltzmann-Institut für Menschenrechte. Als neue Kooperationspartner konnten ICMPD und die Global Initiative Against Transnational Organized Crime gewonnen werden. Insgesamt standen fünf Workshops auf Deutsch und Englisch zur Wahl:</p> <ul style="list-style-type: none"> • „Negative coping mechanisms and vulnerability to trafficking: a by-product of neoliberal and austerity policies?“ (IOM, VIDC) • „Ausbeutung von EU-BürgerInnen – wie kann das sein?“ (IOM, VIDC) • „Presentation of outcomes of COMP.ACT Projects II - “Justice at Last”; The importance of compensation for the protection of victims of human trafficking, practical experiences and obstacles in obtaining compensation“ (LEFÖ-IBF, Ludwig-Boltzmann-Institut) • „Rolle und Verantwortung des Privatsektors bei der Bekämpfung des Menschenhandels“ (Global Initiative against Transnational Organized Crime) • „Access to Rights for Trafficked Migrants, Asylum Applicants and Refugees along the Western Balkan Route“ (ICMPD) <p>2019 wurde am 16. Oktober die Veranstaltung der TF-MH anlässlich des EU-Tages zur Bekämpfung des Menschenhandels zu dem Thema „Technologie und die Bekämpfung des Menschenhandels – Chance oder Risiko?“ in der Diplomatischen Akademie ausgerichtet. Bewährte Kooperationspartner waren die Internationale Organisation für Migration (IOM), das Vienna Institute for International Dialogue and Cooperation (VIDC), LEFÖ-IBF und das Ludwig-Boltzmann-Institut für Menschenrechte, ICMPD und die Global Initiative Against Transnational Organized Crime. Es wurden folgende Workshops angeboten:</p>				

- „Nutzung von Online-Infrastruktur durch Menschenhändler: Aktuelle Herausforderungen durch technologische Veränderungen auf die polizeiliche Ermittlungsarbeit im Kampf gegen Menschenhandel“ (organisiert von Bundesministerium für Inneres)
- „Menschenhandel und die Rolle von YouTube“ (IOM)
- „Kinderhandel und Monitoring in Zeiten von Cybercrime“ (BIM, Bundeskriminalamt, ECPAT, Ludwig-Boltzmann-Institut)
- „Digitale Welt - Auswirkungen auf die Betreuung von Betroffenen“ (LEFÖ-IBF und MEN VIA)
- „Technologieeinsatz zur Beweiserhebung im Strafverfahren als Chance zur Entlastung des ZeuginInnenbeweises?“ (Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien)
- „Jenseits von Opfern und RetterInnen? Eine Kritik am sensationalistischen Umgang mit Menschenhandel in (digitalen) Bewusstseinskampagnen“ (VIDC, LEFÖ-IBF)

2020 wurde die Veranstaltung am 14. und 15. Oktober erstmals semi-virtuell im Alois-Mock-Saal des BMEIA abgehalten und in Kooperation mit dem BMI, LEFÖ-IBF, ECPAT, IOM, VIDC, MEN VIA und dem Ludwig-Boltzmann-Institut organisiert. Aufgrund der erweiterten Teilnahmemöglichkeiten kam es zu einem historischen Höchststand von fast 500 TeilnehmerInnen. Thematisch befasste sich die Konferenz mit „Menschenhandel im Zeichen von Corona“. Am ersten Tag fand eine Podiumsdiskussion statt, am zweiten Konferenztag wurden Workshops abgehalten:

- „Menschenhandel – Migration – Corona. Die Auswirkungen auf die polizeiliche Arbeit im Bereich Menschenhandel“ (Bundeskriminalamt)
- „Weit verbreitet – wie ein Virus zur Aufdeckung von Kinderhandel beiträgt“ (ECPAT, Ludwig-Boltzmann-Institut)
- „Arbeitsbedingungen in der Ernte – Zunahme von Ausbeutung und Menschenhandel im Zeichen von Corona?“ (IOM, VIDC)
- „Menschenhandel und Ausbeutung in der Corona-Krise: Wo fehlender Schutz besonders verletzbar macht“ (LEFÖ-IBF, MEN VIA)

II.2	Förderung/Präsentation der Ausstellung und Webausstellung „Menschenhandel – Sklaverei im 21. Jahrhundert“ für Jugendliche und junge Erwachsene sowie im Rahmen von anlassbezogenen Veranstaltungen	Jahr 1-3	jeweilige zuständige Ressorts in Zusammenarbeit mit zuständigen Stellen/Bundesländer/Partnerorganisationen	Präsentation der Ausstellung, Bericht
Die Webausstellung ist unter www.gegen-menschenhandel.at in deutscher und englischer Sprache abrufbar und wurde vom BMEIA, BMI, BMJ, BMFJ, Land Tirol und Land Oberösterreich finanziert. Die Webausstellung wird laufend aktualisiert. Das BMBWF bewirbt die Webausstellung zum Gebrauch im Unterricht über verschiedene Kanäle.				
II.3	Beteiligung an/Unterstützung von zielgruppenspezifischen Informationsmaßnahmen zum Thema Menschenhandel	Jahr 1-3	jeweilige zuständige Ressorts in Zusammenarbeit mit zuständigen Stellen/Bundesländer/Partnerorganisationen	Informationsmaßnahmen

Im Jahr 2018 wurde die Informationskampagne zur Unterstützung des Schutz- und Entwicklungsprogrammes Nordafrika (RDPP NA) seitens des italienischen Innenministeriums organisiert und von IOM implementiert. Österreich beteiligte sich mit 35.000 Euro an der Finanzierung von insgesamt 84 TV-Werbespots, die im Frühjahr 2018 ausgestrahlt wurden.

An der Informationskampagne „Aware Migrants“ beteiligte sich das BMI mit dem Ziel, MigrantInnen über die Risiken illegaler Migration zu informieren und das Bewusstsein in Herkunfts-, Transit- und Zielstaaten zu schärfen.

Im Rahmen des AMIF Förderinstruments wurde bis 31.12.2020 das Projekt „Integriertes Rückkehrmanagement & Freiwillige Rückkehr für Opfer des Menschenhandels“ (IRMA & FROM) gefördert, sowie durch nationale Mittel kofinanziert. LEFÖ-IBF agierte dabei als Projektpartner. Durch das Projekt konnten Betroffene des Frauenhandels Unterstützung bei der freiwilligen und sicheren Rückkehr erhalten. Die in Vorgängerprojekten entwickelten Qualitätsstandards zur Gefahrenanalyse und sicheren Rückkehr und Reintegration wurden in unterschiedlichen internationalen Kontexten präsentiert und weitergegeben. Im Jahr 2019 wurde während einer Projektreise nach Kolumbien die Österreichische Botschaft in Bogota, NGOs und IOs in Medellín und Bogota besucht. Darüber hinaus traf sich LEFÖ-IBF mit VertreterInnen des kolumbianischen Innenministeriums und EUROPOL (siehe dazu Maßnahme III.7).

Die Stadt Wien fördert Vereine, um Gefährdung oder Betroffenheit zu erkennen und Betroffenen Beratung und Unterstützung anbieten zu können. Diese geförderten Vereine sind LEFÖ-IBF, Sophie - Beratungszentrum für Sexarbeiterinnen sowie TAMPEP/Informationsarbeit und Gesundheitsprävention für MigrantInnen in der Sexarbeit.

Österreich leitet das Projekt TW Serbien “Support to fight against Human Trafficking“ (Projektlaufzeit: 24.09.2018 – 23.09.2020; COVID bedingt verlängert bis 23.01.2021). Im Jahr 2020 wurden COVID-19-bedingt Schulungen aufgezeichnet und den Bedarfsträgern in Serbien per Video zur Verfügung gestellt.

Im Folgenden werden Informationsveranstaltungen angeführt, an denen Mitglieder der TF-MH beteiligt waren:

2018:

- 17.01.: Expertenworkshop Brüssel EK – Implementation of the child sexual abuse directive 2011/93/EU with regard to children in migration (BMI);
- 17.01.: Schulung Landespolizeidirektion Wien - Lagezentrum zum Thema Bettelei (BMI, Stadt Wien);
- 18.01.: Seminar Menschenhandel (Arbeitsausbeutung) beim Bundeskriminalamt Wiesbaden (BMI);
- 22.2. - 23.02.: Wanderausstellung und Vortrag an Schule in Budapest (BMI);
- 08.03.: Schulung für MAG11 “Menschenhandel - Indikatoren und Gegenmaßnahmen” (BMI, Stadt Wien);
- 14.03.: Schulung im Rahmen des BMI-Verbindungsbeamtenlehrganges (BMI);
- 14.03.: Human Rights and Trafficking in Human Beings – Lehrveranstaltung für den Vienna Master of Human Rights/Universität Wien (Ludwig-Boltzmann-Institut);
- 19.03.: Workshop: „Menschenhandel: Identifizierung in der mobilen Sozialarbeit“ für ARGE, (LEFÖ-IBF);
- 20.03.: ICMPPD - Transnational Seminar in Vienna (BMI);
- 21.03.: Schulung Landeskriminalamt Oberösterreich – Ausbeutung von Minderjährigen (Begehung von Straftaten) (BMI, LKA OÖ);

- 22.03.: Vortrag: „Praxisfeld Soziale Arbeit: Frauenhandel“ für Studiengang Soziale Arbeit, (LEFÖ-IBF FH, Campus Wien);
- 24.03.: Workshop: „Breaking the chains“ für Protestant Faith Congregation, (LEFÖ-IBF);
- 05.04.: Workshop „Identifizierung von (potentiellen) Betroffenen des Frauenhandels in Betreuungseinrichtungen“ für SOS Menschenrechte Linz, (LEFÖ-IBF);
- 20.04.: Vortrag „Praxisfeld Soziale Arbeit: Frauenhandel“ für Studiengang Soziale Arbeit FH Kärnten, (LEFÖ-IBF);
- 24.04. - 26.04.: Seminar für Bedienstete des Bundesministeriums für Finanzen (Finanzakademie) – Menschenhandel/Grenzüberschreitender Prostitutionshandel (BMI);
- 02.-04.05.: Seminar in der Sicherheitsakademie (SIAK) – Menschenhandel/Grenzüberschreitender Prostitutionshandel (BMI);
- 05.05.: Vortrag an der Donau-Universität Krems – Menschhandel - Organisierte Kriminalität im Masterstudienlehrgang „Organisierte Kriminalität“ (BMI);
- 09.05.: Vortrag für Jugendrichter (BMI);
- 11.05 und 15.05.: Workshop „Was ist Menschenhandel? Was bedeutet Ausbeutung?“ für GRG 3 Kundmangasse, (LEFÖ-IBF);
- 24.05.: Vortrag des Chefarztlichen Dienstes – AmtsärztInnen – Menschenhandel (BMI);
- 12.06. - 14.6.: Vortrag bei der Sachbearbeitertagung Menschenhandel (BMI);
- 23.08.: Webinar „Identifizierung von (potentiellen) Betroffenen des Menschenhandels in der Rückkehrberatung“ für Österreichische Caritaszentrale, (LEFÖ-IBF);
- 04.09.: Vortrag zum Thema „Menschenhandel / Menschenschmuggel“ beim ROTARY Club (BMI);
- 24.09.: Vortrag Salzburg Bundesländertagung TF Menschenhandel (BMI);
- 08.10. - 10.10.: SIAK Seminar Menschenhandel (BMI, LEFÖ-IBF);
- 16.10.: UNODC THB Besprechung (BMI);
- 22.10.: Kurzinput „Frauenhandel“ für Wiener Plattform Frauen, Flucht, Gesundheit; (LEFÖ-IBF);
- 03.12.: Fachtagung „Herausforderungen und innovative Handlungsansätze in der Arbeit mit nigerianischen Betroffenen“ für Management Center Innsbruck, (Land Tirol, LEFÖ-IBF);
- 07.12.: Training „Identifizierung von (potentiellen) Betroffenen des Menschenhandels“ für IACAT und NAIA Manila International Airport Staff (Bacolod, Philippinen) (LEFÖ-IBF);
- 08.12.: Workshop „Netzwerk gegen Menschenhandel: Zivilgesellschaft und Regierungsakteure“ für Voice of the Free (Bacolod, Philippinen), (LEFÖ-IBF);
- 10.12.: Workshop „Strengths & Challenges in the Fight against THB“ für Voice of the Free (Antipolos, Philippinen), (LEFÖ-IBF);
- 12.12.: Training „Information for Potential Victims of Trafficking“ für Visa Officers VSF Global Visa Application Center Manila (zuständig für Deutschland, Schweiz, Österreich, UK, Niederlande, Frankreich), Manila, Österreichische Botschaft Manila (LEFÖ-IBF)

2019:

- 17.01.: BKA Wiesbaden / Menschenhandelsseminar – Vortrag zum Thema Arbeitsausbeutung (BMI);
- 22.01.: Vorstellung der Arbeit LEFÖ-IBF und Austausch mit Studierenden der Strafjustiz aus den USA, Wien, Standing Group on Organized Crime (LEFÖ-IBF);
- 12.02.: Vortrag bei Vernetzungstreffen der Opferschutzgruppen im AKH (MEN VIA);
- 19.02.: Tirol (Landesregierung, Polizei, LEFÖ-IBF) – Informationsaustausch Thema Menschenhandel (BMI);
- 23.01.: Podiumsdiskussion im Anschluss an Filmprämie „Joy“, Wien, Freibeuter Film (LEFÖ-IBF);
- 24.01.: Vortrag „Collateral damage of anti-trafficking measures?“, Wien, Universität für Angewandte Kunst (LEFÖ-IBF);
- 31.01.: Vortrag „Life after trafficking“, Wien, GRG 3 anlässlich des Tages der Zivilcourage (LEFÖ-IBF);

- 05.03.: Internationaler Workshop „Das Recht auf ein Leben frei von Gewalt! Stärkung, Unterstützung und Schutz für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder in Österreich und Europa“, Wien, Wiener Interventionsstelle gegen Gewalt in der Familie (LEFÖ-IBF);
- 07.03.: Human Rights and Trafficking in Human Beings – Lehrveranstaltung für den Vienna Master of Human Rights/Universität Wien (Ludwig-Boltzmann-Institut);
- 12.03.: Seminar „Trafficking in Women: Gender, Migration, Work“, Wien, MA in Human Rights in Universität Wien (LEFÖ-IBF);
- 14.03.: Schulung für MAG11 “Menschenhandel - Indikatoren und best practice“ (BMI);
- 26.03.: Niederlande – Fachvortrag zum Thema Menschenhandel (Ausbeutung von chinesischer Staatsangehöriger) (BMI);
- 25.03.: MEPA Vortrag (BMI);
- 29.03.: Workshop „Sexarbeit und Frauenhandel: Empowerment statt Stigma“, Wien, ÖH Uni Wien im Rahmen des Fem*Kongress (LEFÖ-IBF);
- 03.04.: Workshop zu männlichen Betroffenen von Gewalt, Ausbeutung und Menschenhandel für MultiplikatorInnen im Rahmen des CORE-Projekts (MA 17, MEN VIA);
- 09.04.: OSCE Allianz against TIP – Vortrag im Rahmen der Konferenz (BMI);
- 02.-04.05.: Skopje – Kinderhandel – Befragung von Minderjährigen (BMI);
- 07.05. bis 09.05.: Seminar für Bedienstete des Bundesministeriums für Finanzen (Finanzakademie) – Menschenhandel/Grenzüberschreitender Prostitutionshandel (BMI);
- 08.05.: Vortrag Verbindungsbeamtenausbildung (Polizeiattaché) im BMI (BMI);
- 10.05.: Workshop über männliche Betroffene von sexueller Ausbeutung Menschenhandel. Tagung der bundesdeutschen DGFPI Fachberatungsstellen, die männliche Opfer sexualisierter Gewalt betreuen (MEN VIA);
- 21.05.: UNODC THB (BMI);
- 29.06.: Vortrag an der Donau-Universität Krems – Organisierte Kriminalität im Masterstudienlehrgang „Transnationale OK“ (Menschenhandel) (BMI);
- 06.09.: Beitrag zur Fachtagung der Wissenschaftlichen Kriminologischen Gesellschaft: „Opferschutz für Männer als Betroffene von Menschenhandel: Zahlen und Fakten, rechtspsychologische Aspekte sowie Unterstützung durch Prozessbegleitung im Strafverfahren“ (MEN VIA);
- 09.-11.09.: Seminar in der Sicherheitsakademie (SIK) – Menschenhandel/Grenzüberschreitender Prostitutionshandel (BMI);
- 16.09.: Workshop “Gewaltfrei leben” Fachforum zur Prävention von Gewalt an Frauen und häuslicher Gewalt, Wien, GewaltFREI leben (LEFÖ-IBF);
- 17.09.: FRONTTEX Ausbildungsmodul 2 - Vortrag Menschenhandel (BMI);
- 03.10.: Vortrag Bundesländertagung der TF Menschenhandel (BMI);
- 15.10.: Workshop „Do no Harm: Ethics and Accountability in Human Trafficking Interventions“, Wien (LEFÖ-IBF, VIDC);
- 18.10.: Podiumsdiskussion an Filmvorführung „Joy“, Wien, Institut für Afrikawissenschaften Universität Wien (LEFÖ-IBF);
- 23.10.: Erfahrungs- und Meinungsaustausch zur Verbesserung der Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden (BMJ);
- 13.11.: Vortrag „Ausbeutung durch familiäre Clans“, Wien (LEFÖ-IBF, Bundeskriminalamt);
- 18.11.: Round Table „Breaking the Chains: Stereotypen über Frauenhandel dekonstruieren“, Wien, UN Women Austria (LEFÖ-IBF);
- 21.11.: ICMPD - Conference in Vienna (BMI);
- 22.11.: Veranstaltung für Hausangestellte in Diplomatenhaushalten (BMI, BMEIA, LEFÖ-IBF);
- 04.12.: Polizeiärztliches Curriculum (BMI);
- 13.12.: Universität Linz - Menschenhandel im Rahmen des Jus-Studiums (BMI);

- Dezember: Studiengang „Soziale Arbeit“ der Tiroler Fachhochschule MCI hat im Rahmen eines studentischen Projektes im Dezember 2019 in Innsbruck eine Kampagne zur Sensibilisierung der Bevölkerung durchgeführt. Das Land Tirol und die Tiroler Koordinierungsstelle haben dieses Vorhaben vor allem durch Öffentlichkeitsarbeit begleitet.

2020

- 24.01.: Sitzung im Fachzirkel Armutsmigration (BMI);
- 29.01.: Vortrag MH in den Social Medien auf der FH Wien (BMI);
- 31.01.: Sitzung UAG Arbeitsausbeutung – Sonderthema Au Pairs (BMI);
- 11.02.: Besprechung mit der Stadt Wien Abgängige Kinder (Kinderhandel) (BMI);
- 12.02.: Fachausbildung Kriminaldienst (BMI);
- 14.02.: Besprechung mit BMI wegen Leihmutterschaft (BMI);
- 19.02.: Sitzung im Fachzirkel Armutsmigration (BMI);
- 03.03.: Bildungszentrum Graz (BMI);
- 04.03.: Sitzung der UAG Kinderhandel (BMI);
- 06.03.: Traiskirchen – Sicherheitsakademie (BMI);
- 10.03.: Human Rights and Trafficking in Human Beings – Lehrveranstaltung für den Vienna Master of Human Rights/Universität Wien (Ludwig-Boltzmann-Institut);
- 27.03.: Bildungszentrum Graz (BMI);
- 18.05.: Besprechung MH (LEFÖ, BMI);
- 19.05.: Besprechung MH im KBM (BMI, LEFÖ);
- 25.05.: „Frauenhandel: Auswirkungen der Corona-Pandemie“, Wien, NPO Frauennetzwerk LEFÖ-IBF);
- 02.06.: Vortrag im Grenzpolizeiassistentenkurs (GPA 2020) (BMI);
- 03.06.: Grundausbildungslehrgänge für dienstführende Wachebeamte GAL E2a 2020, Wien, Bildungszentrum Wien (BMI, LEFÖ-IBF);
- 04.06.: Grundausbildungslehrgänge für dienstführende Wachebeamte GAL E2a 2020, Wien, Bildungszentrum Wien (BMI, LEFÖ-IBF);
- 05.06.: Traiskirchen – Sicherheitsakademie (BMI);
- 08.06.: Traiskirchen – Sicherheitsakademie (BMI);
- 10.06.: Traiskirchen – Sicherheitsakademie (BMI);
- 15.06.: Grundausbildungslehrgänge für dienstführende Wachebeamte GAL E2a 2020, Wien, Bildungszentrum Wien (BMI, LEFÖ-IBF);
- 16.06.: Grundausbildungslehrgänge für dienstführende Wachebeamte GAL E2a 2020, Wien, Bildungszentrum Wien (BMI, LEFÖ-IBF);
- 18.06.: Grundausbildungslehrgänge für dienstführende Wachebeamte GAL E2a 2020, Wien, Bildungszentrum Wien (BMI, LEFÖ-IBF);
- 04.08.: Webinar – Presentation of Findings of the ODIHR and UN Women Policy Survey Report and Recommendations (BMI);
- 26.08.: Koordinationstreffen zur digitalen MH Konferenz „Covid-19 und MH“ (BMI);
- 17.09.: Besprechung Studie MH mit dem BIM zu Twinning Serbien (BMI);
- 24.09.: Schulung für ÖIF (LEFÖ-IBF, BMI);
- 28.09.: Schulung für ÖIF (LEFÖ-IBF, BMI);
- 16.10.: Interview in der Sendung „Tagesgespräch“, SRF Schweiz zum Thema „Männer als Opfer von Menschenhandel – wirklich“? (MEN VIA);
- 21.10.: Erfahrungs- und Meinungs austausch zur Verbesserung der Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden (BMJ)
- 22.10.: „Identifizierung von (potentiell) Betroffenen des Menschenhandels“, Wien, Österreichischer Integrationfonds (LEFÖ-IBF);

- 23.10.: Vortrag „Frauenhandel“, Wien, FH Soziale Arbeit (LEFÖ-IBF);
- 05.11.: Workshop „Aufenthalt für Betroffene des Menschenhandels: §55-57 AsylG“, Wien, Asylkoordination Österreich (LEFÖ-IBF);
- 06.11.: Vortrag „Frauenhandel: Auswirkungen der Corona-Pandemie“ im Rahmen des Vernetzungstreffen PLAFONIG, Österreichisches Rotes Kreuz (LEFÖ-IBF);
- 10.11.: „Identifizierung von (potentiell) Betroffenen des Frauenhandels“, Wien, Diakonie Karibu (LEFÖ-IBF);
- 11.11.: Workshop „Safe and voluntary return of trafficked persons: Quality standards, risk assessment and sustainable reintegration“ im Rahmen der Konferenz “Assisted voluntary return to Latin America with a focus on El Salvador, Venezuela and Colombia”, Caritas Augsburg (LEFÖ-IBF);
- 16.11.: Online Vortrag id Verbindungsbeamtenausbildung (Polizeiattaché) auf der UNIU Linz - Rechtsfragen Menschenhandel (BMI);
- 19.11.: Beitrag für MitarbeiterInnen von Männerberatungsstellen im Rahmen einer Fachtagung des Dachverbands Männerarbeit Österreich DMÖ (MEN VIA);
- 23.11.-24.11.: Gewaltschutzgipfel 2020 (BMI und BKA Frauen);
- 03.12.: Sitzung im Fachzirkel Armutsmigration (BMI);
- 07.12.: TF Menschenhandel und Nachbesprechung der Menschenhandelskonferenz – VK (BMI);
- 09.12.: Online-Vortrag an der Donau-Universität Krems – Organisierte Kriminalität im Masterstudienlehrgang „Transnationale OK“ (Menschenhandel) – 2tägige Veranstaltung (BMI);
- 10.12.: Konferenz anlässlich des Tolerant-Projektes „Exploring Links between Labour and Human Trafficking“ (LEFÖ-IBF, BKA Frauen)
- 16.12.: Sitzung der UAG Prostitution – VK (BMI);
- 16.12.: Sitzung der UAG Kinderhandel - VK (BMI);
- November und Dezember: Informations- und Kooperationsgespräche mit den Kinderfreunden Steiermark (MEN VIA);

COVID-19-bedingt ergaben sich folgende Absagen von Informationsveranstaltungen:

- Schulung für MAG11 “Menschenhandel - Indikatoren und Praxis“
- Seminar für Bedienstete des Bundesministeriums für Finanzen (Finanzakademie)
- Sachbearbeitertagung Bundeskriminalamt/ LKA für den Bereich Menschenhandel/ Prostitutionshandel
- Seminar in der Sicherheitsakademie (SIAK) – Menschenhandel/Grenzüberschreitender Prostitutionshandel
- Veranstaltung für Hausangestellte in Diplomatenhaushalten
- Vortrag Bundesländertagung der TF Menschenhandel in Tirol (Landesregierung, Polizei, LEFÖ-IBF) – Informationsaustausch Thema Menschenhandel
- Polizeiärztliches Curriculum
- Schulungsmaßnahme für Bedienstete der AGM-Dienststellen (Ausgleichsmaßnahmen im Rahmen der Schengenerweiterung)

II.4	Aktualisierung und Weiterentwicklung der vorhandenen Informationsmaterialien und Handlungsanleitungen zum Thema Menschenhandel und deren Verteilung	Jahr 1-3	BMEIA in Zusammenarbeit mit zuständigen Ressorts/Stellen/ Partnerorganisationen	Informationsmaterialien
------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------	---------------------------------------------------------------------------------	-------------------------

Im Berichtszeitraum wurden Informationsmaterialien zum Thema Menschenhandel auf den neuesten Stand gebracht. Dies umfasste 2018 die zweite und erweiterte Auflage von „Sichere Rückkehr und Reintegration von Betroffenen des Menschenhandels: Qualitätsstandards einer Gefahrenanalyse und des Monitorings“

(http://lefoe.at/tl_files/lefoe/Sichere%20R%C3%BCckkehr_D_September%202018.pdf).

Informationsmaterial in rund 20 Sprachen für potentiell Betroffene wurde von NGOs direkt verteilt oder auf Webseiten als Download zur Verfügung gestellt. Für MultiplikatorInnen wurden Info-Folder über MEN VIA zur Verfügung gestellt. Auch das BMI/BFA verbreitet diese Informationsbroschüren in diversen Sprachen, indem sie beim BFA bundesweit zur Auflage im Parteienverkehr und zur direkten Weitergabe durch den verfahrensführenden Referenten an potenzielle Opfer im Zuge einer Einvernahme zur Verfügung gestellt werden. Zudem wird in zahlreichen Betreuungsstellen des Bundes Informationsmaterial von Beratungsstellen für potentiell Betroffene des Menschenhandels in mehreren Sprachen bereitgestellt (LEFÖ, MEN VIA).

Im April 2019 wurde die Broschüre „Kompaktwissen für die Praxis: Strafverfahren, Entschädigung und Opferschutz“ in Kooperation mit Rechtsanwältin Mag. Barbara Steiner, LEFÖ-IBF und MEN VIA im Landesgericht für Strafsachen Wien gemeinsam mit dem BMJ präsentiert. Die Broschüre wurde an alle EB10 bundesweit verteilt und ins Intranet der Polizei aufgenommen. Es wurden über 200 Stück verteilt.

http://www.lefoe.at/tl_files/lefoe/Kompaktwissen_Strafrecht_Menschenhandel_April2019.pdf

Im Jahr 2020 organisierte die TF-MH eine Plakatkampagne mit Plakaten zu den Themen Menschenhandel im Kontext Arbeitsausbeutung, sexuelle Ausbeutung und Ausbeutung zur Bettelei. Insgesamt wurden 3000 Plakate gedruckt und an die Mitglieder der TF-MH zur weiteren Verwendung übermittelt. Die Plakatkampagne wurde auch in den sozialen Medien beworben. Ziel der Kampagne war das Bewusstmachen der Problematik und die Verbreitung der Menschenhandelshotline.

Darüber hinaus wurde 2020 die Webausstellung www.gegen-menschenhandel.at aktualisiert und die Materialien auf der Webseite neu aufbereitet.

II.5	Sensibilisierung von MedienvertreterInnen	Jahr 1-3	jeweilige zuständige Ressorts in Zusammenarbeit mit zuständigen Stellen/Bundesländer/Partnerorganisationen	Information, Gespräch, Veranstaltung
MedienvertreterInnen waren zu Veranstaltungen anlässlich des EU-Tages zur Bekämpfung des Menschenhandels eingeladen (siehe Maßnahme II.1) und berichteten darüber, unter anderem im Hauptnachrichtenformat des ORF. Anlassbezogen wird das Thema auch in der Medienarbeit des BMEIA thematisiert. Das BMI sensibilisierte im Berichtszeitraum MedienvertreterInnen im Rahmen von Pressekonferenzen und -aussendungen über Formen des Menschenhandels und Möglichkeiten der Opferidentifizierung.				
II.6	Sensibilisierung von Botenschaftspersonal und privaten Hausangestellten von diplomatischem Personal in Österreich zu den Rechten von privaten Hausangestellten	Jahr 1-3	BMEIA in Zusammenarbeit mit LEFÖ-IBF und zuständigen Ressorts/Stellen und Partnerorganisationen	Information, Gespräch, Veranstaltung

2019 organisierten das BMEIA und das BMI eine Informationsveranstaltung für private Hausangestellte. Alle in Österreich akkreditierten Botschaften, Konsulate und Internationalen Organisationen wurden über die Veranstaltung informiert und eingeladen, ihren privaten Hausangestellten von Bediensteten die Teilnahme an dieser Veranstaltung zu ermöglichen. Dabei zeigte sich, dass die aktive Einbindung von LEFÖ-IBF vorteilhaft ist, da der informelle Zugang der Betroffenen zu den NGO-Mitarbeiterinnen zusätzliche niederschwellige Kommunikationskanäle öffnete.

2020 fand Covid-19 bedingt keine Sensibilisierungsveranstaltung für diplomatische Hausangestellte statt.

II.7	Aktualisierung und Ausweitung des Informationsangebots im Internet zum Thema Menschenhandel unter verstärktem Einsatz von neuen Medien	Jahr 1-3	jeweilige zuständige Ressorts in Zusammenarbeit mit zuständigen Stellen/Bundesländer/Partnerorganisationen	Informationen im Internet
<p>Informationen zum Thema Menschenhandel werden auf folgenden Internetseiten zur Verfügung gestellt, die Aktualisierung erfolgt laufend:</p> <ul style="list-style-type: none"> • BMEIA: https://www.bmeia.gv.at/europa-aussenpolitik/menschenrechte/kampf-gegen-den-menschenhandel/ • BMBWF: www.politik-lernen.at, www.politische-bildung.at/themendossiers, www.politik-lexikon.at/kinderhandel • BMASGK: www.sozialministerium.at • BMI: www.bmi.gv.at • Bundeskriminalamt: www.bundeskriminalamt.at • LEFÖ-IBF: www.lefoe.at • Anlaufstelle für männliche Betroffene von Menschenhandel: www.men-center.at/via • ECPAT Österreich: www.ecpat.at • Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte: https://bim.lbg.ac.at/de/menschenhandel • Anlaufstelle zur gewerkschaftlichen Unterstützung UNDOkumentiert Arbeitender: www.undok.at • NGO-Plattform gegen Ausbeutung und Menschenhandel: www.gegenmenschenhandel.at • Alles zum Thema Entsendung nach Österreich: www.entsendeplattform.at • Webausstellung „Menschenhandel – Die Sklaverei des 21. Jahrhunderts“: www.gegen-menschenhandel.at 				
II.8	Steigerung des Bekanntheitsgrades der „Hotline“ des Bundeskriminalamts österreichweit	Jahr 1-3	BMI in Zusammenarbeit mit zuständigen Ressorts/Stellen/Bundesländer/Partnerorganisationen	Bericht

Die Hotline im Bundeskriminalamt wird im Zuge der Medien- und Öffentlichkeitsarbeit des BMI zur Thematik Menschenhandel laufend bekannt gemacht und in Informationsfoldern zum Thema angeführt. Sie ist auf der Homepage des Bundeskriminalamtes als Meldestelle für Menschenhandel publiziert. Die Menschenhandels-Hotline erleichtert die Weiterleitung von Wahrnehmungen im Hinblick auf Menschenhandel dar.

Die AG Arbeitsausbeutung hat in einem Merkblatt für die Identifikation von Opfern von Arbeitsausbeutung die Daten der Menschenhandels-Hotline gemeinsam mit einer Kurzanleitung, welche Informationen über Wahrnehmungen besonders hilfreich für die Tätigkeit der Polizei sind, aufgenommen (www.bundeskriminalamt.at).

Eine weitere Intensivierungsbestrebung ist die 2020 durchgeführte Plakatkampagne der TF-MH, die auf eine Verbreitung der Bekanntheit der Hotline des Bundeskriminalamtes abzielt.

Ziel 2

Sensibilisierung/Bewusstseinsbildung für alle Dimensionen des Menschenhandels bei ausgewählten Berufsgruppen

	Aktionen	Zeitplan	Zuständigkeit/Umsetzung	Indikatoren
II.9	Durchführung von Schulungen für die Exekutive ab der Grundausbildung	Jahr 1-3	BMI in Zusammenarbeit mit LEFÖ-IBF, MEN VIA und Bundesländern sowie zuständigen Ressorts/Stellen/ Partnerorganisationen	Anzahl der durchgeführten Schulungen, Bericht

Sowohl in der Grundausbildung von österreichischen PolizistInnen, als auch in der Ausbildung für die höheren Hierarchiestufen (mittlere Ebene und Offiziersebene) wird das Thema Menschenhandel bearbeitet. LEFÖ-IBF und MEN VIA wurden im Berichtszeitraum wiederholt zu Schulungen für die Exekutive eingeladen und präsentierten ihre Tätigkeiten unter Einbeziehung von Fallbeispielen aus der Praxis.

Seitens der Sicherheitsakademie (SIAK) des BMI wurden im Berichtszeitraum folgende Schulungen durchgeführt, die sowohl mittels Präsenzvorträgen als auch virtuell stattfanden:

- Im Rahmen der Grundausbildung von österreichischen PolizeibeamtInnen beinhaltet der Unterrichtsgegenstand „Kriminalstatistik“ den Themenblock Menschenhandel.
- Im Rahmen der Ausbildung von PolizeibeamtInnen für das mittlere Management (E2a-Ausbildung) wird der Themenkreis Menschenhandel ebenfalls im Unterrichtsgegenstand „Kriminalistik“ bundesweit behandelt, um Exekutivbeamte zu schulen, wie in Verdachtsmomenten angemessen reagiert werden kann. In Fortbildungskursen der Ausbildung für dienstführende und leitende BeamtInnen werden diese Themen ebenfalls aufgegriffen. LEFÖ-IBF trägt über Polizei und Opferschutz gemeinsam mit dem BMI vor.
- Darüber hinaus werden Schulungen für alle im Exekutivdienst tätigen BeamtInnen im Rahmen der verpflichtenden berufsbegleitenden Fortbildung durchgeführt.
- Spezialfortbildung werden zum Thema „Menschenhandel für alle österreichischen KriminalistikerInnen“ werden mit Trainer des Bundeskriminalamtes angeboten.
- Im Rahmen der generellen Fortbildung für Polizeibeamte hat die SIAK im jährlichen Bildungskatalog zwei Seminare zum Thema „Menschenhandel und grenzüberschreitender Prostitutionshandel“ mit TrainerInnen von LEFÖ-IBF und vom Bundeskriminalamt mit jeweils ca. 20 Teilnehmenden durchgeführt.
- Das Bundeskriminalamt führt gemeinsam mit LEFÖ-IBF jährlich eine einwöchige Schulung für alle neuen MitarbeiterInnen in den Ermittlungsbereichen 10 (Menschenhandel/Schlepperei) der jeweiligen Landeskriminalämter durch.

Die Schulungsmaßnahme für Bedienstete der AGM-Dienststellen (Ausgleichsmaßnahmen im Rahmen der Schengenerweiterung) wurde im Jahr 2018 und 2019 ebenfalls fortgesetzt. 2020 musste diese Schulung ebenso wie die Sachbearbeitertagung Bundeskriminalamt/LKA für den Bereich Menschenhandel und Prostitutionshandel abgesagt werden.

Die von der EU-Polizeiausbildungsagentur CEPOL angebotenen Seminare zu den Themen „Menschenhandel, Ausbeutung von Kindern bzw. Illegale Migration“ wurden von österreichischen BeamtInnen besucht. Diese Schulungen werden in ihrer Anzahl und Intensivität aufrechterhalten, bzw. anlass- bzw. bedarfsbezogen erweitert.

Auch das LKA Kärnten führte Schulungen im Einsatzbereich 10 im Rahmen von Ausbildungslehrgängen zum Thema Menschenhandel, Opfererkennung und Opferschutz durch.

II.10	Durchführung von Schulungen u. Sensibilisierungsmaßnahmen für MitarbeiterInnen des Bundesamts für Fremdenwesen und Asyl (BFA), der Erstaufnahmezentren, der Grundversorgungseinrichtungen und der Polizeianhaltezentren mit Fokus auf die Identifizierung von Betroffenen des Menschenhandels	Jahr 1-3	BMI (BFA) , in Zusammenarbeit mit LEFÖ-IBF, MEN VIA und zuständigen Ressorts/Stellen/Bundesländer/Partnerorganisationen	Anzahl der durchgeführten Schulungen, Bericht
--------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------

Schulungen zur Identifizierung von Betroffenen des Menschenhandels im Asylverfahren bilden einen Schwerpunkt im Fortbildungsprogramm des Bundesamts für Fremdenwesen und Asyl (BFA).

Im Rahmen des neuen IOM Projekts „Asyl-Train“ (Nachfolgeprojekt von IBEMA I und IBEMA II) wurden für die Dauer der Projektlaufzeit von 2017 bis 2020 Trainings zur Identifizierung von Betroffenen von Menschenhandel und zu interkulturellen Kompetenzen im österreichischen Asylverfahren durchgeführt. Die Trainings erfolgten gemeinsam mit dem Bundeskriminalamt, LEFÖ-IBF, MEN VIA, dem Kinderkrisenzentrum „Drehscheibe“ der Stadt Wien MAG ELF sowie AsylrechtsexpertInnen des BMI und des BFA. Die Zusammenarbeit in Bezug auf die interkulturellen Kompetenztrainings fand mit dem Interkulturellen Zentrum (IZ) statt.

Das Hauptanliegen des Projekts ist es, die Qualität im Bereich Migrations- und Asylverwaltung von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren in Bezug auf den täglichen Umgang mit AsylwerberInnen und der Bearbeitung von Anträgen von internationalem Schutz zu erhöhen. Es werden BeamtInnen, BetreuerInnen und RechtsberaterInnen für das Thema Menschenhandel sensibilisiert, um Betroffene rascher zu identifizieren, ihnen Unterstützung zukommen zu lassen sowie sie an angemessene Schutzeinrichtungen zu verweisen.

- Während der Projektlaufzeit von 2017 bis 2020 wurden 24 Trainings mit insgesamt 339 Teilnehmenden durchgeführt, wobei davon insgesamt 15 Schulungen für 172 Teilnehmende auf das BFA entfielen. Im Rahmen der Schulungen wurde direkt in den Organisationseinheiten des BFA eine eintägige Grundschulung und eine Follow-Up Schulung zur Identifizierung von Opfern von Menschenhandel in Asylverfahren durchgeführt.
- 2018 und 2019 wurden zudem jeweils sechs Schulungen für staatliche und private Akteure abgehalten (i.e. ARGE Rechtsberatung, ORS Service/Bundesbetreuung, BVwG, BFA, VMÖ Rechtsberatung). Im Jahr 2019 wurde der Fokus auf die BFA Regionaldirektionen und auf ein vertiefendes Seminar gelegt. Zudem wurden 2019 in Zusammenarbeit mit IOM vier Schulungen für verfahrensführende ReferentInnen des BFA zum Themenbereich „Menschenhandel – Erkennung von Betroffenen im Asylverfahren“ organisiert.

- Drei für 2020 als Präsenzveranstaltungen geplante Schulungen mussten Covid-19-bedingt abgesagt werden. Ersatzweise wurden diese in Form von Webinaren abgehalten. Im zweiten Halbjahr fanden drei Schulungen für 19 Teilnehmende statt.

In Hinblick auf die Grundversorgungseinrichtungen des Bundes zur Betreuung von AsylwerberInnen fanden zusätzlich Sensibilisierungsmaßnahmen im Wege eines regelmäßigen Informationsaustausches mit LEFÖ statt (Jour-fixe).

Für Bedienstete der Polizeianhaltezentren (PAZ) wurden im Rahmen der „Berufsbegleitenden Fortbildung“ während des Berichtszeitraums Schulungen durch das BMI in Kooperation mit LEFÖ-IBF und MEN VIA abgehalten. 2020 fanden diese Covid-bedingt nicht statt, werden aber, sobald möglich wiederaufgenommen, bzw. erweitert.

Das vom Land Tirol in Zusammenarbeit mit LEFÖ-IBF geplante Modul der Grundausbildung der JuristInnen zur Vorbereitung auf die Dienstprüfung ist COVID-19-bedingt für den nächsten Grundausbildungskurs 2022 vorgesehen.

II.11	Unterstützung von Schulungen zum Thema Kinderhandel mit einem speziellen Fokus auf die Zusammenarbeit mit den Bundesländern und innerhalb der Bundesländer mit dem Ziel der Förderung der „Multi-Stakeholder-Kooperation“ (Materialien, Expertise)	Jahr 1-3	BKA Sektion Familien und Jugend, BMI in Zusammenarbeit mit Bundesländern, ECPAT Österreich und/zuständigen Ressorts/Stellen/ Partnerorganisationen	Anzahl der durchgeführten Schulungen, Bericht
-------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------

Schulungen zum Thema Kinderhandel wurden im Jahr 2018 und 2019 vom Bundeskriminalamt durchgeführt (siehe Maßnahme II.3).

II.12	Durchführung von Schulungen für das Personal militärischer Auslandseinsätze	Jahr 1-3	BMLV in Zusammenarbeit mit Bundesländern/zuständigen Stellen/ Partnerorganisationen	Anzahl der durchgeführten Schulungen, Bericht
-------	-----------------------------------------------------------------------------	----------	--------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------

Die Ausbildung zu gegenständlichem Themenbereich ist für Kaderpräsenzkräfte, Kadereingreifkräfte und Organisationselemente der Miliz seit 2007 in den Durchführungsbestimmungen für die Truppenausbildung (zuletzt aktualisiert 2018) geregelt. Darüber hinaus vertiefend wird die Thematik des Menschenhandels in einer Lehrveranstaltung des „Military Experts on Mission Basic Course“ für Offiziere und Unteroffiziere behandelt. Die erfolgreiche Absolvierung dieses Kurses ist Voraussetzung für die Teilnahme an weiteren spezialisierten Kursen für „Military Experts on Mission“.

Konkret ausschließlich auf den Themenbereich des Menschenhandels bezogen wird seit 2011 der „Combating Trafficking in Human Beings Course for Peace Support Operations“ für Offiziere und Unteroffiziere angeboten. Die diesbezügliche Ausbildung im Rahmen der unmittelbaren Einsatzvorbereitung stellt im Wesentlichen auf die Inhalte „Human Trafficking“, „Sexual Exploitation & Abuse“, „Protection of Civilians“ und „Child Protection“ ab.

Im Rahmen des Basismoduls „Military Experts on Mission Basic Course“ und des Fachmoduls „Liaison Cooperation and Coordination“ halten ECPAT und IOM im Berichtszeitraum fünf Vorträge bzw. Workshops zu „Menschenhandel bzw. Kinderhandel“ in der Auslandseinsatzbasis Götzendorf ab. Darüber hinaus nimmt ECPAT im Rahmen des Feldtrainings an Plan- und Rollenspielen teil.

Die Resolution 2331 (2016) des VN-Sicherheitsrates gegen Menschenhandel im Kontext von bewaffneten Konflikten wird im Rahmen der Lehrtätigkeit „Gender-/Diversitäts-Perspektive in militärischen Einsätzen“ bei verpflichtenden militärischen und zivilen Grundaus- und Weiterbildungslehrgängen, Seminaren und dergleichen vorgestellt. Darüber hinaus ist geplant, zukünftig ein koordiniertes, übergreifendes Vorgehen mit den zuständigen Dienststellen für die Bereiche Gender Training, Human Trafficking, Sexual Exploitation & Abuse, Protection of Civilians, Child Protection, Conflict-related gender based violence unter Berücksichtigung der unmittelbaren Einsatzvorbereitung zu verwirklichen.

II.13	Durchführung von Schulungen für Botschaftspersonal, insbesondere KonsularmitarbeiterInnen, der österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland	Jahr 1-3	BMEIA in Zusammenarbeit mit LEFÖ-IBF, MEN VIA und zuständigen Ressorts/Stellen/ Partnerorganisationen	Anzahl der durchgeführten Schulungen, Bericht
--------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------

2018 wurde das Training „Information for Potential Victims of Trafficking“ für die Österreichische Botschaft Manila von LEFÖ-IBF abgehalten.

2019 wurden anlässlich der weltweiten Konsularkonferenz des BMEIA Schulungen zum Thema Bekämpfung des Menschenhandels in der konsularischen Praxis durch das BMEIA ab. LEFÖ-IBF präsentierte einen Vortrag zur „Identifizierung von Opfern des Menschenhandels im Rahmen der konsularischen Arbeit“, MEN VIA stellte die Arbeit der Opferschutzeinrichtung MEN VIA vor und berichtete exemplarisch von betreuten Fällen.

2020 wurde die Konsularkonferenz COVID-19-bedingt nicht abgehalten.

II.14	Regelmäßige Abhaltung und Institutionalisierung von Schulungen für RichterInnen und StaatsanwältInnen	Jahr 1-3	BMVRDJ in Zusammenarbeit mit LEFÖ-IBF , Bundesländern sowie zuständigen Ressorts/ Stellen/Partnerorganisationen	Anzahl der durchgeführten Schulungen, Bericht
--------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------

Im Rahmen der Ausbildung von RichterInnen und StaatsanwältInnen werden RichteramtsanwärterInnen in allen OLG-Sprengeln im Rahmen des Polizeiseminars zum Thema Menschenhandel 2018 und 2019 geschult, wobei für diese im OLG-Sprengel Wien darüber hinaus noch weitere Kurse zum Thema Menschenhandel angeboten werden. Diese Kurse konnten 2020 COVID-19-bedingt nicht abgehalten werden.

In einem Seminar des BMJ und des BMI wurden 2018 die vermögensrechtlichen Anordnungen bei Menschenhandel und Schlepperei behandelt. Weiters wurden 2018 Vorträge und Workshops zum Thema Menschenhandel im Rahmen folgender Konferenzen von LEFÖ-IBF abgehalten:

- 14.06.-15.06. Konferenz „Financial Investigation of Trafficking in Human Beings: Use of the Internet in Relation to its Financial Flows and Profits“, Europäische Rechtsakademie (ERA), Wien;
- 13.12.-14.12. Konferenz „Countering Trafficking in Human Beings and Reducing Demand. Protecting Victims and Enhancing Financial Investigations“, Europäische Rechtsakademie (ERA), Trier;

2019 fand für RichteramtsanwärterInnen die Fortbildungsveranstaltung „Staatsanwaltliches und Polizeiseminar“ mit einem Modul „Organisierte Kriminalität und Menschenhandel“ statt. Außerdem wurden für RichterInnen, StaatsanwältInnen und RichteramtsanwärterInnen 2019 folgende Fortbildungsveranstaltungen mit Unterstützung des BMJ durch LEFÖ-IBF angeboten:

- 04.04.2019 Präsentation Broschüre „Gemeinsam gegen Menschenhandel. Kompaktwissen für die Praxis: Strafverfahren, Entschädigung und Opferschutz“, Landesgericht für Strafsachen Wien;
- 05.04.2019 Schulung „Entschädigung – Wie kann das Recht von Betroffenen im Strafverfahren gestärkt werden?“;
- 14.05.2019 im BMJ: „Kompaktwissen Menschenhandel – Entschädigung für Opfer des Menschenhandels“;
- 03.10.2019 Vortrag zum Thema „Entschädigung und Opferschutz“ für StrafrichterInnen und StaatsanwältInnen.

Das EU Projekt „Justice at last“ ermöglichte 2019 eine intensive Beschäftigung mit dem Themenkomplex Entschädigung von Seiten der LEFÖ-IBF.

Das BMJ hat eine bundesweite Fortbildungsveranstaltung für StaatsanwältInnen, Haft- und RechtsschutzrichterInnen und bis zu acht im Bereich Menschenhandel tätige ExekutivbeamtenInnen mit dem Titel „Sexualdelikte und Menschenhandel – Best Practices im Ermittlungsverfahren“ konzipiert. Das zweitägige Seminar widmet sich den rechtlichen Grundlagen und der aktuellen Rechtsprechung zum Thema Menschenhandel, einschließlich dem Erlass des BMJ zum Absehen von der Bestrafung von Opfern des Menschenhandels sowie den Themenbereichen Arbeitsausbeutung und Entschädigung von Opfern. Diesbezüglich wird auch der bedeutende Aspekt der Vermögenssicherung in einer eigenen Einheit beleuchtet. Weiters wird eine am bekannten Menschenhandelsfall „Mariposa“ beteiligte Staatsanwältin ihre praktischen Erfahrungen mit den Teilnehmenden teilen. Schließlich werden auch beste Praktiken im Hinblick auf den Umgang mit Opfern ausgetauscht. Das Seminar war ursprünglich für Herbst 2020 geplant und musste wegen der COVID-19-Pandemie in das Jahr 2021 verschoben werden.

II.15	Durchführung von Sensibilisierungsmaßnahmen (z.B. Schulungen) zum Thema Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung, insbesondere im Bereich der Kontrolle von Arbeitsbedingungen und Prüfung von Arbeitsstätten und Arbeitsverhältnissen	Jahr 1-3	BMASGK, BMF, BMVRDJ, LEFÖ-IBF in Zusammenarbeit mit Bundesländern sowie zuständigen Ressorts/Stellen/ Partnerorganisationen	Anzahl der durchgeführten Sensibilisierungsmaßnahmen (Schulungen), Bericht
-------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------

Einmal jährlich findet eine Schulung für Bedienstete der Finanzverwaltung aus den verschiedensten Bereichen wie Betriebsprüfung, Steuerfahndung, Zoll, oder Finanzpolizei, statt. Vortragende des Bundeskriminalamtes und von LEFÖ-IBF gehen auf die Anforderungen der Zielgruppe speziell hinsichtlich Indizien für Arbeitsausbeutung und verdächtige Finanztransaktionen ein, um Verdachtsfälle und Opfer verschiedener Formen von Menschenhandel zu erkennen, sowie Amtshandlungen für eine verbesserte Kooperation mit der Kriminalpolizei und Opferschutzeinrichtungen zu setzen. 2020 musste das Seminar aufgrund der COVID-19-Restriktionen entfallen. Im Intranet des BMF stellt die Abteilung für Betrugsbekämpfung aktuelle Informationen zum Thema Menschenhandel allen Bediensteten zur Verfügung.

Das Thema Menschenhandel und Arbeitsausbeutung bildete im Berichtszeitraum einen eigenen Bestandteil in der Basisausbildung der Arbeitsinspektion. Darüber hinaus werden weiterhin vertiefende Seminare zum Thema Arbeitsausbeutung für alle Bediensteten der Arbeitsinspektorate angeboten. 2019 wurde beim Treffen der Arbeitsinspektorate in Salzburg zwei Seminare zum Thema „Arbeitsausbeutung – Menschenhandel – Indikatoren für die Arbeitsinspektion“ abgehalten.

Das BMJ hat ein zweitägiges Seminar für StaatsanwältInnen, Haft- und RechtsschutzrichterInnen und bis zu acht im Bereich Menschenhandel tätige ExekutivbeamtlInnen mit dem Titel „Sexualdelikte und Menschenhandel – Best Practices im Ermittlungsverfahren“ konzipiert, das den Themenbereich Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung behandeln wird (siehe Maßnahme II.14).

Ziel 3

Stärkung des rechtlichen Rahmens für Präventionsmaßnahmen

	Aktionen	Zeitplan	Zuständigkeit/Umsetzung	Indikatoren
II.16	Prüfung der Ratifikationsmöglichkeit des IAO-Übereinkommens (Nr. 189) über menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte, 2011	Jahr 1-2	BMASGK in Zusammenarbeit mit zuständigen Ressorts und Bundesländern	Bericht (über Vorlage an den Nationalrat)
<p>Aufgrund noch bestehender Ratifikationshindernisse ist eine Ratifikation des IAO-Übereinkommens (Nr. 189) über menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte, 2011, durch Österreich nicht möglich. Das damalige BMASGK führte 2019 Sozialpartnergespräche, um die Beseitigung der Ratifikationshindernisse zu erörtern. LEFÖ-IBF hat 2020 erneut in einem Brief an die Ressortleitung angeregt, das IAO-Übereinkommen (Nr. 189) aus Präventionsüberlegungen zu ratifizieren.</p>				
II.17	Vorlage des IAO-Protokolls von 2014 zum Übereinkommen über Zwangsarbeit, 1930, an das Parlament	Jahr 1	BMASGK und BMEIA	Bericht oder Ratifikation
<p>Österreich hat das Protokoll von 2014 zum Übereinkommen über Zwangsarbeit, 1930, am 12. September 2019 ratifiziert. Das Protokoll trat für Österreich damit am 12. September 2020 in Kraft.</p>				
II.18	Weiterentwicklung der Regelungen betreffend den Schutz von privaten Hausangestellten von diplomatischem Personal in Österreich durch das BMEIA	Jahr 1-3	BMEIA	Bericht
<p>Die derzeit gültigen Regelungen haben sich in der Praxis gut bewährt. Das BMEIA kontrolliert bei Antragsstellung durch die diplomatische Vertretungsbehörde bzw. die internationale Organisation den Dienstvertrag, den Versicherungsschutz, die Mietvereinbarung, Verpflichtungserklärung des/der privaten Hausangestellten. Die Legitimationskarte (Lichtbildausweis für Bedienstete bei diplomatischen Missionen und internationalen Organisationen) wird durch das BMEIA direkt an den/die private Hausangestellte/n ausgestellt, der/die diese ohne Begleitung persönlich übernehmen muss. Zu diesem Anlass wird u.a. die Existenz eines privaten Bankkontos überprüft und dem/der Hausangestellten ausführliche Information über seine/ihre Rechte gegeben.</p> <p>Die privaten Hausangestellten werden darüber hinaus zu einem Interview und zu Informationsveranstaltungen geladen. Bei vermuteter Ausbeutung besteht eine enge Zusammenarbeit mit LEFÖ-IBF und MEN VIA.</p>				
II.19	Überprüfung der Nutzung der Erfahrungen aus den Maßnahmen zum Schutz von Hausangestellten von Diplomatinnen auch für andere potenziell gefährdete ArbeitnehmerInnen in Österreich	Jahr 1-3	BMASGK in Zusammenarbeit mit BMEIA , LEFÖ-IBF und zuständigen Ressorts/ Stellen und Partnerorganisationen	Bericht

Hierzu werden die Diskussionen und die Erfahrungen des BMEIA auch im Bereich der Kommunikation und zielgerichteten Interaktion in der Arbeitsgruppe gegen Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung – etwa im Bereich der Themen Landwirtschaft und Au-pairs – fortgesetzt.

II.20	Prüfung der Ratifikationsmöglichkeit des Europarat Übereinkommens gegen Organhandel	Jahr 1-2	BMVRDJ in Zusammenarbeit mit zuständigen Ressorts	Bericht (über Vorlage an den Nationalrat)
--------------	-------------------------------------------------------------------------------------	----------	----------------------------------------------------------	-------------------------------------------

Eine Ratifizierung setzt eine Umsetzungsgesetzgebung in Zusammenarbeit mit den zuständigen Ressorts, insb. dem Gesundheitsressort, voraus. Im Jahr 2019 fanden dazu Arbeitsgespräche zwischen VertreterInnen des damaligen BMVRDJ und des damaligen BMASGK statt. Falls die strafrechtlichen Bestimmungen des Übereinkommens ins nationale Recht umgesetzt werden, bestehen keine Ratifikationshindernisse.

2020 erstattete das BMJ in diesem Zusammenhang eine Stellungnahme zu einem vom European Committee on Organ Transplantation (CDP-TO) vorbereiteten Kommentar zur Empfehlung der Parlamentarischen Versammlung des Europarats 2173 (2020) betreffend „Combating trafficking in human tissues and cells“.

II.21	Prüfung der Vorschriften des Vergaberechts mit dem Ziel, UnternehmerInnen, die in der Lieferkette Waren oder Dienstleistungen durch Betroffene des Menschenhandels oder der Arbeitsausbeutung herstellen bzw. durchführen lassen, von Vergabeverfahren auszuschließen	Jahr 1-3	BMVRDJ in Zusammenarbeit mit BMASGK, BMF, Ludwig-Boltzmann-Institut und zuständigen Ressorts/Stellen und Partnerorganisationen	Bericht
--------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------

Gemäß § 78 (1) Z 1 und § 249 (1) BVergG 2018 sowie § 44 Abs. 1 Z 1 BVergGKonz 2018 sind Unternehmer bzw. Unternehmen jederzeit von einem Vergabeverfahren auszuschließen, falls sie (oder die Mitglieder des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorganes des Unternehmers bzw. Personen, die im Unternehmen Vertretungs-, Entscheidungs- oder Kontrollbefugnisse haben) wegen Sklaverei, Menschenhandel oder grenzüberschreitendem Prostitutionshandel rechtskräftig verurteilt worden sind. Ebenso werden alle Subunternehmer in der Auftragskette auf eine Verurteilung im Hinblick auf diesen Straftatbestand geprüft. Im Fall einer einschlägigen Verurteilung des Subunternehmers führt dies entweder zum Ausschluss des Bieters oder zur Ablehnung des Subunternehmers (mit der Folge, dass der Auftragnehmer einen anderen Subunternehmer namhaft machen muss). Die Handlungsoptionen in diesem Bereich sind aufgrund der unionsrechtlichen Vorgaben (taxative Ausschlussgründe) eingeschränkt.

II.22	Prüfung der Kooperation mit bereits bestehenden Gütesiegeln (zB. Fairtrade) zur Vorbeugung von Menschenhandel in Lieferketten	Jahr 1-3	BMASGK in Zusammenarbeit mit zuständigen Ressorts/ Stellen und Partnerorganisationen	Bericht
<p>Das BMSGPK förderte ein Projekt des Vereins Netzwerk Soziale Verantwortung (NeSoVe) mit dem Titel „Menschenhandel in der Lieferkette - Arbeitsausbeutung erfolgreich bekämpfen“, das seit Oktober 2018 läuft. Aufgrund von COVID-19 mussten die geplanten Abschlussveranstaltungen verschoben und die Projektlaufzeit bis Ende Juni 2021 verlängert werden.</p> <p>Im Rahmen des Projekts wurden bestehende Gütesiegel und Multistakeholder-Initiativen auf ihr Potenzial untersucht, Menschenhandel und Arbeitsausbeutung entlang der Wertschöpfungskette vorzubeugen und zu bekämpfen. Auf Basis einer umfassenden Recherche zum Ausmaß der Problematik in den unterschiedlichen Sektoren und in Bezug auf die Lieferketten von in Österreich verkauften Produkten wurden 14 Gütesiegel und Initiativen sowie Prozesse als besonders relevant im Hinblick auf Arbeitsausbeutung und Menschenhandel identifiziert.</p> <p>Im Anschluss an eine Durchführung und Analyse von Interviews mit VertreterInnen ausgewählter Zertifikate und Initiativen wurden u.a. auch Empfehlungen an politische AkteurInnen sowie Lösungsansätze aus der Zivilgesellschaft erarbeitet. Gütesiegel leisten einen Beitrag betreffend die Bekämpfung von Arbeitsausbeutung und Menschenhandel in globalen Lieferketten, ihr Handlungsspielraum ist jedoch in Hinblick auf die Umsetzung beschränkt. Im Politikbereich werden deshalb verbindliche Regelungen zu Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Kontext von Menschenrechten sowie Transparenz und Berichterstattung auf nationaler, EU- und UN-Ebene sowie eine Verstärkung der Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und NGOs empfohlen.</p>				

III. Opferschutz

Ziel 1

Verbesserung der Zusammenarbeit im Rahmen der Identifizierung mutmaßlicher Opfer von Menschenhandel

	Aktionen	Zeitplan	Zuständigkeit/Umsetzung	Indikatoren
III.1	Evaluierung der Indikatoren zur Identifizierung von Opfern von Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung und allfällige Adaptierung durch Kontrollbehörden im jeweiligen Aufgabenbereich sowie Veröffentlichung derselben auf bestimmten Websites	Jahr 1	BMASGK, BMI, BMF, LEFÖ-IBF in Zusammenarbeit mit Bundesländern und Partnerorganisationen	Kriterienkatalog
<p>Die im Rahmen der Arbeitsgruppe gegen Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung erarbeitete Indikatorenliste zur Erkennung möglicher Opfer von Arbeitsausbeutung wird etwa durch die Arbeitsinspektion verwendet. Sie ist auch Bestandteil des 2017 aktualisierten Erlasses der Arbeitsinspektion zu Menschenhandel und Arbeitsausbeutung. Besagte Indikatorenliste wurde auch im Intranet der Finanzverwaltung veröffentlicht.</p> <p>Darüber hinaus wurde sie in den Kriminalistischen Leitfaden aufgenommen und allen ExekutivbeamtInnen zur Verfügung gestellt. In diesen detaillierten Handlungsrichtlinien zur Ausführung von Ermittlungen in Österreich ist Menschenhandel bereits enthalten. Der BMI Erlass (Richtlinie betreffend Menschenhandel) wurde am 13. November 2018 veröffentlicht und im Jahr 2019 adaptiert. Der Erlass und die Indikatorenliste werden laufend und anlassbezogen angepasst.</p> <p>Der BMI Erlass über die bundesweite Zuständigkeit für Opfer des Menschenhandels sowie deren Erkennung und Behandlung wurde adaptiert und 2021 neu veröffentlicht.</p>				
III.2	Evaluierung der Indikatoren zur Identifizierung von Opfern von Menschenhandel zum Zweck der Ausbeutung in der Bettelei	Jahr 1-3	BMI (BK) in Zusammenarbeit mit Bundesländern und Partnerorganisatoren	Bericht
<p>Vom Bundeskriminalamt wurde im Jahr 2018 das „Lagebild Bettelei“ und ein „Taktisches Konzept und Leitfaden zur Bekämpfung der organisierten und ausbeuterischen Bettelei“ erstellt. Die Broschüren wurden an alle Landespolizeidirektionen übermittelt und im Kriminalistischen Leitfaden elektronisch zur Verfügung gestellt. Das „Taktische Konzept und Leitfaden“, insbesondere die Indikatoren zur Erkennung von durch die Bettelei ausgebeuteten Opfern, werden laufend aktualisiert.</p>				

Ziel 2

Umfassende Beratung und Betreuung und verbesserte soziale Eingliederung von Opfern des Menschenhandels

	Aktionen	Zeitplan	Zuständigkeit/Umsetzung	Indikatoren
III.3	Entwicklung von muttersprachlichem Informationsmaterial gerichtet an potentielle Betroffene des Menschenhandels und Verteilung in Einrichtungen wie Erstaufnahmezentren, Grundversorgungseinrichtungen und Polizeianhaltezentren	Jahr 1-3	BMI in Zusammenarbeit mit LEFÖ-IBF, MEN VIA, Bundesländern und jeweiligen zuständigen Ressorts/Stellen/ Partnerorganisationen	Informationsmaterial, Bericht
<p>In zahlreichen Betreuungsstellen des Bundes (Bundesgrundversorgungseinrichtungen) wird Informationsmaterial von Beratungsstellen für potentiell Betroffene des Menschenhandels wie LEFÖ-IBF und MEN VIA in mehreren Sprachen bereitgestellt, sowie adäquate psychologische Unterstützung zur Verfügung gestellt.</p> <p>Im Rahmen der österreichweiten Schulungen von Bediensteten der Polizeianhaltezentren wird von LEFÖ-IBF und MEN VIA bereitgestelltes muttersprachliches Informationsmaterial für potentielle Opfer des Menschenhandels verteilt.</p> <p>LEFÖ-IBF und MEN VIA bieten eine Vielzahl an Informationsmaterialien in bis zu 20 Sprachen an. MEN VIA hat für potentiell Betroffene Flyer auf der eigenen Homepage zum Download zur Verfügung gestellt. Diese werden auch von KooperationspartnerInnen in Bundesbetreuungseinrichtungen verteilt.</p> <p>Im Rahmen des Erstaufnahmegesprächs in Bundesbetreuungseinrichtungen werden potentielle Opfer des Menschenhandels über die Möglichkeiten einer Inanspruchnahme professioneller Unterstützung in spezialisierten Beratungsstellen (LEFÖ-IBF und MEN VIA) informiert.</p> <p>VertreterInnen des Landeskriminalamt Kärnten versorgen potentielle Opfern des Menschenhandels mit Informationen zur Menschenhandelshotline sowie Informationsbroschüren und unterstützen bei sprachlichen Verständnisschwierigkeiten.</p>				
III.4	Erfahrungsaustausch zur praktischen Umsetzung des Zugangs zu medizinischer Versorgung bis zur Erteilung des Aufenthaltstitels besonderer Schutz und insbesondere auch für EU-BürgerInnen bis zur Anmeldebescheinigung und allfällige Entwicklung von Verbesserungsvorschlägen	Jahr 1-3	BMASGK in Zusammenarbeit mit LEFÖ-IBF, MEN VIA und jeweiligen zuständigen Stellen/Bundesländern und Partnerorganisationen	Bericht

Opferschutzorganisationen konnten seit 2018 positive Entwicklungen konstatieren. Mit der Änderung des Wiener Mindestsicherungsgesetz wurden in der Praxis Hürden abgebaut, so dass EU-BürgerInnen einen vereinfachten Zugang zu medizinischer Versorgung in Wien erhalten. Opferschutzorganisationen begleiten in der praktischen Arbeit Betroffene laufend zu medizinischen Versorgung. Auftretende Lücken und Schwierigkeiten werden an zuständige Stellen rückgemeldet und in Arbeitsgruppen eingebracht.

Im österreichischen, auf Erwerbstätigkeit basierenden System der Pflichtversicherung kann dieses durch den Bezug von Arbeitslosengeld, bedarfsorientierter Mindestsicherung oder Pension begründet werden. In die Bundesbetreuung aufgenommene AsylwerberInnen sind genauso wie unterstützungswürdige hilfs- und schutzbedürftige Fremde in die Krankenversicherung einbezogen. Liegt kein Anknüpfungspunkt für eine Pflichtversicherung vor, kann eine Selbstversicherung abgeschlossen werden. Auch ohne Vorliegen einer Pflichtoder Selbst-Versicherung besteht in medizinischen Notfällen eine Behandlungspflicht.

III.5	Erfahrungsaustausch zur praktischen Umsetzung des Zugangs zu psychosozialen Einrichtungen, wenn Erwerbsfähigkeit nicht (mehr) gegeben und eine Rückkehr ins Herkunftsland nicht möglich ist; allfällige Entwicklung von Verbesserungsvorschlägen	Jahr 1-3	BMASGK in Zusammenarbeit mit LEFÖ-IBF/MEN VIA/ jeweiligen zuständigen Stellen/Bundesländern und Partnerorganisationen	Bericht
-------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------

Das Sozialministerium hat dazu 2019 eine Sitzung durchgeführt, sowie die Bundesländer um eine Stellungnahme ersucht. Schriftliche Rückmeldungen der Bundesländer ergaben, dass die Ursache für den fehlenden Zugang zu psychosozialen Einrichtungen häufig in den jeweiligen Förderrichtlinien der Länder, die den Zugang auf bestimmte Personengruppen beschränken, liegt und insbesondere legislativer Anpassungsbedarf nicht gegeben ist.

Aus Sicht der Opferschutzeinrichtungen besteht Bedarf, konkrete Schritte zur praktischen Umsetzung weiterzuentwickeln. In unterschiedlichen Arbeitsgruppen und Besprechungen brachten die Opferschutzeinrichtungen LEFÖ-IBF und MEN VIA dieses Thema ein und verfassten Stellungnahmen. Es wurden anhand von Falldarstellungen aus der Praxis aufgezeigt, wo in diesem Bereich Lücken in der Unterstützung Betroffener bestehen und Verbesserungen vorgeschlagen.

In Ermangelung eines Gesamtvertrages wurde für den Bereich der Psychotherapie neben Kostenzuschüssen durch die Krankenversicherungsträger von denselben eine Sachleistungsstruktur aufgebaut. Angebote zur Inanspruchnahme von Psychotherapie bestehen als Sachleistung ohne Zuzahlung. Dies umfasst psychotherapeutische Leistungen durch Vereine ebenso wie durch Einrichtungen der Versicherungsträger.

III.6	Evaluierung der praktischen Umsetzung beruflicher Qualifizierungsmaßnahmen für die vom Arbeitsmarktservice betreuten Betroffenen von Menschenhandel sowie all-fällige Entwicklung von Verbesserungsvorschlägen	Jahr 1-3	BMASGK in Zusammenarbeit mit Bundesländern/LEFÖ-IBF und MEN VIA	Bericht
<p>Im EU Projekt TOLERANT (Transnationales Netzwerk zur Integration von Frauen am Arbeitsmarkt) beschäftigt sich LEFÖ-IBF seit Jänner 2019 intensiv mit den Hürden zum Arbeitsmarkt für Betroffene des Frauenhandels. In diesem Zusammenhang veranstaltete LEFÖ-IBF 2020 die transnationale Konferenz „Exploring links between trafficking and labour“. Es diskutierten ExpertInnen Hürden für vulnerable Personengruppen, spezifischen Herausforderungen und Lösungsansätze. Vier vertiefende Workshops im Kontext Menschenhandel, Ausbeutung und Arbeit wurden abgehalten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • WS1: New approaches: How to strengthen transnational cooperation and exchange on the topic of labour market integration for VoT? • WS2: The struggle behind 24/24 care work. Who cares? • WS3: How to support undocumented workers • WS4: During the pandemic and beyond: supporting trafficked persons accessing the labour market in Austria <p>Die Ergebnisse der Konferenz werden 2021 der Task Force Mitglieder übermittelt.</p> <p>COVID-19 hatte 2020 auch am Arbeitsmarkt Auswirkungen auf die von Opferschutzeinrichtungen LEFÖ-IBF und MEN VIA betreuten Frauen und Männer. Viele verloren Arbeitsplätze in der Gastronomie, Reinigungsbranche und im Tourismus. Um ein selbständiges Leben aufbauen zu können, ist ein Arbeitsplatz besonders für Betroffene von Menschenhandel essentiell. LEFÖ-IBF und MEN VIA gehen davon aus, dass diese durch COVID-19 erschwerten Bedingungen auch 2021 eine große Herausforderung für Betroffene des Menschenhandels bleiben wird, und weiterhin großer Bedarf besteht, die praktische Umsetzung zu evaluieren.</p>				
III.7	Unterstützungs- und Beratungsangebote für Opfer von Menschenhandel vor einer freiwilligen Rückkehr unter best-möglicher Gewährleistung der Reintegration im Herkunftsland mit Fokus auf die besonderen Bedürfnisse der betroffenen Personen.(Rückkehrinformation, Begleitung der Ausreise, Gefahrenbeurteilung, „Family Tracing“ etc.)	Jahr 1-3	BMI, ADA/OEZA, LEFÖ-IBF in Zusammenarbeit mit zuständigen Ressorts/Stellen und Partnerorganisationen	Bericht
<p>Das BMI unterstützte 2013-2015 das Projekt „Freiwillige Rückkehr von Opfern von Menschenhandel FROM V“ von LEFÖ-IBF, das Betroffene des Frauenhandels bei ihrer freiwilligen und sicheren Rückkehr eine den Risiken angemessene Unterstützung ermöglichte.</p> <p>Das gesammelte Wissen, Kontaktdaten und Kooperationsvereinbarungen aus relevanten Treffen wurden in eine Datenbank aufgenommen, um den Rückkehrberaterinnen die Vorbereitung und Organisation der Rückkehr zu erleichtern. Im Projekt wurde darüber hinaus an den Standards eines Monitorings von Rückkehr und Reintegration von Betroffenen des Menschenhandels gearbeitet.</p>				

Seit 01.07.2015 wird das Projekt nunmehr als allgemeines Rückkehrberatungsprojekt der Österreichischen Caritaszentrale (ÖCZ) unter der Bezeichnung „Integriertes Rückkehrmanagement & Freiwillige Rückkehr für Opfer des Menschenhandels“ (IRMA & FROM) fortgeführt. Es wird vom BMI im Rahmen des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) gefördert sowie durch nationale Mittel ko-finanziert. LEFÖ-IBF agiert dabei als Projektpartner. Durch das Projekt konnten Betroffene des Menschenhandels eine Unterstützung bei ihrer freiwilligen und sicheren Rückkehr erhalten. Qualitätskriterien einer sicheren und freiwilligen Rückkehr wurden 2019 einem erweiterten Handbuch festgehalten, http://lefoe.at/tl_files/lefoe/Sichere%20R%C3%BCckkehr_D_September%202018.pdf (siehe Maßnahme II.3).

Die in Vorgängerprojekten entwickelten Qualitätsstandards zur Gefahrenanalyse und sicheren Rückkehr und Reintegration von Betroffenen von Menschenhandel wurden weiterhin in unterschiedlichen internationalen Kontexten präsentiert (z.B. Weitergabe der Expertise an andere Länder im Rahmen von Studien, Projektreisen etc.).

In der Projektlaufzeit von vier Jahren (2017-2020) konnten 12 Betroffene des Menschenhandels bei einer freiwilligen und sicheren Rückkehr durch eine anerkannte Opferschutzeinrichtung mit hohen Qualitätsstandards unterstützt werden. Bei Bedarf wurden Möglichkeiten der weiteren Unterstützung in den Herkunftsländern durch Kooperationen mit diplomatischen Vertretungen, IOM sowie Sozialorganisationen und NGOs vor Ort aufgestellt, und weiter beobachtet.

Mit 31.12.2020 endete das Projekt, das sowohl national als auch international für die hohe Umsetzung der österreichischen Qualitätsstandards des Opferschutzes bei freiwilliger und sicherer Rückkehr für Opfer des Menschenhandels Anerkennung erhielt.

III.8	Fortführung des Unterstützungsangebotes für männliche Betroffene von Menschenhandel (MEN VIA), einschließlich Bereitstellung einer Schutzwohnung.	Jahr 1-3	BMI, BMASGK in Zusammenarbeit mit Bundesländern/zuständigen Stellen und Partnerorganisationen	Bericht
-------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------	------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------

Seit Bestehen der Opferschutzeinrichtung MEN VIA wurden von Menschenhandel betroffene Männer umfassend betreut. MEN VIA wurde auch in den Jahren 2018 bis 2020 mit Fördermitteln des Sozialministeriums (Betreuung, Beratung und Kooperation) sowie des BMI (Schutzwohnung) unterstützt. Zur Durchführung der Prozessbegleitung besteht ein laufender Fördervertrag mit dem ehemaligen BMVRDJ.

2018 konnte eine neue Schutzwohnung für betroffene Männer eröffnet werden, wodurch im Zuge des Ausbaus zum Vollbetrieb über das gesamte Jahr hinweg die Zahl auf 62 betreute Männer im Jahr 2020 ausgebaut werden konnte.

Nach Bedarf wird betroffenen Männern eine sichere Unterbringung mit Tagesbetreuung (Schutzwohnung), Begleitung zu medizinischer Versorgung und zu Behörden, Krisenintervention, rechtliche, medizinische, psychosoziale Betreuung und Beratung in mehreren Sprachen sowie Prozessbegleitung angeboten. Weitere zentrale Aufgaben der Opferschutzeinrichtung sind die Vernetzung und Kooperation mit AkteurInnen der mobilen Sozialarbeit, im Gesundheitswesen, der Exekutive sowie Sensibilisierungskampagnen.

In den Jahren 2018/2019 wurde über einen längeren Zeitraum eine Gruppe von Männern betreut, die in der Bettelei ausgebeutet worden waren. Hier kam es im Jänner 2020 zu einer Verurteilung von zwei Tätern zu mehrjährigen Haftstrafen.

UNDOK, die Anlaufstelle zur gewerkschaftlichen Unterstützung UNDOkumentiert Arbeitender, ist eine Anlaufstelle für potentiell von Menschenhandel in Zusammenhang mit Arbeitsausbeutung betroffene Frauen und Männer. UNDOK wurde im Berichtszeitraum vom Sozialministerium gefördert. Mit kostenfreier Einzelfallberatung und Unterstützung wird undokumentiert Arbeitenden geholfen, arbeits- und sozialrechtliche Ansprüche gegenüber ArbeitgeberInnen durchzusetzen. Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt von UNDOK liegt in der Vernetzung mit Beratungsstellen, AkteurInnen im Gesundheitswesen, NGOs und Kontrollbehörden.

III.9	Evaluierung der Anwendung der innerstaatlichen Regelungen zu Aufenthalt für Opfer von Menschenhandel und allfällige Entwicklung von Lösungsvorschlägen	Jahr 1-3	BMI, BMEIA, BKA Sektion Frauen in Zusammenarbeit mit zuständigen Ressorts/Bundesländern/LEFÖ-IBF und MEN VIA	Bericht
<p>Verlängerung dieses Aufenthaltsstatus für Opfer des Menschenhandels ist gemäß § 59 AsylG möglich. Ein Umstieg von einem Aufenthaltstitel nach dem AsylG in das Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz (NAG) ist nach entsprechender Mitteilung des BFA an die NAG-Behörde vorgesehen (§ 41a Abs 3 NAG – Rot-Weiß-Rot – Karte plus und damit Aufenthaltstitel mit freiem Arbeitsmarktzugang und Perspektive auf einen Daueraufenthaltstitel).</p> <p>Laut NAG-Statistik wurden 28 Rot-Weiß-Rot – Karten plus im Jahr 2018, 45 Rot-Weiß-Rot – Karten plus im Jahr 2019, sowie 33 Rot-Weiß-Rot – Karten plus im Jahr 2020 erstmalig erteilt. Aufrechte Rot-Weiß-Rot – Karten plus gemäß § 41a Abs 3 NAG waren im Jahr 2018 105, im Jahr 2019 140 und im Jahr 2020 123 zu verzeichnen.</p> <p>Für Opfer von Menschenhandel, die EWR-BürgerInnen sind, gibt es seit 2013 eine erlassmäßige Lösung, die die Ausstellung von Anmeldebescheinigungen ermöglicht, die weiterhin problemlos funktioniert.</p> <p>Im Projekt REST (Residency Status: strengthening the protection of trafficked persons) werden Hürden zur Gewährung der Aufenthaltsberechtigung und dem internationalen Schutz von Opfern des Menschenhandels aus Drittstaaten in Spanien, der Niederlande, Österreich, Serbien, Moldau und Frankreich identifiziert. Anhand der vorläufigen Ergebnisse der Studie wurden 2020 erste Schlussfolgerungen an das BMI übermittelt. 2021 wird die finale Studie publiziert.</p> <p>LEFÖ-IBF sieht im Sinne der Opferrechte weiterhin großen Kooperationsbedarf aller AkteurInnen, eine umfassende systematische Evaluierung steht noch aus.</p>				
III.10	Fortführung des bestehenden Opferschutzangebotes von LEFÖ-IBF	Jahr 1-3	BMI, BKA Sektion Frauen	Bericht

LEFÖ-IBF wird gemeinsam von der BKA-Frauensektion und dem BMI (jeweils zur Hälfte) finanziert. Die Mittel wurden im Berichtszeitraum entsprechend des Verbraucherpreisindex 2015 und der Zahl der unterstützten Opfer erhöht:

- Von 2017 auf 2018 um 2,1% von 725.223,37 Euro auf 747.117,16 Euro
- Von 2018 auf 2019 um 15% von 747.117,16 Euro auf 859.104,10 Euro
- Von 2019 auf 2020 um 1,5% von 859.104,10 Euro auf 871.990,66 Euro

Im Jahr 2018 betreute LEFÖ-IBF 339, 2019 336 und 2020 insgesamt 314 Mädchen und Frauen.

III.11	Überprüfung der Umsetzung der Non-Punishment-Bestimmungen	Jahr 2-3	BMVRDJ, BMI in Zusammenarbeit mit Bundesländern und Partnerorganisationen	Bericht
--------	-----------------------------------------------------------	----------	---------------------------------------------------------------------------	---------

Im Rahmen der Opferidentifizierungen wird der Fokus auf die Non-Punishment-Bestimmungen und eine enge Kooperation mit den Justiz- und Verwaltungsstrafbehörden hergestellt. Im Rahmen der Opferidentifizierungen wird der Fokus auf die Non-Punishment-Bestimmungen und eine enge Kooperation mit den Justiz- und Verwaltungsstrafbehörden hergestellt. Das Non-Punishment Prinzip ist für das Strafrecht in Österreich durch § 10 StGB umgesetzt; im Wege eines Erlasses wurden die Voraussetzungen zur Anwendung des § 10 StGB ausgearbeitet (Erlass des BMJ vom 17. Februar 2017 über das Absehen von der Bestrafung von Opfern von Menschenhandel, die Straftaten begangen haben, zufolge entschuldigendem Notstand - § 10 StGB). Der Erlass wurde von der Praxis positiv aufgenommen.

Beispielgebend ist eine Entscheidung des Oberlandesgerichts Linz vom 5.4.2019, mit der eine erstinstanzliche Verurteilung eines Opfers des Menschenhandels wegen Urkundenfälschung aufgehoben wurde, weil eine amtswegige Prüfung der Voraussetzungen des § 10 StGB unterblieben war.

Hinsichtlich des Nichtbestrafungsgebots im Verwaltungsstrafverfahren wurde im Jahr 2020 das Rundschreiben des BKA zum Non-Punishment im Hinblick auf die Strafbestimmungen des § 77 NAG auch im Handbuch zum NAG (10 Auflage, Stand 1.1.2021) in Erinnerung gerufen.

Eine Intensivierung der Kooperation spiegelt sich in den jährlich stattfindenden „Runden Tisch“ unter Leitung des BMJ.

Ziel 3

Durchführung spezifischer Maßnahmen im Bereich des Opferschutzes für Kinder

	Aktionen	Zeitplan	Zuständigkeit/Umsetzung	Indikatoren
III.12	Prüfung der Einrichtung von (bundesweit zugänglichen) Schutzeinrichtungen für Opfer von Kinderhandel	Jahr 1-3	BKA Sektion Familien und Jugend in Zusammenarbeit mit Bundesländern/BMI/ BMVRDJ und Partnerorganisationen	Bericht
<p>Während des Berichtszeitraums war ein Schwerpunkt der Arbeitsgruppe Kinderhandel die Erstellung eines Schutzkonzeptes sowie die Diskussion und Konzeptentwicklung für eine spezialisierte Unterbringung bzw. Einrichtung für minderjährige Opfer von Menschenhandel. ECPAT war in den Prozessen einerseits mit Fachinput, andererseits durch Kommentierung und Überarbeiten von Texten beteiligt. Dazu wurden 2019 und 2020 spezifische Unterarbeitsgruppen installiert, in deren Kontext insbesondere ein gemeinsames Konzept für eine Schutzeinrichtung erarbeitet wurde. Zur raschen Einrichtung einer bundesweiten Schutzeinrichtung für minderjährige Betroffene des Menschenhandels wurden die Bemühungen intensiviert.</p> <p>2020 wurde im Wiener Gemeinderat die Wiener Kinder- und Jugendstrategie (abrufbar hier) beschlossen, die u.a. das Thema Kinderhandel bzw. die Erstellung eines Schutzkonzeptes und einer Schutzeinrichtung beinhaltet.</p> <p>Das Land Kärnten nimmt regelmäßig mit zuständigen Stellen betreffend die Situation bzw. Problemstellungen mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen Kontakt mit VertreterInnen von UMF-Einrichtungen auf.</p> <p>Das Land Tirol hat an den per Videokonferenz abgehaltenen Sitzungen der AG Schutzkonzept teilgenommen und an der Ausarbeitung des konzipierten Grundlagenpapiers mitgewirkt.</p>				
III.13	Entwicklung von kinderfreundlichem Informationsmaterial zur Verteilung an potenzielle Betroffene von Kinderhandel mit Kontaktdaten der zuständigen AnsprechpartnerInnen	Jahr 1-3	BKA Sektion Familien und Jugend in Zusammenarbeit mit BMI/BMVRDJ/ Bundesländern und Partnerorganisationen	Konzept, Bericht
<p>Für den Bereich der auf Arbeit mit Kindern spezialisierten Prozessbegleitungseinrichtungen kann auf das kinderspezifische Informationsmaterial der Fachstelle für Prozessbegleitung für Kinder und Jugendliche verwiesen werden.</p> <p>Im Rahmen der Arbeiten der AG Kinderhandel wurde ein Folder „Kinderhandel“ mit grundlegenden Informationen zum Thema und Kontaktadressen aktualisiert.</p> <p>Grundlegendes Informationsmaterial für minderjährige Betroffene des Menschenhandels wird durch das BMI bereitgestellt. Eine Adaptierung, Erweiterung und Neugestaltung von Broschüren sowie Foldern wie auch deren Verbreitung ist in Aussicht genommen.</p>				

III.14	Untersuchung, Mapping und Erstellung von Empfehlungen zur Anwendung des Non-Punishment-Prinzips bei Opfern von Kinderhandel in der Praxis	Jahr 1-3	BKA Sektion Familien und Jugend in Zusammenarbeit mit BMI/BMVRDJ/ Bundesländern und Partnerorganisationen	Bericht
Die Voraussetzung für die Anwendbarkeit des Non-Punishment-Prinzips bei Opfern von Kinderhandel (§ 10 StGB) wird in den von der Arbeitsgruppe Kinderhandel ausgearbeiteten Handlungsorientierungen zur Identifizierung von und zum Umgang mit potenziellen Opfern von Kinderhandel näher dargestellt.				
III.15	Weiterführende Gespräche zwischen den zuständigen Stellen des Bundes und der Länder zur Umsetzung der „Handlungsorientierungen“ zur Identifizierung und zum Umgang mit potentiellen Opfern von Kinderhandel (NRM – National Referral Mechanism)	Jahr 1-3	BKA Sektion Familien und Jugend in Zusammenarbeit mit BMI/BMVRDJ/ Bundesländern und Partnerorganisationen	Protokolle von Sitzungen; Behandlung auf der jeweiligen Bundesländertagung; Ergebnisbericht zum Prozess
Die Verbreitung der Handlungsorientierung betreffend potentielle Opfer von Kinderhandel wurde unter Federführung des BMAFJ (nunmehr BKA Sektion Familien und Jugend) und BMI intensiviert. Die Handlungsorientierungen wurden bei den Schulungen und im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe für unbegleitete minderjährige Fremde (Flüchtlinge) eingesetzt.				
III.16	Vernetzung aller beteiligten Stellen (öffentliche und NGOs) und Diskussion zu einheitlichen Standards ² für die Betreuung und Unterbringung von Opfern von Kinderhandel im gesamten Bundesgebiet; Prüfung einer entsprechenden Vereinbarung zur Schaffung einheitlicher Standards	Jahr 1-3	BKA Sektion Familien und Jugend in Zusammenarbeit mit Bundesländern, (insbesondere Kinder- und Jugendhilfe sowie UMFEinrichtungen)/zuständigen Ressorts und Partnerorganisationen	Bericht zur Umsetzung und ggf. Pilotmodelle
Siehe dazu Maßnahme III.12.				
III.17	Regelmäßige, institutionalisierte Schulungen für MitarbeiterInnen der Kinder- und Jugendhilfe sowie für BetreuerInnen in Einrichtungen für Familien und unbegleitete Minderjährige in allen Bundesländern, mit speziellem Fokus auf den Einsatz der „Handlungsorientierungen“	Jahr 1-3	BKA Sektion Familien und Jugend, BMI in Zusammenarbeit mit Bundesländern, ECPAT Österreich und/zuständigen Ressorts/Stellen/ Partnerorganisationen	Anzahl der durchgeführten Schulungen, Bericht

² z.B. anhand der Standards von SOS-Kinderdorf bzw. der UNICEF Standards für Flüchtlingsunterkünfte – adaptiert für Österreich

Im Rahmen des IOM Projektes „Kinderschutz im Kontext der Flüchtlings- und Migrationsbewegungen nach Europa“ wurden 2018 in Kooperation mit ECPAT Schulungen für Mitarbeitende der Kinder- und Jugendanwaltschaften in Vorarlberg und der Steiermark, sowie für die Caritas und eine Not-schlafstelle in Wien durchgeführt.

Weiters fanden 2018 und 2019 Schulungen der Bediensteten der MA 11 (Wiener Kinder- und Jugendhilfe) zum Thema „Menschenhandel – Indikatoren und Gegenmaßnahmen“ durch das Bundeskriminalamt statt (siehe dazu Maßnahme II.3). COVID-19-bedingt wurde sie 2020 nicht abgehalten.

Diese Schulungen werden gut angenommen und werden weiterhin fortgesetzt bzw. intensiviert.

III.18	Prüfung des möglichen Einsatzes von ExpertInnen-teams in den Bundesländern für die Identifizierung potentieller Fälle von Kinderhandel, insbesondere auch Prüfung des Einsatzes von „cultural mediators“ in der Arbeit mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen	Jahr 1-3	BKA Sektion Familien und Jugend in Zusammenarbeit mit zuständigen Ressorts/Stellen/Bundesländern/Partnerorganisationen	Bericht
--------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------

Siehe Maßnahme III.12 und III.20.

III.19	Prüfung der Zweckmäßigkeit des „Guardianship“ Modells ³ bzw. alternativer Modelle für die Betreuung von potentiellen minderjährigen Opfern von Menschenhandel, basierend auf den Empfehlungen der FRA ⁴ bzw. auf den Beispielen von NIDOS in den Niederlanden	Jahr 1-3	BKA Sektion Familien und Jugend in Zusammenarbeit mit zuständigen Ressorts/Stellen/Bundesländern/Partnerorganisationen	Bericht
--------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------

2018 wurde zur Regelung ungeklärter Fragen des Obsorgerechts für unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge beim BKA eine interministerielle Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich aus VertreterInnen des damaligen BMVRDJ, BMI, BFA und der Kinder- und Jugendhilfe der Länder zusammensetzt. Ziel war es, Vorschläge für Sonderbestimmungen im Obsorgerecht auszuarbeiten, die auf die Bedürfnisse und Anforderungen von unbegleiteten minderjährigen Fremden ausgerichtet sind.

Am 01.02.2019 fand im BMFJ ein Treffen mit NIDOS statt, zwecks Erfahrungsaustausch zum Guardianship-Modell.

³ Bestellung einer Vertrauensperson zur Begleitung eines potentiellen Opfers bei allen Maßnahmen (Aufenthaltsstatus, Gesundheit, Bildung, Kindeswohlprüfung)

⁴ EU-FRA&European Commission (2014): Guardianship for children deprived of parental care. A handbook to reinforce guardianship systems to cater for the specific needs of child victims of trafficking

III.20	Prüfung von good practice Beispielen zum Schutz (potenzieller) Opfer von Kinderhandel zur Umsetzung eines grenzüberschreitenden Konzepts zum Kinderschutz ⁵	Jahr 1-3	BKA Sektion Familien und Jugend in Zusammenarbeit mit zuständigen Ressorts/Stellen und Partnerorganisationen	Bericht
<p>Im Rahmen von bilateralen Treffen in Wien mit Tin Verstegen und Liedewij de Ruijter de Wildt, Nidos (Director von NIDOS / Manager European Project Department) sowie Terry Smith (Projektmanager des European Guardianship Network-project) unternahm die Arbeitsgruppe gegen Kinderhandel einen fachlichen Erfahrungsaustausch zur Frage, welcher added value „cultural mediators“ in der Arbeit mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen zu erwarten ist und inwieweit das in den Niederlanden praktizierte Guardianship Modell auch für Österreich eine passende alternative Option für die Betreuung von potentiellen minderjährigen Opfern von Menschenhandel darstellen könnte.</p> <p>Siehe Maßnahme III.19.</p>				
III.21	Prüfung innovativer Konzepte zur Optimierung des Zugangs zu Rechten für Betroffene von Kinderhandel ⁶	Jahr 1-3	BKA Sektion Familien und Jugend in Zusammenarbeit mit zuständigen Ressorts/Stellen/ Partnerorganisationen	Bericht
<p>In Österreich gibt es kontinuierliche Verbesserungen in der psychosozialen Infrastruktur zum Kinder- und Opferschutz einschließlich rechtlicher Anpassungen zur Verbesserung der „Kinderfreundlichkeit“ in der Justiz. In Österreich haben sich die kontradiktorische Vernehmung im Ermittlungsverfahren in Verbindung mit der psychosozialen und juristischen Prozessbegleitung als hilfreiche Instrumentarien in den Bestrebungen um Schaffung einer „kindgerechten Justiz etabliert. Das zentralisierte Format des skandinavischen Barnahus - Modells, demzufolge Polizei, Staatsanwaltschaft, Kinder- und Jugendhilfe, Kinderschutz, therapeutische Professionen und gegebenenfalls auch medizinische Dienste unter einem Dach zusammenarbeiten, stellt natürlich ein besonderes Asset dar, welches Gegenstand einer näheren Betrachtung wert ist.</p>				
III.22	Prüfung der Vorgangsweise bei der Rückkehr von (potenziellen) Opfern von Kinderhandel und Entwicklung eines flächendeckenden Konzepts zur Optimierung der kinderrechtskonformen Rückkehr und Erweiterung des Netzes der Partnerschaften zur Sicherung des Kindeswohls	Jahr 1-3	BKA Sektion Familien und Jugend, BMI (BFA) in Zusammenarbeit mit zuständigen Ressorts/Stellen/Bundesländern und Partnerorganisationen	Bericht/ Konzept

⁵ Zum Beispiel auf Basis des Ostseerates/CBSS zu Transnational Child Protection Case Management

⁶ Zum Beispiel das Barnahus-Modell: <http://cor.europa.eu/de/events/Pages/Launching-the-European-Barnahus-Movement.aspx>

Die im Verfassungsrang verankerte Vorrangigkeit des Kindeswohls muss bei Rückkehrentscheidungen berücksichtigt werden.

Das Thema wurde 2018 in der Arbeitsgruppe Kinderhandel aufgegriffen. IOM wirkt bei der freiwilligen Rückkehr von Unbegleiteten Minderjährigen Fremden (umF) auf Anfrage von Rückkehrberatungsorganisationen mit. Die freiwillige Rückkehr von umF wird nur dann unterstützt, wenn die IOM-internen Richtlinien eingehalten werden können. Andernfalls erfolgt die Rückkehr ohne die Unterstützung von IOM. Bei der Rückkehr von Betroffenen von MH arbeitet IOM auch mit ExpertInnen von LEFÖ-IBF zusammen. Eine Risiko- und Gefahrenanalyse ist bei umF besonders wichtig. Bei der Rückkehr von (möglicherweise) von Kinderhandel betroffenen umF in die Familie kommt der Kindeswohlprüfung besondere Bedeutung zu, weil die Familie in die Straftat involviert gewesen sein könnte. Die Rückkehr in institutionelle Betreuung sollte die letzte Option sein. Um festzustellen, ob die Rückkehr dem Kindeswohl entspricht, kann IOM im Herkunftsland eine Erhebung der Familiensituation (Family Assessment) durchführen. Entgegen dem ausdrücklichen Willen eines Kindes darf IOM die Rückkehr nicht unterstützen, weil im Vordergrund jedenfalls der Schutzgedanke stehen muss.

IOM Voraussetzungen für die Unterstützung bei der freiwilligen Rückkehr (auch von Erwachsenen):

- Souveränität des Staates
- Schutz der Menschenrechte muss gewahrt bleiben
- Freiwilligkeit des/der Rückkehrenden: Die Entscheidung beruht auf ausreichenden, aktuellen Informationen

Darüber hinaus wird der kinderrechtskonformen Rückkehr im Rahmen der seitens des BMI geförderten Reintegrationsprojekte höchstes Augenmerk geschenkt. Dabei können insbesondere das Projekt RESTART II von IOM in Afghanistan und Iran sowie das Projekt IRMA plus (spezialisiert auf vulnerable Personengruppen) der österreichischen Caritas hervorgehoben werden (letzteres aktuell in Armenien, Ghana, Indien, Kirgistan, Mongolei, Pakistan, Russland und Tadschikistan).

III.23	Diskussion der Problematik der Überstellung von jungen Erwachsenen in die für die Asylverfahren zuständigen EU-Mitgliedsstaaten nach der Dublin III-VO	Jahr 1-3	BKA Sektion Familien und Jugend, BMI (BFA) in Zusammenarbeit mit zuständigen Ressorts und Partnerorganisationen	Bericht
--------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------

Das BFA prüft im Rahmen des „Dublin-Verfahrens“ die genauen Umstände jedes Einzelfalles. Sollte die zu überstellende Person ein Opfer von Menschenhandel im zuständigen Mitgliedsstaat geworden sein, beurteilt das BFA dieses Vorbringen unter Einbeziehung der LPD. In jedem Stadium des Dublin Verfahrens besteht die Möglichkeit, dass Österreich den Antrag auf internationalen Schutz in eigener Zuständigkeit gem. Art 17.1. Dublin-III-VO prüft. Dies kann auch bei einem Fall von Menschenhandel zutreffen.

Wenn dennoch eine Überstellung in den zuständigen Mitgliedsstaat stattfindet, trifft das BFA in enger Abstimmung mit dem zuständigen Mitgliedsstaat sämtliche notwendigen Vorkehrungen, um eine Re-Viktimisierung zu verhindern. Der zuständige Mitgliedsstaat wird darüber informiert, dass die zu überstellende Person ein Opfer von Menschenhandel ist und es wird ersucht, entsprechende Vorkehrungen zum Ort der Unterbringung zu treffen. Sonstige besondere Bedürfnisse von AntragstellerInnen werden ebenso vor Überstellung kommuniziert.

Ziel 4

Verbesserung der Entschädigungsmöglichkeiten für Opfer von Menschenhandel

	Aktionen	Zeitplan	Zuständigkeit/Umsetzung	Indikatoren
III.24	Evaluierung des Zugangs von Opfern zu Entschädigung unter Berücksichtigung von Beschlagnahme/Sicherstellung von Vermögenswerten und allfällige Erarbeitung von Verbesserungsvorschlägen	Jahr 1-3	BMVRDJ in Zusammenarbeit mit zuständigen Ressorts/ Stellen und Partnerorganisationen	Bericht

Der Zugang von Opfern von Menschenhandel zu Entschädigung unter Berücksichtigung von vermögensrechtlichen Maßnahmen ist auf internationaler Ebene im Zuge der einschlägigen Länderprüfungen laufend Thema. Das BMJ hat sich im Berichtszeitraum auf verschiedenen Ebenen einer Verbesserung des Zugangs von Opfern zu Entschädigungen unter Berücksichtigung von Beschlagnahme und Sicherstellung von Vermögenswerten gewidmet.

So kam es 2018 zur Beseitigung einer bedeutenden Hürde im Zusammenhang mit der Beschlagnahme. Bei der Beschlagnahme von Vermögenswerten zur Sicherung vermögensrechtlicher Anordnungen wurde ein bis zu dieser Gesetzesänderung verlangter Nachweis der Gefährdung oder wesentlichen Erschweris der Vollstreckung durch die Beseitigung des Vollstreckungselements in § 115 Abs. 1 Z 3 StPO gestrichen. Damit sollte sowohl eine Vereinheitlichung der Rechtsprechung als auch eine effektive Vermögenssicherung für Opfer erreicht werden.

Im Rahmen der GRETA-Evaluierung 2019 wurde mit VertreterInnen diverser Ministerien, darunter auch dem damaligen BMVRDJ einschließlich der Staatsanwaltschaften und Gerichte, Gespräche geführt, die sich auch mit der Frage der Opferentschädigung auseinandersetzten (siehe dazu Maßnahme V.16).

Besonders widmet sich dieser Thematik die im Frühjahr 2019 veröffentlichte Broschüre „Kompaktwissen für die Praxis: Strafverfahren, Entschädigung und Opferschutz“ der LEFÖ-IBF, die in Kooperation mit dem damaligen BMVRDJ entstand. Die Broschüre behandelt in den Kapiteln 7.2 bis 7.4 die Entschädigung von Opfern im Zusammenhang mit Ausbeutung von Menschenhandel (http://www.lefoe.at/tl_files/lefoe/Kompaktwissen_Strafrecht_Menschenhandel_April2019.pdf).

2020 wurde der „Leitfaden Vermögensrechtliche Anordnungen“ in aktualisierter und ergänzter dritter Auflage veröffentlicht und soll nunmehr den PraktikerInnen bei der Kriminalpolizei ebenso wie in der Staatsanwaltschaft und bei Gericht als nützliches Werkzeug für die tägliche Arbeit dienen. Der Leitfaden enthält insbesondere konkrete Handlungsanleitungen (z.B. Kapitel über die Befriedigung von Opfern aus verfallenem Vermögen, Kapitel über Vermögensrechtliche Anordnungen und Adhäsionsverfahren, Informationen über die Rückgabe von sichergestellten Gegenständen an das Opfer gem. § 69 Abs. 3 StPO und Informationen über Sicherheitsleistungen für Opferansprüche nach § 20a Abs. 2 Z 2 StGB).

Gemeinsam mit dem BMI hat das BMJ 2020 – wie auch schon im Jahr 2018 – ein zweitägiges Seminar zum Thema „Vermögensrechtliche Anordnungen und Finanzauswertungen“ angeboten.

Eine sowohl für RichterInnen und StaatsanwältInnen, als auch für ExekutivbeamtlInnen konzipierte Fortbildungsveranstaltung musste COVID-19-bedingt ins Jahr 2021 verschoben werden.

Im Berichtszeitraum wurde jährlich ein Erfahrungs- und Meinungsaustausch von VertreterInnen der Strafverfolgungsbehörden und Opferschutzeinrichtungen zum Thema Menschenhandel (siehe unter Maßnahme IV.2.) abgehalten. Dabei wurden vermögensrechtliche Maßnahmen erörtert und deren Wichtigkeit erneut betont, sowie seitens der Opferschutzeinrichtungen bei einigen Strafverfahren die positive Entwicklung im Bereich der Privatbeteiligungszusprüche hervorgehoben.

Das EU-Projekt „Justice at last“ (Oktober 2017 bis Dezember 2019) wurde von La Strada International in Kooperation mit LEFÖ-IBF in Österreich und weiteren zehn NGOs in den Niederlanden, Tschechische Republik, in Bulgarien, Deutschland, Irland, Spanien, Rumänien und Serbien durchgeführt. Ziel dieses Projektes war es, den Zugang zur Entschädigung für Betroffene des Menschenhandels zu verbessern.

Folgende Aktivitäten wurden mittels Einbindung von ExpertInnen mit Kenntnissen und Fähigkeiten zur Beantragung und Unterstützung von Entschädigung durchgeführt:

1. Evaluierung zur wirksamen Umsetzung der internationalen Gesetzgebung über das Recht auf Entschädigung auf nationaler Ebene.
2. Erhebung und Analyse bestehender Barrieren und Bedürfnisse und bewährter Praktiken zur Überwindung dieser Hindernisse und
3. Sensibilisierung für die Notwendigkeit von Entschädigung und effektivsten Mechanismen unter allen relevanten Stakeholdern.

Dokumente dieser Veranstaltung finden sich unter <https://www.justiceatlast.eu/readmore/> und www.justiceatlast.eu

IV. Strafverfolgung

Ziel 1

Verbesserung der Maßnahmen im Bereich der Strafverfolgung

	Aktionen	Zeitplan	Zuständigkeit/Umsetzung	Indikatoren
IV.1	Evaluierung der Anpassung der (straf-)rechtlichen Regelungen und der Rechtsprechung zu Menschenhandel, insbesondere im Hinblick auf die Umsetzung der Richtlinie 2011/36/EU zur Bekämpfung des Menschenhandels	Jahr 1-3	BMVRDJ in Zusammenarbeit mit zuständigen Ressorts/ Stellen und Partnerorganisationen	Bericht
<p>Die (straf-)rechtlichen Regelungen zum Thema Menschenhandel werden auf nationaler und internationaler Ebene laufend evaluiert.</p> <p>2020 wurde die TF-MH für den dritten Fortschrittsbericht zur Umsetzung der Richtlinie 2011/36/EU der Europäischen Kommission befasst. Österreich erstattete gemäß Art. 19 und 20 der Richtlinie Bericht. Die transnationale Zusammenarbeit der grenzüberschreitenden Strafverfolgungs- und operativen Maßnahmen zwischen EUMS und Drittstaaten hat sich verbessert. Die Zahl der strafrechtlichen Ermittlungen und Verurteilungen bleibt laut EK allerdings niedrig, die Opferzahlen hoch. Die Europäische Kommission spricht von einer mangelhaften Umsetzung („poor implementation“) der Richtlinie in den EUMS und forderte Nachbesserung.</p> <p>2019 wurde im Rahmen der dritten Evaluierungsrunde zur Umsetzung des Europaratsübereinkommens zur Bekämpfung des Menschenhandels Österreich durch GRETA-ExpertInnen geprüft (siehe Maßnahme V.16). Der 2020 veröffentlichte Bericht attestierte Österreich Fortschritte bei der Weiterentwicklung des rechtlichen und politischen Rahmens für die Bekämpfung des Menschenhandels, sieht aber auch Handlungsbedarf.</p> <p>Im Zuge eines regelmäßigen Meinungs- und Erfahrungsaustausches des BMJ mit NGOs (LEFÖ-IBF und MEN VIA) wird die Rechtsprechung zu Menschenhandel laufend evaluiert (siehe Maßnahme IV.2). Es werden Fälle an das BMJ herangetragen, die Anlass zu einer Klarstellung der Rechtslage im Wege eines Erlasses geben könnten.</p>				
IV.2	Überprüfung und allfällige Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen NGOs und Strafverfolgungsbehörden	Jahr 1-3	BMVRDJ in Zusammenarbeit mit BMI/LEFÖ-IBF/MEN VIA und Partnerorganisationen	Bericht

Gemäß Konzepts zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen NGOs und Strafverfolgungsbehörden in Fällen von Menschenhandel, wird vom BMJ seit 2012 zu einem jährlichen Erfahrungs- und Meinungsaustausch der VertreterInnen der Strafverfolgungsbehörden und spezialisierter Opferchutzvereinigungen zum Thema Menschenhandel eingeladen. Unter Einbeziehung von VertreterInnen der Richterschaft sowie der Rechtsanwaltschaft werden Erfahrungen und Problembereiche anhand abgeschlossener praktischer Fälle erörtert. Die daraus abgeleiteten Best Practices werden bundesweit den Staatsanwaltschaften zur Umsetzung und Effizienzsteigerung in Menschenhandelsverfahren zur Verfügung gestellt.

Im Zuge dieses Austausches trat eine zunehmende Sensibilisierung der Strafverfolgungsbehörden sowie ein zunehmendes Verständnis der NGOs für praktische Herausforderungen der Behörden bei der Verfolgung von Menschenhandelsfällen zutage. In den letzten drei Jahren hat sich gezeigt, dass das BMJ das Thema Entschädigung nachhaltig aufgegriffen hat, die praktizierte Kooperation trägt zur Weiterentwicklung fallbezogener Kooperation und zum wechselseitigen Verständnis bei.

IV.3	Darstellung und Analyse der (straf-)rechtlichen Regelung hinsichtlich des Tatbestandsmerkmals Ausbeutung	Jahr 1-2	BMVRDJ in Zusammenarbeit mit zuständigen Ressorts/ Stellen und Partnerorganisationen	Bericht
------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------	---------------------------------------------------------------------------------------------	---------

Der Tatbestand Menschenhandel wurde 2004 in den Rechtsbestand eingefügt. In den Erläuterungen zur damaligen Regierungsvorlage wurde das Tatbestandsmerkmal „Ausbeutung“ näher dargestellt. Anlässlich der Änderung des § 104a StGB zur Umsetzung der EU-Richtlinie Menschenhandel im Jahr 2013 wurden die Ausführungen zum Begriff „Ausbeutung“, insbesondere zur Arbeitsausbeutung, in den Erläuterungen zur Regierungsvorlage in enger Abstimmung mit der TF-MH ergänzt. 2015 wurde das Thema Arbeitsausbeutung in einem Erlass des BMJ behandelt.

Zuletzt wurde der Ausbeutungsbegriff im Frühjahr 2019 in der Broschüre „Kompaktwissen für die Praxis: Strafverfahren, Entschädigung und Opferschutz“ umfassend behandelt und auch die jüngere Literatur zur Arbeitsausbeutung eingearbeitet.

IV.4	Erarbeitung von praxisorientierten Leitlinien für die Umsetzung des Non-Punishment-Prinzips im Verwaltungsstrafrecht auf Basis des Erlasses des BMVRDJ und des Rundschreibens des BKA-VD sowie der Arbeiten der Adhoc-AG Non-Punishment	Jahr 1	BMVRDJ, BMEIA in Zusammenarbeit mit zuständigen Ressorts/ Stellen und Partnerorganisationen	Leitlinien, Bericht
------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------	----------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------

2019 wurde ein erster Entwurf des Leitfadens zum Non-Punishment Prinzip für Opfer des Menschenhandels erstellt. Der Leitfaden soll für die Praxis genutzt werden und bei Schulungen z.B. des Bundeskriminalamtes oder NGOs hilfreich sein. Die Arbeiten daran sind aufgrund der Breite der betroffenen Materiegesetze und Verordnungen komplex und sind noch nicht abgeschlossen. Um den Leitfaden finalisieren zu können, werden weitere Verhandlungen im Rahmen des NAP 2021-2023 nötig sein.

V. Evaluierung/Monitoring

Ziel 1

Verbesserung der Datenlage zu Menschenhandel

	Aktionen	Zeitplan	Zuständigkeit/Umsetzung	Indikatoren
V.1	Verbesserung der Datenauswertung in der polizeilichen Kriminalstatistik im Bereich Menschenhandel, insbesondere Differenzierung hinsichtlich der Ausbeutungsformen	Jahr 1-3	BMI in Zusammenarbeit mit zuständigen Ressorts/Stellen und Partnerorganisationen	Veröffentlichte statistische Daten
<p>Im Rahmen des Projektes „Kriminalstatistik NEU“ wurde 2019 versucht, eine neue Form der Datensammlung umzusetzen.</p> <p>In der TF-MH wurde 2019 eine Arbeitsgruppe Datensammlung eingerichtet, um die Bekämpfung von Menschenhandel in Österreich möglichst realitätsgetreu abzubilden und eine internationale Vergleichbarkeit des Datensatzes möglich zu machen. Für die Interpretation der österreichischen Daten im Menschenhandelsbereich ist die Frage der Einbeziehung der sogenannten „Überschneidungsparagrafen“ zentral (§§ 104, 107 StGB und 116 FPG neben §§ 104a und 217 StGB), die in der bisherigen Erfassung der Daten nicht berücksichtigt werden. Die Arbeitsgruppe konnte COVID-19-bedingt nicht fortgeführt werden, die Arbeiten werden im Rahmen der neuen Infrastruktur des NAP 2021-2023 fortgesetzt.</p>				
V.2	Zusammenfassende Darstellung aller in Österreich erhobenen statistischen Daten zum Thema Menschenhandel zu einer jährlichen Gesamtstatistik	Jahr 1-3	BMEIA in Zusammenarbeit mit BMI/BMVRDJ /LEFÖ/MEN VIA und Drehscheibe	Jährlich publizierte Statistik
<p>Das Bundeskriminalamt erstellt jährlich einen Lagebericht Schlepperei und Menschenhandel, welche auf der Homepage des BMI veröffentlicht werden.</p> <p>Generellen Daten zum Menschenhandel befinden sich in den Sicherheitsberichten 2018, 2019 und 2020 des BMI.</p>				

V.3	Erstellung eines jährlichen operativen Lageberichts zu Menschenhandel in Österreich, inklusive Trends und Entwicklungen	Jahr 1-3	BMI in Zusammenarbeit mit zuständigen Ressorts/Stellen und Partnerorganisationen	Bericht
Siehe Maßnahme V.2.				
V.4	Sammlung statistischer Daten, u.a. zum Zweck der Berichterstattung an die Europäische Kommission und internationale Organisationen	Jahr 1-3	BMEIA in Zusammenarbeit mit den zuständigen Ressorts/Stellen und Partnerorganisationen	Bericht
<p>Statistische Daten werden anlassbezogen vom BMEIA als Koordinierungsstelle gesammelt, aufbereitet und an die anfragende Organisation für unterschiedliche Erhebungen weitergeleitet. Eine konsolidierte und permanente Sammlung von Daten wird angestrebt.</p>				

Ziel 2

Ausbau der Forschung zum Thema Menschenhandel

	Aktionen	Zeitplan	Zuständigkeit/Umsetzung	Indikatoren
V.5	Unterstützung von Forschungsprojekten sowie der Lehre an universitären Einrichtungen zu aktuellen Fragen des Menschenhandels	Jahr 1-3	jeweilige zuständige Ressorts in Zusammenarbeit mit zuständigen Stellen/Bundesländern und Partnerorganisationen	Forschungsprojekte, Bericht

Ziel von Schulungen, Veranstaltungen, Diskussionen, Verteilung von Informationsmaterial an Universitäten und Fachhochschulen ist, Studierende und Privatpersonen zu sensibilisieren und eventuelle Hilfestellung für Betroffenen von Menschenhandel zu verdeutlichen. Im Berichtszeitraum wurden Forschungsprojekte und die Lehre unterstützt und Querverbindungen hergestellt:

- Vortrag „Organisierte Kriminalität“ im Masterstudienlehrgang „Transnationale Organisierte Kriminalität“ (Menschenhandel) an der Donau-Universität Krems (Bundeskriminalamt und LEFÖ-IBF);
- ExpertInnenbefragungen im Rahmen des Vorprojekts zum Projekt Zielland Österreich (01.01.2020 bis 31.12.2022);
- Vorlesung im Rahmen des „Vienna Master on Human Rights“ (Universität Wien) mit VertreterInnen der TF-MH (Bundeskriminalamt, LEFÖ-IBF, Ludwig-Boltzmann-Institut für Menschenrechte);
- Vorbereitung und Konsolidierung des Schwerpunktes Menschenhandel im Rahmen der Erstellung der BMI Forschungsagenda;
- Beginn des Aufbaus einer interministeriellen Plattform Migrationsforschung;
- Beteiligung am EU-Projekt „Koutcha“; Auswahl von ExpertInnen von SOS-Kinderdorf und Drehscheibe für ein Austauschtreffen 2019. Mitwirkung an der Erstellung des Handbuchs „Vom Entwurf zur Schaffung eines sicheren und geschützten Zentrums für die Betreuung von Kindern, die Opfer von Menschenhandel geworden sind“ (ECPAT);
- Lehrveranstaltung zum Thema „Menschenhandel/Kinderhandel/Ausbeutung – Relevanz für die soziale Arbeit“ an der FH Campus Wien (LEFÖ-IBF; MEN VIA; Drehscheibe);
- Regelmäßige Unterstützung von Forschungsprojekten und wissenschaftlichen Interviewanfragen (LEFÖ-IBF);
- Seit 2018 führt ECPAT als externe Lehrbeauftragte an der FH Campus Wien die Lehrveranstaltung „Menschenhandel/Kinderhandel/Ausbeutung – Relevanz für die soziale Arbeit“ durch. LEFÖ-IBF, MEN-VIA und Drehscheibe waren als Gastvortragende eingebunden.
- Durchführung der Studie „Standortbestimmung Menschenhandel in Österreich“ durch das Ludwig-Boltzmann-Institut für Menschenrechte (Auftraggeber BMI).

Im Auftrag des BMI und in Abstimmung mit der TF-MH führte das Ludwig-Boltzmann-Institut ab August 2020 eine Studie zur „Standortbestimmung Menschenhandel in Österreich“ durch. Auf Basis von Interviews und Fragebögen wurden aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen, nicht zuletzt vor den Folgen der COVID-19-Pandemie, erhoben. Die Ergebnisse fließen unmittelbar in den Prozess zur Erstellung des VI. NAP Menschenhandel (2021-2023) ein.

V.6	Veröffentlichung von Publikationen in Fachzeitschriften	Jahr 1-3	jeweilige zuständige Ressorts in Zusammenarbeit mit zuständigen Stellen/Bundesländern und Partnerorganisationen	Publikationen
<p>Diverse Publikationen wurden in polizeilichen Fachzeitschriften veröffentlicht.</p> <p>Publikationen der Landesverteidigungsakademie und besonders in der Österreichischen Militärischen Zeitschrift (ÖMZ) beschäftigten sich nicht konkret mit gegenständlichem Thema. In den veröffentlichten Länderberichten wird diese Thematik jedoch (bei Entsprechung) jeweils mitbehandelt.</p>				
V.7	Erfassung/Erhebung von Forschung/Studien zum Thema Menschenhandel sowie Aktualisierung der bestehenden Liste	Jahr 3	BMEIA in Zusammenarbeit mit zuständigen Ressorts/ Stellen und Partnerorganisationen	Bericht
<p>Eine Publikationsliste wird im Anhang zur Verfügung gestellt.</p>				
V.8	Erstellung und regelmäßige Aktualisierung einer Liste mit Forschungsthemen, die für die Arbeit der TF-MH relevant wären	Jahr 1-3	BMEIA in Zusammenarbeit mit zuständigen Ressorts/ Stellen und Partnerorganisationen	Bericht
<p>Eine Publikationsliste wird im Anhang zur Verfügung gestellt.</p>				
V.9	Durchführung einer Prävalenzstudie zum Ausmaß und den Dimensionen von Kinderhandel in Österreich	Jahr 1-3	jeweilige zuständige Ressorts in Zusammenarbeit mit zuständigen Stellen/Bundesländern/ Partnerorganisationen sowie ggf. mit Forschungseinrichtungen	Studie
<p>Im Bewusstsein des Mangels einer profunden Datenlage zum Ausmaß und den Dimensionen von Kinderhandel ist die AG Kinderhandel im Begriff, die Zusammenhänge zwischen unbegründeten Anscheinsverdachtsmomenten, einem begründeten Verdacht auf Kinderhandel, Anzeigen der Polizei an die Staatsanwaltschaft und der hohen Quote an Verfahrenseinstellungen einer genaueren Analyse zu unterziehen.</p>				

Ziel 3

Überprüfung der bisher gesetzten österreichischen Maßnahmen im Kampf gegen den Menschenhandel

	Aktionen	Zeitplan	Zuständigkeit/Umsetzung	Indikatoren
V.10	Erstellung eines Fortschrittsberichts der AG Prostitution	Jahr 3	BKA Sektion Frauen in Zusammenarbeit mit den Mitgliedern der AG „Prostitution“	Bericht
Der 4. Umsetzungsbericht der AG Prostitution für die Jahre 2018-2020 ist diesem Bericht beigelegt.				
V.11	Evaluierung der Umsetzung der Empfehlungen der Arbeitsgruppe Kinderhandel im Rahmen der TF-MH	Jahr 3	BKA Sektion Familien und Jugend in Zusammenarbeit mit den Mitgliedern der AG „Kinderhandel“	Bericht
Der 4. Umsetzungsbericht der AG Kinderhandel für die Jahre 2018-2020 ist diesem Bericht beigelegt.				
V.12	Evaluierung der Umsetzung der Empfehlungen der Arbeitsgruppe Arbeitsausbeutung im Rahmen der TF-MH	Jahr 3	BMASGK in Zusammenarbeit mit den Mitgliedern der AG „Arbeitsausbeutung“	Bericht
Der 3. Umsetzungsbericht der AG Arbeitsausbeutung für die Jahre 2018-2020 ist diesem Bericht beigelegt.				
V.13	Erstellung eines jährlichen Berichtes betreffend die Umsetzung des NAP 2018-2020	Jahr 1-3	BMEIA in Zusammenarbeit mit zuständigen Ressorts/Stellen/ Partnerorganisationen	Bericht
Interne Berichte betreffend die Umsetzung des V. NAP 2018-2020 wurden 2018, 2019 und 2020 erstellt und an die TF-MH übermittelt.				
V.14	Erstellung eines 3 Jahres-Gesamtberichts betreffend die Umsetzung des NAP 2018-2020, welcher der österreichischen Bundesregierung und dem Nationalrat vorgelegt wird	Jahr 3	BMEIA in Zusammenarbeit mit den zuständigen Ressorts/ Stellen/Partnerorganisationen	Bericht
Der Dreijahresbericht liegt hiermit vor.				

V.15	Übermittlung von Informationen zu Entwicklungen betreffend Menschenhandel, Ergebnisse der Maßnahmen zu seiner Bekämpfung, inkl. Sammlung statistischer Daten an den/die EU-KoordinatorIn	Jahr 1-3	BMEIA in Zusammenarbeit mit den zuständigen Ressorts/ Stellen/Partnerorganisationen	Bericht
Informationen werden auf Anfrage sowie regelmäßig im Vorfeld der halbjährlich stattfindenden Sitzungen des EU-Netzwerks der Menschenhandels-Rapporteure an den EU-Koordinator übermittelt.				
V.16	Mitarbeit Österreichs im Rahmen von internationalen Monitoring-Prozessen (z.B. Europarat-GRETA, Vereinte Nationen, OSZE)	Jahr 1-3	BMEIA in Zusammenarbeit mit den zuständigen Ressorts/ Stellen/Partnerorganisationen	Bericht/ Empfehlungen
<p>2018 wurden Beiträge zu mehreren Überprüfungsmechanismen internationaler Organisationen geleistet.</p> <p>Das Büro des OSZE Sonderbeauftragten und Koordinators zur Bekämpfung des Menschenhandels führte einen Länderbesuch zur Evaluierung Österreichs Fortschritte bei der Bekämpfung des Menschenhandels durch. Der Bericht wurde 2019 veröffentlicht werden.</p> <p>Informationsersuchen des Counter-Terrorism Committee Executive Directorate (CTED) der VN, der OHCHR Spezialberichterstatlerin zu Menschenhandel und des OSCE Office for Democratic Institutions and Human Rights (ODIHR) wurden ebenfalls beantwortet.</p> <p>2018 endete das Mandat von Helmut Sax (Ludwig-Boltzmann-Institut für Menschenrechte) als Mitglied von GRETA (ExpertInnengruppe des Europarats zur Bekämpfung von Menschenhandel). Auf Vorschlag der TF-MH wurde Julia Planitzer (Ludwig-Boltzmann-Institut für Menschenrechte) von der österreichischen Bundesregierung als Kandidatin nominiert und mit Unterstützung des BMEIA und der TF-MH 2018 vom Ausschuss der Vertragsparteien zum neuen Mitglied von GRETA für die Periode von 2019-2022 gewählt.</p> <p>2019 fand die Österreich-Prüfung durch die GRETA-ExpertInnen im Rahmen der 3. Evaluierungsrunde zur Umsetzung des Europaratsübereinkommens zur Bekämpfung des Menschenhandels statt, bestehend aus der Beantwortung eines Fragebogens und einem Länderbesuch im Juni 2019. Es wurden Gespräche mit VertreterInnen der betroffenen Ministerien, sowie Staatsanwaltschaften, Gerichte und mit NGOs geführt. Schwerpunkt der 3. Evaluierungsrunde war die Frage der Opferentschädigung und des Zugangs zur Justiz.</p> <p>Die GRETA-ExpertInnen waren am 05.06.2019 Gast der Arbeitsgruppe „Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung“. Darüber hinaus gab es ein Treffen mit VertreterInnen von MEN VIA gemeinsam mit LEFÖ-IBF. Ebenso führte die Koordinierungsstelle des Landes Tirol mit GRETA-ExpertInnen ein Gespräch. Für Besuche bei lokalen SystempartnerInnen standen der GRETA-Delegation zur Verfügung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Abteilung Kinder und Jugendhilfe des Landes Tirol, Fachbereich UMF • Landespolizeidirektion Tirol • Bundesverwaltungsgericht, Außenstelle Tirol • Arbeitsinspektorat Innsbruck 				

Auf EU-Ebene wurde 2020 mit den Arbeiten an der EU Strategie zur Bekämpfung des Menschenhandels begonnen zu arbeiten. Auch hier hat das BMEIA die österreichische Position koordiniert und diese wiederholt in den laufenden Prozess eingebracht.

Weitere Beiträge im Zusammenhang mit internationalen Monitoring-Prozessen waren u.a.:

- Mitarbeit hins. des Auskunftsersuchens der Europäischen Kommission in Bezug auf die RL 2011/36/EU (April 2019)
- die CEDAW Staatenprüfung (Juli 2019)
- die Vorbereitung der universellen Staatenprüfung Österreichs durch den Menschenrechtsrat der VN in Genf
- Koordinierung und Beantwortung diverser Fragebögen von UNODC und der OSZE

Dreijahresbericht 2018-2020

Publikationsliste

1. Forschungsstudien

Sax, Helmut	Studie Standortbestimmung Menschenhandel in Österreich	Ludwig-Boltzmann-Institut für Menschenrechte	2021
Sander, Caroline	Menschenhandel von chinesischen Frauen nach Europa: Die spezifischen Umstände verstehen und den Integrationsprozess erleichtern	Veröffentlichung des vom AMIF kofinanzierten INTAP Projekts: https://intapeurope.eu	2020
Planitzer, Julia; Sax, Helmut (Hrsg.)	A Commentary on the Council of Europe Convention on Action against Trafficking in Human Beings		2020
Dean, Laura A.	Diffusion human trafficking policy in Eurasia		2020
Humer, Lukas; Spiegelfeld Alexander	Saisoniers aus Drittstaaten in Österreich	IOM/EMN (Austria)	2020
European Commission	Study on the economic, social and human costs of trafficking in human beings within the EU	European Commission	2020
European Commission	Study on reviewing the functioning of Member States' National and Transnational Referral Mechanisms	European Commission	2020
Healy, Claire (ICMPD)	The Strength to Carry On: Resilience and Vulnerability to Trafficking and Other Abuses among People Travelling along Migration Routes to Europe.	Vienna, International Centre for Migration Policy Development.	2019
Gebrewold, Belachew; Kostenzer, Johanna; Müller, Andreas	Human Trafficking and Exploitation: Lessons from Europe		2018
Yoon, Jin Shin	A transnational human rights approach to human trafficking: empowering the powerless		2018
Gerasimov, Borislav; Meyer Claus K.; Boll, Sebastian (Hrsg.)	Special Issue—Irregular Migrants, Refugees or Trafficked Persons?	Anti-Trafficking Review. No. 11	2018
Agolli, Tamara; Georgieva, Ivanka;	Fight against Trafficking in Human Beings and Organised Crime – Phase 2 (THB/IFS/2); Assessment	Vienna, International Centre for Migration Policy Development.	2016

Stevkovski, Brigitte (ICMPD)	of the National and Transnational Referral Mechanism for Victims of Trafficking in Albania		
Boswell, Christina; Kyambi, Sarah (ICMPD)	Steering Demand and the Quest for 'Better Regulation' (DemandAT Working Paper No. 4)	Vienna, International Centre for Migration Policy Development.	2016
Healy, Claire (ICMPD)	How are the war in Syria and the refugee crisis affecting human trafficking?	Vienna, International Centre for Migration Policy Development.	2016
Ricard-Guay, Alexandra (ICMPD)	Trafficking in domestic work: Looking at the demand-side (DemandAT Working Paper No. 5)	Vienna, International Centre for Migration Policy Development.	2016
Rogoz, Mădălina et al (ICMPD)	Responses to Demand in the Context of Trafficking in Human Beings: Regulatory measures from twelve national contexts (DemandAT Working Paper No. 6)	Vienna, International Centre for Migration Policy Development.	2016
Sax, Helmut (Hrsg)	Roma Communities in Österreich als Betroffene des Kinderhandels? Ergebnisse eines Forschungsprojekts 2013-15 (Länderbericht Österreich; Vielversprechende Initiativen zu Kinderschutz und Armutsmigration in Österreich; Runder Tisch Kinderschutz und Armutsmigration; Pilotmediation Kinderschutz und Roma)	Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte, Wien	2016
Cyrus, Norbert; Vogel, Dita (ICMPD)	Demand Arguments in Debates on Trafficking in Human Beings: Using an historical and economic approach to achieve conceptual clarification	Vienna, International Centre for Migration Policy Development	2015
Dimitrova, Kamelia; Slavyanka, Ivanova; Alexandrova, Yva	Child Trafficking among vulnerable Roma Communities. Results of Country Studies in Austria, Bulgaria, Greece, Italy, Hungary, Romania and Slovakia	Center for the Study of Democracy, Sofia, Bulgaria	2015
International Centre for Migration Policy Development	Inventory on main stakeholders in the field of combatting trafficking in human beings in Georgia : the European Union's Eastern Partnership and Cooperation Programme 2012 „Enhancing Georgia's Migration Management“ (ENIGMMA)	Vienna, International Centre for Migration Policy Development	2015

Newton, Paul David (ICMPD)	Human trafficking – how to investigate it: training manual for law enforcement officers	Vienna, International Centre for Migration Policy Development	2015
Chahrokh, Haleh; Rutz, Julia	Verbreitung von Informationen über die freiwillige Rückkehr in Österreich. Das Erreichen von irregulären MigrantInnen, die nicht im Kontakt mit den Behörden stehen	Internationale Organisation für Migration (IOM), Europäisches Migrationsnetzwerk (EMN), Wien	2015
Agentur der Europäischen Union für Grundrechte	Severe labour exploitation: workers moving within or into the European Union - States' obligations and victims' rights	FRA	2015
Livingstone, Sonia; Mason, Jessica	Sexual rights and sexual risks among youth online - A review of existing knowledge regarding children and young people's developing sexuality in relation to new media environments	European NGO Alliance for Child Safety Online (eNACSO, inkl. ECPAT Ö), LSE London	2015
Di Maio, Maria Antonia (Hrsg.)	Halbwegs zu Hause - Die Beobachtung der Reintegration von Kindern, die aus der Europäischen Union in südosteuropäische Länder zurückgekehrt sind	Terre des Hommes und Partner, inkl. ECPAT Österreich, entwickelt im Rahmen des Projekts 'Beobachtung der Situation von aus EUMitgliedsstaaten zurückgekehrten Kindern'	2015
Agentur der Europäischen Union für Grundrechte/ FRANET	Severe Forms of Labour Exploitation – Supporting victims of severe forms of labour exploitation in having access to justice in EU Member States - Austria	FRANET – European Training and Research Centre for Human Rights and Democracy (ETC Graz)	2014
Reyhani, Adel-Naim	Betroffene des Menschenhandels als Asylsuchende: der Prozess der Identifizierung und Zugang zu Aufenthaltsrechten in Österreich	Vienna, Internationale Organisation für Migration	2014
Planitzer, Julia	Trafficking in Human Beings and Human Rights - The Role of the Council of Europe Convention on Action against Trafficking in Human Beings	NWV Wien	2014

2. Dissertationen

Petra, Torri	Exploring the Resilience in Female Sex Trafficking Victims	Nova Southeastern University	2020
Rocha, Mario A.	A Proposed Treatment Model for Sex Trafficking Victims: An Integration of Object Relations Family Therapy within a Therapeutic Milieu	Chicago School of Professional Psychology	2020
Spitzer, Anna-Lena	Strafbarkeit des Menschenhandels zur Ausbeutung der Arbeitskraft	Universität Trier Fachbereich V – Rechtswissenschaft	2018
Frei,Nula	Menschenhandel und Asyl: Die Umsetzung der völkerrechtlichen Verpflichtungen zum Opferschutz im schweizerischen Asylverfahren	Bern, Univ. Dissertation, Universität Bern	2018
Lemmerer, Monika	Maßnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels	Dissertation, Universität Wien	2014
Nnebedum, Chigozie	Human/women trafficking as a quintessence of 21st century slavery: the vulnerability of the Nigerians in Austria	Linz, Univ. Dissertation, Universität Linz	2014

3. Diplomarbeiten und Masterarbeiten

Biber, Victoria	Ware Mensch: Menschenhandel unter besonderer Berücksichtigung des Frauenhandels	Johannes-Kepler-Universität, Rechtswissenschaftliche Fakultät, Institut für Legal Gender Studies	2020
Pejdah, Adi	Trafficking for Sexual Exploitation in the region of Bosnia and Herzegovina and connection with migration flows	Universität Graz, Institut für Geschichte, Global Studies	2020
Rivera Peña, Ingrid Adaleida	Blockchain digital identity against human trafficking: human rights implications, opportunities and challenges	Universität Wien, Universitätslehrgang Human Rights	2019
Suchankova, Julia Martina	Menschenhandel in der Tschechischen Republik	Universität Wien, Fakultät für Soziologie	2019

Alonso Villota, Marina	The role of technology in human trafficking. Exploring the adoption of technologies in facilitating and fighting trafficking in Spain	Universität Graz, Institut für Geschichte	2019
Metz, Nikole	Combating Trafficking in Human Beings for the Purpose of Organ Removal	Universität Wien, Universitätslehrgang Human Rights	2018
Pircher, Jana Caterina	Moderne Sklaverei und Menschenhandel	Universität Innsbruck, Rechtswissenschaftliche Fakultät, Institut für Italienisches Recht	2017
Topic, Kathryn Joyce	Die strafrechtliche Regelung des Menschenhandels und ihre internationalen Vorgaben	Universität Linz	2017
Kulmhofer, Caroline Nina	Same but different- National Preventive Mechanisms in Austria and France in comparison	Karl-Franzens-Universität Graz	2017
Moshleva, Mirela	Zwangsprostitution von Frauen im Kontext von Menschenhandel aus Bulgarien in der EU von 1989 bis 2006 und nach dem EU Beitritt Bulgariens im Jahr 2007	Universität Wien	2017
Niel, Wolfgang	Die Auseinandersetzung mit Sexarbeit als raumplanerische Aufgabe? : Typologie der Sexarbeit & Formen ihrer Raumeignung in Wien	TU Wien, Diplom Arb., Fakultät für Architektur und Raumplanung.	2016
Pammer, Nicole	Menschenhandel im 21. Jahrhundert - unter Berücksichtigung der sexuellen Ausbeutung in Form von Zwangsprostitution	Graz, KFU, Master-Arb., Katholisch-Theologische Fakultät.	2016
Schöfbenker, Paul	Irreguläre Migration und ihr soziopolitischer Kontext im Wandel der Zeit.	Wien, Univ., Diplom-Arb., Fakultät Geowissenschaften, Geographie und Astronomie.	2016
Thanmayer, Katharina; Wieser, Melanie	Fokus Kinderhandel: Selbstbilder der Polizei und der behördlichen Sozialarbeit	FH St. Pölten, ULG Soziale Arbeit, Master-Arb.	2016
Waser, Raphaela; Zörnpfenning, Theresa	Kriminelle Sklav/innen: das soziale Konstrukt „Opfer und Täter/innen“ im Kontext Kinderhandel	FH St. Pölten, ULG Soziale Arbeit, Master-Arb.	2016
Ziermann, Natalie	Sexarbeit in Österreich mit besonderem Fokus auf die Steiermark	Graz, KFU, Master-Arb.	2016
Eberle, Dominik; Rettenmoser, Katharina	Kinderhandel und National Referral Mechanism in Österreich: eine Studie anhand einer Fallvignette	FH St. Pölten, ULG Soziale Arbeit, Master-Arb.	2016

Kaya, Burak	Die CSR-Richtlinie 2014/95/EU: Entwicklung – Anwendungsbereiche – Nutzen	Universität Linz, Diplom Arb.	2016
Mayr, Elisabeth	Rückführung und Reintegration von potentiellen Opfern von Kinderhandel am Beispiel Österreich - Bulgarien	FH St. Pölten, ULG Soziale Arbeit, Master-Arb.	2016
Micheuz, Sarah Madeleine	Kampf gegen Menschen-smuggler im Mittelmeer verglichen mit Piraterie-Einsätzen in Somalia	Graz, KFU, Diplom-Arb.	2016
Bogdan, Ludmila	Case study of Moldova: are rural people trafficked because they lack awareness and understanding about human trafficking?	Wien, Diplomatische Akademie, Master-Arb.	2015
Dorfer, Lisa	Heiratsmigration in Ostasien	Wien, Diplomarbeit, Universität Wien	2015
Skruzny, Vera	A comparative analysis of the Recovery and Reflection Period on good practices of unconditional assistance and protection measures for victims under the Council of Europe Convention on Action against Trafficking in Human Beings and its implementation in Austria	Wien, Univ. ULG Master of Arts in Human Rights, Master-Arb.	2015
Tutzer, Judith	The roles of NGOs in the Council of Europe Convention on Action against Trafficking in Human Beings. With case studies on Austria, Italy and the United Kingdom	Wien, Master-Arb., European Master's Programme in Human Rights and Democratisation (EMA)/Universität Wien	2015
Alkan, Güler	Human trafficking in Bosnia and Herzegovina : a victimcenteredapproach	Wien, Univ. ULG Master of Arts in Human Rights, Master-Arb.	2014
Pamminger, Petra	Human (in) security: trafficking in Albania.	Wien, Diplomarbeit, Universität Wien	2014
Toth, Alexandra-Maria	Frauenhandel in Österreich: eine kritische Diskursanalyse	Wien, Univ., Dipl.-Arb.	2014

4. Bücher, Artikel und Berichte

OSCE/ODIHR / UN Women	Addressing Emerging Human Trafficking Trends and Consequences of the COVID-19 Pandemic		2020
IOM	Counter-trafficking in emergencies: Information Management Guide	International Organization for Migration	2020
IOM	Policy Brief - The Implementation of Bangladesh's Overseas Employment and Migrants Act of 2013 and the Prevention and Suppression of Human Trafficking Act of 2012 January 2020	International Organization for Migration	2020
IOM	Internal and Cross-Border Adult Sex Trafficking in Ghana	International Organization for Migration	2020
Agentur für Europäische Grundrechte	Strong and Effective National Human Rights Institutions – Challenges, Promising Practice and Opportunities	EU FRA	2020
Europol	Exploiting Isolation: Offenders and victims of online child sexual abuse during the COVID-19 pandemic	Europol	2020
Global Protection Cluster	An Introductory Guide to Anti-Trafficking Action in Internal Displacement Contexts	Global Protection Cluster	2020
Planitzer, Julia; Sax, Helmut	A Commentary on the Council of Europe Convention on Action Against Trafficking in Human Beings	Kommentar; Ludwig-Boltzmann-Institut, Elgar Commentaries series	2020
Planitzer, Julia; Probst, Evelyn	Compensation for Trafficked Persons Legal obligations and their implementation in practice	SIAK Journal. International Edition; abrufbar hier: http://www.nwv.at/zeitschriften/1459_siakjournal_international_edition_2020/	2020
Chen, Isabella; Tortosa, Celeste	The Use of Digital Evidence in Human Trafficking Investigation	Anti-Trafficking Review Issue 14, 122-124, abrufbar hier: https://gaatw.org/ATR/AntiTraffickingReview_issue14.pdf	2020
Sander, Caroline	Sexuelle Ausbeutung nigerianischer und chinesischer Betroffener des Menschenhandels – (k) ein österreichisches Problem?	Neue Kriminologische Schriftenreihe Vol. 118	2020

MEN VIA	Männer als Betroffene von Menschenhandel: Anforderungen an den Opferschutz, Belastungsfaktoren im Strafverfahren und Chancen durch Prozessbegleitung für Betroffene	Band zur Wissenschaftlichen Tagung der Kriminologischen Gesellschaft, http://www.krimg.de/drupal/node/4	2020
Chen, Isabella	Wieso die Bekämpfung der Diskriminierungen von Frauen gleichzeitig ein Kampf gegen Frauenhandel ist	AEP Feministische Zeitschrift für Politik und Gesellschaft 4/2020, 23-24.	2020
Sander, Caroline	Die Integration weiblicher Betroffener von Menschenhandel aus China	Handbuch für PraktikerInnen	2020
Wells, Anja; Kolbe, Simon W.; Sander, Caroline	Intersektionale Integrationsansätze für vulnerable Migrantinnen: Das Beispiel weiblicher nigerianischer und chinesischer Betroffener von Menschenhandel	Socialnet.de	2020
Planitzer, Julia; Probst, Evelyn	Entschädigung für Betroffene des Menschenhandels. Rechtliche Verpflichtungen und ihre Umsetzung in der Praxis	SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis (4/2019), 16-28; abrufbar hier: https://www.bmi.gv.at/104/Wissenschaft_und_Forschung/SIAK-Journal/SIAKJournal-Ausgaben/Jahrgang_2019/files/Planitzer_4_2019.pdf	2019
Steiner, Barbara; LEFÖ-IBF; MEN VIA; BMJ	„Gemeinsam gegen Menschenhandel“. Kompaktwissen für die Praxis von Strafverfolgung, Entschädigung und Opferschutz.	Borschüre	2019
Chen, Isabella; Probst, Evelyn	Trafficking in Human Beings as a consequence of vulnerabilities in conflict and post-conflict situations: the case of Austria	Konfrontationen und Kooperationen im Vorderen Orient Band 18, LIT Verlag, 159-178	2019
Walkfree Foundation	The Global Slavery Index 2018	Walkfree Foundation	2019
IOM	IOM Guidance on Referral Mechanisms	International Organization for Migration	2019
ECPAT Deutschland/KOK	Miteinander statt nebeneinander! Bundeskooperationskonzept „Schutz und Hilfen bei Handel mit und Ausbeutung von Kindern“, 2018.	ECPAT Deutschland/KOK	2018
Steiner, Barbara; Probst, Evelyn; Buchner, Manfred	Gemeinsam gegen Menschenhandel - Kompaktwissen für die Praxis: Strafverfahren, Entschädigung und Opferschutz		2018

OSZE/Büro der Sonderbeauftragten und Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels	Muster-Leitfaden für staatliche Maßnahmen zur Prävention von Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung in Lieferketten	OSZE	2018
Agentur für Europäische Grundrechte	Protecting migrant workers from exploitation in the EU: boosting workplace inspections	EU FRA	2018
Schirmacher, Thomas	Menschenhandel- Die Rückkehr der Sklaverei	SCM Hänsler, Deutschland, 1. Aktualisierte und überarbeitete Auflage	2018
Völschow, Yvette; Gahleitner, Silke Birgitta	Menschenhandel und Zwangsprostitution: Interdisziplinäre Perspektiven zur Prävention und Intervention	Beltz Verlagsgruppe	2018
Probst, Evelyn	“Victims’ protection within the context of trafficking in human beings and European Union standards”	ERA Forum 19(3); https://doi.org/10.1007/s12027-018-0526-3	2018
Sax, Helmut	Child trafficking – a call for rightsbased integrated approaches	Piotrowicz/Rijken/Uhl (eds.), Routledge Handbook of Human Trafficking, pp. 251-261	2017
Gebrewold, Belachew; Kostenzer, Johanna; Müller, Andreas Th.	Human Trafficking and Exploitation. Lessons from Europe	London; New York: Routledge; Management Center Innsbruck University of Innsbruck	2017
Konrad, Helga,	Frauen - Flucht - Menschenhandel	AEP-Informationen / Arbeitskreis Emanzipation und Partnerschaft e.V., 1974. - 44. Jahrgang (2017), 2, Seiten 13-14.	2017
Ott, Veronika	Soziale Arbeit – Sexarbeit – Menschenhandel	Hamburg: Marta Press, Deutschland	2017
Bachinger, Almut	24-Stunden-Betreuung in Österreich: die Nutzung migrantisierter Arbeitskraft, Vorzeigemodell oder Arbeitsausbeutung?	Moderne Sklaverei und extreme Ausbeutung in globalisierten Arbeits- und Geschlechterverhältnissen. - Leverkusen, 25.Jg.(2016), 1, Seiten 39-51.	2016
Biscop, Sven; Rehrl, Jochen (Hrsg.)	Migration – how CSDP can support	Republik Österreich, BMLVS.	2016
Healy, Claire	Targeting vulnerabilities. The impact of the syrian war and refugee situation on trafficking in persons : A study for Syria, Turkey, Lebanon, Jordan and Iraq	Vienna, International Centre for Migration Policy Development.	2016


Kathollnig, Christoph	Unternehmensstrafrecht und Menschenrechtsverantwortung: die strafrechtliche Verantwortlichkeit für Menschenrechtsverletzungen im Rahmen internationaler Unternehmensaktivitäten	Wien-Graz: NWV.	2016
Krömer, Daniela	Kann Sex Arbeit sein?	DRdA, 2/2016, Seite 101	2016
Lattacher, Siegbert	Kontrolle und Hilfe, Interview mit Oberst Gerald Tatzgern BA MA	Öffentliche Sicherheit – Das Magazin des Innenministeriums, Ausgabe 11-12 2016, Seite 17.	2016
Öffentliche Sicherheit	Männer als Opfer (Bericht über MEN-VIA)	Öffentliche Sicherheit – Das Magazin des Innenministeriums, Ausgabe 11-12 2016, Seiten 19-20.	2016
Öffentliche Sicherheit	Menschenhandel – Ausbeutung von Menschen	Öffentliche Sicherheit – Das Magazin des Innenministeriums, Ausgabe 11-12 2016, Seiten 14-16.	2016
Öner, Stephanie	Menschenhandel zum Zwecke der Ausbeutung der Arbeitskraft - Praktische Fragen zum Anwendungsbereich des § 104a StGB bei arbeitsähnlichen Verhältnissen	JAP 2015/2016/21, Heft 4, Seite 202	2016
Planitzer, Julia	Trafficking in Human Beings for the Purpose of Labour Exploitation: Can Obligatory Reporting by Corporations Prevent Trafficking?	Netherlands Quarterly of Human Rights, Vol. 34, No. 4, Seiten 318-339.	2016
Sax, Helmut	Kinderhandel, Kinderflucht, Kinderschutz - mehr Lücken als System?	Global View – Magazin 2/2016, Seiten 6-8.	2016
Schloenhardt, Andreas	Menschenhandel in Zeiten wachsender Migrationsströme	SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis (1), Seiten 53-62.	2016
Tutzer Judith	The roles of NGOs in the Council of Europe Convention on Action against Trafficking in Human Beings	European Yearbook on Human Rights 2016, Seiten 357-367, Antwerp, Vienna, Graz.	2016
Baxewanos, Fabiane	EU-Migrationskontrolle und „Schlepperei“ – Widersprüche vorverlagerter Grenzen	Zeitschrift, juridikum 2015, S. 13, Heft 1/2015	2015
Dubel, Marta Lidia; Kimm, Susanne (Hrsg.)	Sex Work(s)	Wien: HTR - HammockTreeRecords	2015

Planitzer, Julia	Trafficking in Human Beings for the Purpose of Labor Exploitation: Strengthening the Role of Corporations in Preventing Trafficking in Human Beings by Enhanced Transparency.	Working Paper, 2015, 26 pp.	2015
Schloenhardt, Andreas	Criminalizing the smuggling of migrants in international, European, and Austrian law	Frankfurt am Main: Verlag für Polizeiwissenschaften	2015
Tschorr, Sophie	Trafficking of Human Beings: Evaluation of the Implementation of EU-legal Measures Combating Human Trafficking Exemplified by the Legislation in Austria and Germany	Band 4 von Schriften zum öffentlichen Recht, OIWR Verlag für Wirtschaft, Informatik und Recht, Wien	2015
ECPAT Austria, Terre des Hommes, Hors la rue, Zentrum für Jugendmigration et al. (Hrsg.)	Rahmenwerk für die Unterstützung und Beobachtung nach der Rückkehr	Entwickelt im Rahmen des Projekts 'Beobachtung der Situation von aus EU-Mitgliedsstaaten zurückgekehrten Kindern' (Rückkehrfonds der Europäischen Union)	2014
Sax, Helmut	Kinderhandel: Strukturen und Maßnahmen zur Unterstützung betroffener Kinder in Österreich und im EU-Vergleich	Wien-Graz: NWV	2014

5. Materialien zur Sensibilisierung

Task Force Menschenhandel	Plakatkampagne zu den Themen Menschenhandel im Kontext Arbeitsausbeutung, sexuelle Ausbeutung und Ausbeutung zur Bettelerei	BMEIA	2020
AG Prostitution	Informationsbroschüre für SexdienstleisterInnen	https://www.bundeskanzleramt.gv.at/service/publikationen-aus-dem-bundeskanzleramt/publikationen-zu-frauen-und-gleichstellung/prostitution.html	2020
LEFÖ-IBF	REST Policy Paper: REsidency SStatus: Strengthening the protection of trafficked persons	http://www.lefoe.at/tl_files/lefoe/REST_Policy%20Paper%20January%202021.pdf	2020

UNDOK	Podcast-Serie zum Thema undokumentiert Beschäftigte, gegen Ausbeutung, für gleiche Rechte	https://undok.at/arbeitenohne-papiere-podcast/	2020
LEFÖ-IBF	Sichere Rückkehr und Reintegration von Betroffenen des Menschenhandels: Qualitätsstandards einer Gefahrenanalyse und des Monitorings	http://lefoe.at/tl_files/lefoe/Sichere%20R%C3%BCckkehr_D_September%202018.pdf	2018
International/ CoMensha	Safe and Adequate Return, Fair Treatment and Early Identification of Victims of Trafficking from Third Countries outside the EU	https://documentation.lastrapadainternational.org/lsidocs/3307-Safe!%20project.%20Voices%20from%20the%20field.%20Final%20Report%20AMIF%202017-2018.%20December%202018.pdf	2018
Sezonieri-Kampagne	Kampagne für die Rechte von Erntearbeiter*innen in Österreich, Informationsmaterialien zu Aufklärung, Prävention. Unterstützung und Empowerment	http://www.sezonieri.at/ http://www.sezonieri.at/rechtliches/	2018
IOM	Broschüre zur Erkennung von Betroffenen des Menschenhandels im Asylverfahren	https://www.bfa.gv.at/402/files/01_Broschueren/IOM_Menschenhandel_Brochure_2017.pdf	2017
78 organisations including ECPAT Austria	Children cannot wait: 7 priority actions to protect all refugee and migrant children	Joint statement from 78 organisations, 29 November 2016	2016
La Strada/LEFÖ-IBF	Justice at last: access to compensation for trafficked persons	La Strada Netzwerk www.justiceatlast.eu	2016
Fine Tunes	Häufig gestellte Fragen (FAQ): Menschenhandel zur Ausbeutung von Arbeitskräften – Die Gender-Rolle	Fine Tunes – ITUC/CCME/ Anti-Slavery International/ LEFÖ-IBF	2015
Fine Tunes (Hrsg.)	Labour trafficking in the EU – tackling group cases	Fine Tunes – ITUC/CCME/ Anti-Slavery International/ LEFÖ-IBF	2015
Fine Tunes (Hrsg.)	The role of the Internet in trafficking for labour exploitation	Fine Tunes – ITUC/CCME/ Anti-Slavery International/ LEFÖ-IBF	2015

 **Bundesministerium**
Europäische und internationale
Angelegenheiten

Bundesministerium für europäische
und internationale Angelegenheiten
Minoritenplatz 8, A-1010 Wien
Tel. 050 11 50-0

bmeia.gv.at